

ZEICHEN SETZEN.
IMPULSE GEBEN.

JAHRESABSCHLUSS

2015

INHALT

04 Bericht des Aufsichtsrates

17

Jahresabschluss

17 Bilanz

18 Gewinn- und Verlustrechnung

20 Anhang

- 20 Angaben zur Bilanzierung und Bewertung
- 27 Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung
- 35 Außerbilanzielles Geschäft
- 38 Mandate
- 40 Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter
- 41 Gewinnverwendungsvorschlag

42

Lagebericht

- 42 Grundlagen des Unternehmens
- 43 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen
- 44 Geschäftsverlauf
- 45 Ertragslage
- 48 Vermögens- und Finanzlage
- 51 Risiko- und Chancenbericht
- 64 Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess
- 65 Prognosebericht

68

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

70

Country by Country Reporting gemäß § 26a KWG

Bericht des Aufsichtsrates



Vorsitzender des Aufsichtsrates
Reinhold Schulte

SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Aufsichtsrat die ihm nach Gesetz, Satzung und den Geschäftsordnungen obliegenden Aufgaben wahrgenommen. Dabei haben wir den Vorstand umfassend beraten und seine Geschäftsführung überwacht. Insbesondere haben wir uns ausführlich mit der wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung sowie der Strategie und Planung befasst. Dasselbe gilt für die aufsichtsrechtlichen Entwicklungen und ihre Konsequenzen für unsere NATIONAL-BANK. Bei Entscheidungen von grundlegender Bedeutung waren wir immer eingebunden.

Der Vorstand unterrichtete uns regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich, elektronisch und mündlich über alle wesentlichen Entwicklungen der Bank. Sein Informationsverhalten war der jeweiligen Thematik entsprechend stets angemessen. Im Sinne einer guten Corporate Governance haben wir darüber hinaus, wie schon in der Vergangenheit, die Leiterin bzw. den Leiter für die Bereiche bzw. Stabsabteilungen Compliance, Datenschutz, Verhinderung von Geldwäsche einschließlich Fraud und Antiterrorismusfinanzierung, Informationssicherheit, Personal, Interne Revision und Risikosteuerung vortragen lassen. Selbstverständlich war und ist für uns auch die Einbindung der Leiter der von der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 gewählten Abschlussprüferin KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft oder des Prüfungsverbands deutscher Banken e. V., der die Sicherheit der Einlagen bei unserer NATIONAL-BANK routinemäßig zum 31. März 2015 geprüft hat.

Schwerpunkte der Berichterstattung waren im Wesentlichen

- die Geschäfts- und Risikostrategie und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Geschäftsplanung,
- das Risikomanagement, insbesondere mit Blick auf Adressenausfall-, Markt-, Liquiditäts-, Reputations- und operationelle Risiken sowie Personalrisiken,
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank,
- Geschäfte und Ereignisse von erheblicher Bedeutung sowie Maßnahmen zur Ertragssteigerung,
- das zinspolitisch bedingte Anpassungsprogramm FOKUS 2018 einschl. der Neuordnung der Betreuung unserer Firmen- sowie der Beratung unserer Wertpapierkunden, der Straffung des Geschäftsstellennetzes sowie der Kostensenkungsmaßnahmen,
- die geplante Einführung eines neuen Kernbanksystems sowie einer neuen Wertpapierabwicklung,
- der Bericht über das Personalwesen und das Vergütungssystem der Bank,
- der Bericht der turnusgemäßen Prüfung der Einlagensicherheit durch den Prüfungsverband deutscher Banken e.V.,
- die Quartalsberichte bzw. der Jahresbericht der Internen Revision sowie
- die Quartals- und Jahresberichte der Internen Kontrollfunktionen (Beauftragter zur Verhinderung von Geldwäsche einschließlich Fraud und Antiterrorismusfinanzierung, Compliance-Beauftragter, Datenschutz-Beauftragter, Beauftragter für Informationssicherheit/ Business Continuity Management).

Auch zwischen den Sitzungen wurden wir vom Vorstand über wichtige Vorgänge unaufgefordert schriftlich, elektronisch und mündlich informiert.

Als Vorsitzender des Aufsichtsrates habe ich mich daneben vom Vorsitzenden des Vorstandes fortlaufend unter anderem über wesentliche Geschäftsvorfälle, anstehende bedeutende Entscheidungen sowie die wirtschaftliche und finanzielle Lage einschließlich der Entwicklungen an den internationalen Finanzmärkten und ihren Auswirkungen auf unsere NATIONAL-BANK unterrichten lassen. Hierzu haben wir regelmäßig ausführlich miteinander gesprochen. Umgekehrt hat der Vorstandsvorsitzende die Initiative ergriffen, wenn es außerhalb unserer regelmäßig stattfindenden Gespräche besondere Entwicklungen in der Bank gegeben hat, hinsichtlich derer eine Information gegenüber dem Aufsichtsratsvorsitzenden geboten oder sinnvoll erschien.

Unabhängig davon hat der Vorstandsvorsitzende auch die anderen Mitglieder des Aufsichtsrates in unterjährig geführten Gesprächen unter anderem über die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Bank und aktuelle Entwicklungen unterrichtet und gegebenenfalls ihren Rat eingeholt.

Wie bereits in den Vorjahren wurden mir als Vorsitzendem des Aufsichtsrates die Protokolle der Vorstandssitzungen zur Verfügung gestellt. Diese habe ich einem Studium unterzogen und mir so – neben der ausführlichen Berichterstattung – ein eigenes Bild über die Unternehmensführung durch den Vorstand gemacht. Dabei habe ich auch die Terminpläne der Vorstandsmitglieder, die mir ebenfalls unverändert zur Verfügung gestellt werden, berücksichtigt. Anlass zu Beanstandungen oder Kritik an der Unternehmensführung hat es nicht gegeben.

Am 9. März 2015 habe ich mich mit Vertretern der von der ordentlichen Hauptversammlung am 7. Mai 2014 gewählten Abschlussprüferin getroffen und mir das Ergebnis für das Geschäftsjahr 2014 in Gegenwart des Vorstandsvorsitzenden dezidiert erläutern lassen. Grundlage des Gesprächs war sowohl der Prüfungsbericht als auch eine mir überlassene Präsentation, die die wesentlichen Inhalte zusammenfasste. Meine Fragen wurden wie stets kompetent und umfassend beantwortet.

BERICHTERSTATTUNG DURCH DEN VORSTAND

Die regelmäßige Berichterstattung des Vorstandes erfolgte quartalsweise schriftlich unter Beifügung ausführlicher Dokumentationen, Analysen und Auswertungen aus dem Rechnungswesen der Bank über die Entwicklung der Ertrags- und Vermögenslage im Vergleich mit dem Vorjahr sowie den Planwerten. Ebenfalls im vierteljährlichen Rhythmus wurde die Risikolage der Bank ausführlich dargestellt. Die Risikoberichte umfassten unter anderem

- eine differenzierte Betrachtung der Risikotragfähigkeit nebst Ableitung und Analyse für die Gesamtbanksteuerung,
- die Darstellung der wesentlichen Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts-, Reputations- und operationellen Risiken unter Berücksichtigung von Szenarioanalysen, Wechselwirkungen und Stresstests,
- die neu entwickelte Berichterstattung zu Personalrisiken (Anpassungsrisiko, Motivationsrisiko, Engpassrisiko, Austrittsrisiko),
- die Entwicklung des Kreditportfolios nach Strukturmerkmalen,
- die Migrationsbewegungen zwischen den einzelnen Ratingklassen im Kreditportfolio,

- die Relation der Kreditrisikovorsorge zum erwarteten und unerwarteten Verlust,
- die Entwicklung der Wertberichtigungen und Abschreibungen im Kreditgeschäft,
- die Entwicklung und Bewertung des Liquiditätsbestandes und das interne Monitoring der kurzfristigen (dispositiven) und der mittel- und langfristigen (strukturellen) Liquidität sowie
- die voraussichtliche Entwicklung der Kern- und Eigenmittelquote.

Unabhängig von der quartalsweisen schriftlichen Berichterstattung haben wir die monatliche Berichterstattung fortgeführt. Sie unterscheidet sich im Hinblick auf die Quartalsberichterstattung durch ihren Umfang und beschränkt sich unter anderem auf die

- Ertragsentwicklung,
- Soll-Ist-Abweichungsanalyse,
- Entwicklung der Kredit- und Einlagenvolumina,
- Einhaltung der strategischen Zielkorridore,
- Risikotragfähigkeit und
- geschäftliche Entwicklung der Tochtergesellschaften.

BERICHTERSTATTUNG DURCH DEN VORSITZENDEN DES RISIKO- UND PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Der Vorsitzende des Risiko- und Prüfungsausschusses hat jeweils zu Beginn der Sitzung des Aufsichtsrates umfangreich über Inhalte und Beratungsergebnisse, Beschlussempfehlungen und -fassungen des Ausschusses berichtet. Soweit im Plenum zusätzlicher Informationsbedarf bestand, wurde dieser stets durch weitergehende Erörterungen erfüllt.

BERICHTERSTATTUNG DURCH DEN VORSITZENDEN DES PRÄSIDIALAUSCHUSSES

In meiner Verantwortung als Vorsitzender des Präsidialausschusses, dem die Funktionen des Nominierungs- bzw. Vergütungskontrollausschusses übertragen worden sind, habe ich den Aufsichtsrat ebenfalls ausführlich über die Inhalte und Beschlüsse bzw. Beschlussempfehlungen informiert. In den Fällen, in denen seitens des Aufsichtsrates ein weiterer Informationsbedarf bestand, wurde dieser vollständig erfüllt.

SITZUNGEN DES AUFSICHTSRATES

Im Berichtszeitraum haben sieben Sitzungen des Aufsichtsrates stattgefunden. Daneben kam der Risiko- und Prüfungsausschuss fünf Mal zusammen. Der Präsidialausschuss tagte sechs Mal. Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wurden mit ausreichendem zeitlichem Vorlauf jeweils vorbereitende Unterlagen für alle Zusammenkünfte zur Verfügung gestellt. Unabhängig von der quartalsweisen bzw. monatlichen Berichterstattung gilt der Grundsatz, dass die Tagesordnung der jeweiligen Sitzung spätestens vier Wochen vor dem geplanten Termin festgelegt und sämtliche Unterlagen spätestens zwei Wochen vor dem Termin zugestellt werden. In begründeten Ausnahmefällen, beispielsweise aufgrund von Aktualisierungsnotwendigkeiten, können Unterlagen nachgereicht werden. Auch in diesen Fällen wird dafür Sorge getragen, dass alle Mitglieder des Aufsichtsrates ausreichend Zeit haben, sich umfassend auf die Zusammenkünfte vorzubereiten. Teilweise werden sie durch Dritte unterstützt. Dabei wird sowohl die Vertraulichkeit als auch das Bankgeheimnis gewahrt. Die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften ist ebenfalls selbstverständlich. An allen Sitzungen haben sämtliche Mitglieder des Aufsichtsrates mitgewirkt. Der Gesamtvorstand bzw. die einzelnen Vorstandsmitglieder haben an den Sitzungen teilgenommen, sofern dies sach- und zweckdienlich gewesen ist. In den Zusammenkünften haben wir insbesondere über folgende Inhalte ausführlich gesprochen und, wenn erforderlich, Beschlüsse gefasst:

SITZUNG AM 13. FEBRUAR 2015

Am 13. Februar 2015 haben wir im Anschluss an eine vorausgegangene Zusammenkunft des Präsidialausschusses telefonisch über die Inhalte beraten, die die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in einem Schreiben vom 30. Dezember 2014 an die gesamte deutsche Kreditwirtschaft zur zukünftigen Verwaltungspraxis im Umgang mit einer Reihe von neuen Vorgaben im Gesetz über das Kreditwesen veröffentlicht hat. Dieses umfasste unter anderem

- das Erfordernis der Mitgliedschaft eines Arbeitnehmervertreters im Vergütungskontrollausschuss oder, wie bei unserer NATIONAL-BANK, des Gremiums, dem die Aufgaben des Vergütungskontrollausschusses übertragen worden sind, also des Präsidialausschusses,
- die Festlegung eines Ziels zur Förderung der Vertretung des unterrepräsentierten Geschlechts im Aufsichtsrat sowie einer Strategie zu deren Erreichung sowie
- die Formulierung einer Stellenbeschreibung sowie eines Bewerberprofils zur Vorbereitung des Vorschlags für die Wahl eines Aufsichtsratsmitglieds.

Daneben haben wir uns mit dem vorläufigen Jahresabschluss 2014 bzw. den Jahresabschlussarbeiten sowie den Auswirkungen der Entscheidung der Schweizerischen Nationalbank vom 15. Januar 2015, den Mindestkurs des Schweizer Franken gegenüber dem Euro aufzuheben, auseinandergesetzt. Dabei haben wir uns davon überzeugt, dass unsere NATIONAL-BANK weder direkt noch indirekt von den damit verbundenen Konsequenzen betroffen ist.

SITZUNG AM 20. MÄRZ 2015

Am 20. März 2015 haben wir uns mit dem vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss, dem Geschäftsbericht sowie dem Vorschlag für die Gewinnverwendung des Jahres 2014 auseinandergesetzt. Dies schloss den Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses durch die von der Hauptversammlung gewählte Abschlussprüferin KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ebenso mit ein wie den Bericht zum Rechnungslegungsprozess, der vom Leiter Risikosteuerung und damit auch für Rechnungslegung und Controlling verantwortlich – wie jedes Jahr – vorgetragen wurde.

Der Vertreter der Abschlussprüferin, Herr Wirtschaftsprüfer Jörg Kügler, hat das Ergebnis der Prüfung mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk anhand des Berichts über den Jahresabschluss sowie einer zusammenfassenden Präsentation vorgestellt. Die Fragen des Aufsichtsrates wurden wie stets ausführlich beantwortet. Der Aufsichtsrat sieht sich nach Analyse des Prüfungsberichtes, der zusammenfassenden Präsentation sowie der Beantwortung der Fragen nochmals in der Richtigkeit seiner Beschlussfassung bestätigt, in 2014 einen Wechsel des Abschlussprüfers initiiert zu haben. Das unterschiedliche Prüfungsmodell mit den damit verbundenen Prüfungsansätzen hat für Mitarbeiter, Vorstand und Aufsichtsrat der Bank – trotz einer außerordentlich hohen aufsichtsrechtlichen Sensibilität – punktuell zu neuen Erkenntnissen geführt, die im vergangenen Geschäftsjahr umgesetzt bzw. in ihrer Umsetzung angegangen worden sind.

Vor Feststellung des Jahresabschlusses hat der Aufsichtsrat die Unabhängigkeits- und Qualitätsprüfung der Abschlussprüferin vorgenommen. Darüber hinaus haben wir den Jahresbericht der Internen Revision, vorgetragen vom Leiter Interne Revision, ebenso erörtert wie den Jahresbericht des Compliance-Beauftragten.

Nach Feststellung des Abschlusses für das Geschäftsjahr 2014 hat uns der Vorstand über die aktuelle geschäftliche Entwicklung und die Risikolage der Bank informiert. Der Vorschlag zur Zahlung einer Dividende von 0,80 € je Aktie wurde umfassend erörtert und gemeinsam mit der Tagesordnung und den darin enthaltenen Beschlussvorschlägen für die Hauptversammlung ebenso verabschiedet wie die Berichte des Aufsichtsrates sowie zum Corporate Governance Kodex unserer NATIONAL-BANK. Die Erklärungen zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren für den Offenlegungsbericht haben wir abgegeben.

Das Ergebnis der Effizienzprüfung des Aufsichtsrates haben wir besprochen, ebenso Möglichkeiten der weiteren Erhöhung der Effizienz der Aufsichtsratsarbeit vor dem Hintergrund neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben zur Bewertung des Vorstandes und des Aufsichtsrates sowie seiner jeweiligen Mitglieder. Anschließend haben wir die Jahresberichte des Beauftragten zur Verhinderung von Geldwäsche einschließlich Fraud und Antiterrorismusfinanzierung sowie des Datenschutz-Beauftragten erörtert. Sodann haben wir uns den Bericht des Beauftragten für Informationssicherheit (einschl. Business Continuity Management) vortragen lassen.

SITZUNG AM 13. MAI 2015

In der konstituierenden Sitzung am 13. Mai 2015 hat der Aufsichtsrat die Wahlen zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Aufsichtsrates durchgeführt. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat Herrn Dr. Hans-Peter Keitel erneut zum Mitglied des Präsidialausschusses und des Risiko- und Prüfungsausschusses gewählt. Die Mitgliedschaften der Herren Dr. Friedrich Janssen und Eberhard Kieser im Risiko- und Prüfungsausschuss wurden ebenfalls bestätigt. Nach Erledigung dieser Personalangelegenheiten haben wir der durch die Hauptversammlung gewählten Abschlussprüferin den Prüfungsauftrag erteilt und die Zielvereinbarungen für die Mitglieder des Vorstandes abgeschlossen. Schließlich wurde ausführlich über die erneut sehr erfreuliche Hauptversammlung und die durchweg positiven Reaktionen unserer Aktionäre gesprochen. Vorstand und Aufsichtsrat sehen sich dabei in der Richtigkeit von Geschäftsmodell und Geschäftspolitik erneut bestätigt.

SITZUNG AM 19. JUNI 2015

In dieser Zusammenkunft hat uns der Vorstand ausführlich über die geschäftliche Entwicklung und die Risikolage informiert. Integraler Bestandteil dessen war die Fortschreibung der Strategie und die damit verbundene weitere Stärkung der Risikotragfähigkeit ebenso wie die Geschäfts- und Ertragsplanung bis zum Jahr 2019. Im Rahmen dessen hat uns der Vorstand erste Überlegungen zum zinspolitisch bedingten Anpassungsprogramm FOKUS 2018 und den damit verbundenen Einzelmaßnahmen wie

- der Neuordnung der Betreuung unserer Firmen- und der Beratung unserer Wertpapierkunden,
- die durch die zunehmende Digitalisierung notwendig gewordene Redimensionierung unseres Filialnetzes sowie
- die Kostensenkungsmaßnahmen

vorge stellt. Im Rahmen der Berichterstattung über das Personalwesen wurde uns durch die Leiterin Personal das Vergütungssystem für die Mitarbeiter der Bank erneut ausführlich erläutert. Zudem haben wir die Auswirkungen des Vergütungssystems auf das Risiko-, Kapital- und Liquiditätsmanagement bewertet und dabei die Konformität der Vergütungsstruktur mit den aufsichtsrechtlichen Anforderungen bestätigt.

In Umsetzung des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 haben wir seine Konsequenzen für die Bank erörtert und im Einklang mit der Empfehlung des Präsidialausschusses nach eingehender Diskussion einstimmig beschlossen, die Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand bis zum 30. Juni 2017 mit Null festzusetzen. Ursächlich hierfür ist die Laufzeit der Bestellungen der Vorstandsmitglieder einschließlich der entsprechenden Dienstverträge.

Ferner haben wir den Bericht des Vorstandes über relevante aufsichtsrechtliche Entwicklungen und den jeweiligen Umsetzungsstand in unserer Bank entgegengenommen. Im Vordergrund standen dabei

- die European Market Infrastructure Regulation,
- die Markets in Financial Instruments Directive / Markets in Financial Instruments Regulation,
- das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2014/49/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 über Einlagensicherungssysteme,
- der einheitliche EU-Abwicklungsfonds,
- die fünfte Novelle der Mindestanforderungen an das Risikomanagement,
- die Mindestanforderungen an die Sicherheit von Internetzahlungen,
- die Marktmissbrauchsverordnung MAR,
- die erweiterten Meldepflichten gemäß FinRep (Financial Reporting) sowie
- die Nachsteuerung der Eigenmittelanforderungen (Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes, die sich durch Basel 3.5 abzeichnet).

Hierbei konnten wir uns davon überzeugen, dass die neuen Vorgaben, soweit sie unsere NATIONAL-BANK betreffen, entweder bereits umgesetzt sind oder deren fristgerechte Umsetzung, soweit heute erkennbar, keinen durchgreifenden Bedenken unterliegen.

SITZUNG AM 21. AUGUST 2015

Am 21. August 2015 haben wir ausführlich die aktuelle geschäftliche Entwicklung sowie erneut die Planung bis zum Jahr 2019 erörtert. Dem zinspolitisch bedingten Anpassungsprogramm FOKUS 2018 und seinen unterschiedlichen Teilkomponenten haben wir nach ausführlicher Beratung, auch unter Berücksichtigung der schützenswerten Interessen unserer Mitarbeiter, zugestimmt. Daneben haben wir uns schwerpunktmäßig mit der perspektivischen Neuordnung der Wertpapierabwicklung sowie der Einführung eines neuen Kernbanksystems auseinandergesetzt. Vorstand und Aufsichtsrat sind davon überzeugt, dass angesichts der Vielzahl neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben künftig eine Neuordnung bzw. ein Austausch sinnvoll ist. Gegenwärtig besteht gegenüber der Leistungs- und Anpassungsfähigkeit der Systeme kein Zweifel, jedoch empfiehlt sich – auch zur Verminderung der Subsysteme – spätestens im nächsten Jahrzehnt ein Austausch. Der Aufsichtsrat verfolgt deshalb, ebenso wie der Vorstand, die aktuelle Entwicklung in diesem Bereich mit besonderer Aufmerksamkeit. Das gilt u. a. für die Angebote entsprechender Dienstleister sowie das Verhalten anderer Institute. Anschließend hat sich der Aufsichtsrat von der Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie des Internen Kontrollsystems überzeugt. Hierzu hat der Leiter Risikosteuerung vorgetragen. Soweit die Auseinandersetzung mit dem internen Revisionssystem betroffen ist, gab der Leiter Revision die notwendigen Erläuterungen. Die Beschlussfassung des Aufsichtsrates zur Zielgröße des unterrepräsentierten Geschlechts hat er für den Anteil von Frauen bis zum 30. Juni 2017 mit Eins festgesetzt. Dabei hat sich der Aufsichtsrat insbesondere an der Vermeidung der Gefahr eines „leeren Stuhls“ orientiert und von einer getrennten Erfüllung der Vorgaben durch die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank abgesehen. Mit dieser Beschlussfassung ist keine gezielte Reduktion des aktuellen Anteils von Frauen im Aufsichtsrat verbunden.

SITZUNG AM 27. NOVEMBER 2015

Am 27. November 2015 haben wir die sehr erfreulichen Ergebnisse der Berichte über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Verwahrstellenfunktion von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft sowie der Einlagensicherheit vom Prüfungsverband deutscher Banken e. V. entgegengenommen. Die jeweiligen Prüfungsleiter haben ihre Ergebnisse vorgestellt und unsere Fragen umfangreich beantwortet. Sodann haben wir die geschäftliche Entwicklung und Risikolage der Bank sowie redaktionelle Anpassungen der Geschäfts- und Risikostrategie vorgenommen. Turnusgemäß haben wir uns zur Fortbildung der Vorstandsmitglieder vortragen lassen. Dabei haben wir uns davon überzeugt, dass diese sowohl den aufsichtsrechtlichen Veränderungen und dem damit verbundenen Fortbildungsbedarf ebenso entspricht wie – unbeschadet der aktienrechtlichen Gesamtverantwortung – unterschiedlichen Ressortzuständigkeit der Vorstandsmitglieder. In diesem Zusammenhang haben wir auch die Bewertung der Aufsichts- und Leitungsorgane unserer Bank vorgenommen, wobei wir, soweit die Vorstandsmitglieder betroffen sind, erstmals um eine schriftliche Selbsteinschätzung gebeten haben, um sicherzustellen, das Eigen- und Fremdbild im Einklang miteinander stehen.

Schließlich haben wir die Umstellung unserer Vergütung auf ein ausschließlich festes Entgelt besprochen. Bereits in der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 habe ich in meinen Ausführungen darauf hingewiesen, dass sich der Aufsichtsrat bereits seit einiger Zeit mit dieser Thematik auseinandersetzt. Im Einklang mit aufsichtsrechtlichen Vorgaben haben wir deshalb beschlossen, die bisher durch einen festen und einen variablen Vergütungsbestandteil gekennzeichnete Vergütung durch ein Festhonorar zu ersetzen und der Hauptversammlung am 11. Mai 2016 einen entsprechenden Vorschlag zur Satzungsänderung zu unterbreiten. Dabei war es uns, auch unter Berücksichtigung der zinspolitischen Rahmenbedingungen, wichtig, dass sich die Höhe des alten Vergütungsmodells nicht nennenswert von der des neuen unterscheidet.

SITZUNG AM 15. DEZEMBER 2015

Am 15. Dezember 2015 haben wir uns eingehend mit personellen Angelegenheiten des Vorstandes befasst. Als Ergebnis dessen haben wir die Bestellung von Herrn Dr. Lange als Vorsitzendem des Vorstandes mit sofortiger Wirkung um weitere fünf Jahre verlängert. Wir danken Herrn Dr. Lange außerordentlich für sein in der Vergangenheit nachhaltig unter Beweis gestelltes Engagement und möchten ihn dadurch auch weiterhin an unsere NATIONAL-BANK binden. Wäre es nicht zu einer vorfristigen Wiederbestellung von Herrn Dr. Lange gekommen, hätte die Erörterung und Beschlussfassung über eine mögliche Verlängerung in der Sitzung des Aufsichtsrates am 17. März 2016 auf der Tagesordnung gestanden, denn Bestellung und Dienstvertrag von Herrn Dr. Lange wären am 31. Januar 2017 abgelaufen. Zugleich bestellt der Aufsichtsrat Herrn Georg Schachner, Direktor mit Generalvollmacht der NATIONAL-BANK, vorbehaltlich der Zustimmung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, zum Mitglied des Vorstandes und wies ihm die Verantwortungsbereiche Asset Management (Portfolio Management, Research & Treasury), Private & Institutionelle Kunden einschließlich Handel sowie den Bereich Bankbetrieb zu. Herr Schachner, der im Verantwortungsbereich von Herrn Lindner mehr als 20 Jahre tätig gewesen ist, erhielt am 9. Februar 2016 die aufsichtsrechtliche Zustimmung. Herr Uwe Lindner übernahm bis auf Weiteres die Verantwortung für Firmenkunden & Internationale Märkte sowie Services, da Herr Frick mit sofortiger Wirkung die Bank verließ, um sich neuen beruflichen Herausforderungen zu stellen. Herr Lindner hatte bereits von 2010 bis 2012 auch diese Bereiche erfolgreich geführt.

SITZUNGEN DES RISIKO- UND PRÜFUNGSAUSSCHUSSES

Im Geschäftsjahr 2015 haben fünf Sitzungen des Risiko- und Prüfungsausschusses stattgefunden. Im Rahmen aller Zusammenkünfte wurden zu sämtlichen Tagesordnungspunkten, sofern relevant, Beschlussempfehlungen gegenüber dem Aufsichtsrat ausgesprochen und diese durch den Vorsitzenden mitgeteilt.

In der ersten Sitzung am 19. März 2015 haben wir den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 ausführlich erörtert und den Bericht des Vertreters der Abschlussprüferin KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Herrn Wirtschaftsprüfer Jörg Kügler, über die Prüfung des Jahresabschlusses entgegengenommen. Zugleich haben wir uns den Gewinnverwendungsvorschlag des Vorstandes erläutern lassen. Des Weiteren haben wir die Erteilung des Prüfungsauftrags an die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, die Bestimmung des Prüfungsschwerpunktes und die Honorarvereinbarung zur Entscheidung im Aufsichtsratsplenarium vorbereitet. Von der Unabhängigkeit und Qualität der Prüfungsgesellschaft haben wir uns überzeugt. Die geschäftliche Entwicklung und Risikolage wurde uns durch den Vorstand auf der Grundlage gewohnt ausführlicher Dokumentationen dargelegt. Anschließend haben wir uns von dem Leiter Risikosteuerung den Rechnungslegungsprozess erläutern lassen. Die für die Rechnungslegung implementierten Kontrollmaßnahmen haben wir für geeignet und wirksam befunden. Den Jahresbericht der Internen Revision und der Internen Kontrollfunktionen, namentlich

- des Compliance-Beauftragten,
- des Beauftragten zur Verhinderung von Geldwäsche einschließlich Fraud und Antiterrorismusfinanzierung,
- des Datenschutz-Beauftragten sowie
- des Beauftragten für Informationssicherheit/ Business Continuity Management,

haben wir nach Erörterung zur Kenntnis genommen.

Schließlich haben wir dem Aufsichtsrat empfohlen, der Erklärung zur Angemessenheit der Risikomanagementverfahren gemäß Art. 435 Abs. 1 lit. e CRR, mit der sichergestellt wird, dass die eingerichteten Risikomanagementsysteme dem Profil und der Strategie der Bank angemessen sind, zuzustimmen, desgleichen der konzisen Risikoerklärung gemäß Art. 435 Abs. 1 lit. f CRR. Beide Erklärungen wurden im Offenlegungsbericht 2014 veröffentlicht.

Am 13. Mai 2015 hat der Ausschuss die Wahlen zum Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses durchgeführt und sowohl Herrn Dr. Janssen als Vorsitzenden als auch Herrn Dr. Keitel als stellvertretenden Vorsitzenden in ihren Ämtern bestätigt.

Am 18. Juni 2015 haben wir uns zunächst über die geschäftliche Entwicklung und Risikolage der Bank unterrichten lassen. Hierzu lagen uns der Quartalsbericht per 31. März 2015, eine Präsentation zur geschäftlichen Entwicklung und eine Liste der Kredite mit risikorelevanten Sachverhalten vor. Anschließend haben wir die Berichte der Internen Revision und der Internen Kontrollfunktionen für das erste Quartal 2015 ausführlich erörtert. Wir haben uns in diesem Zusammenhang insbesondere davon überzeugt, dass die vorhandenen Mechanismen zur Gewährleistung der Informationssicherheit wirksam sind. Dies wurde auch durch einen vom Vorstandsvorsitzenden allein initiierten unangemeldeten Penetrationstest durch die GDB Gesellschaft für Datensicherheit und IT-Beratung mbH, einem Unternehmen des Prüfungsverbands deutscher Banken e.V., bestätigt.

Außerdem haben wir im Einklang mit einem neuen gesetzlichen Erfordernis geprüft und bestätigt, dass die durch das Vergütungssystem gesetzten Anreize die Risiko-, Kapital- und Liquiditätsstruktur der Bank sowie die Wahrscheinlichkeit und Fälligkeit von Einnahmen berücksichtigen.

Schließlich hat uns der Vorstand den Entwurf eines Maßnahmenpaketes vorgestellt, das die Ertragskraft und damit korrespondierend die Risikotragfähigkeit weiter stärken soll. Diese Überlegungen, die später unter der Überschrift FOKUS 2018 stehen sollten, haben wir ausführlich besprochen. Zugleich haben wir bestätigt, dass diese für eine auch zukünftig erfolgreiche Entwicklung unserer NATIONAL-BANK unverzichtbar sind.

Am 20. August 2015 hat sich der Ausschuss – neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und Risikolage der Bank – einschließlich der Umsetzung des Programms FOKUS 2018 – schwerpunktmäßig mit der perspektivischen Einführung eines neuen Kernbanksystems auseinandergesetzt. Zur Plausibilisierung und Ergänzung des kompetenten Vortrags des Vorstandes ließ der Ausschuss als weiteren Sachverständigen Herrn Andreas Schick, Partner der bankbetrieblichen Unternehmensberatung zeb/rolfes.schierenbeck.associates gmbh, vortragen. Der Ausschuss hatte damit die Möglichkeit, die Ausführungen des Vorstandes zu validieren und sich darüber hinaus weitere Entwicklungen schildern zu lassen.

Daneben hat der Ausschuss einen Vertreter der Abschlussprüferin KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Herrn Wirtschaftsprüfer Tim Schulz, über den Stand der Abarbeitung der Feststellungen der Jahresabschlussprüfung 2014 berichten lassen. Vorstand und Aufsichtsrat waren sich stets der Tatsache bewusst, dass der eigeninitiierte Wechsel des Abschlussprüfers aufgrund eines veränderten Prüfungsmodells zu einer erhöhten Anzahl von Feststellungen führen könnte. Vor diesem Hintergrund wurde im Zuge einer prüferischen Durchsicht zum 31. Juli 2015 erstmals über den Stand der Abarbeitung vorgetragen. Der Ausschuss hat sich in dem Prüfungsergebnis in der Einschätzung einer unverändert hohen aufsichtsrechtlichen Sensibilität von Vorstand und Mitarbeitern uneingeschränkt bestätigt.

Anhand entsprechender Präsentationen hat dann der Leiter Risikosteuerung zur Wirksamkeit des Risikomanagementsystems sowie zur Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems vorgetragen. Schließlich wurde das Interne Revisionssystem erörtert und die Wirksamkeit all dieser Prozesse festgestellt.

Am 26. November 2015 haben wir uns mit den Berichten über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Verwahrstellenfunktion durch die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft befasst. Ihre Vertreter, die Herren Wirtschaftsprüfer Tim Schulz und Michael Fust, haben ergänzend auf Grundlage einer Präsentation berichtet und unsere Fragen kompetent und umfassend beantwortet. Des Weiteren haben wir den Bericht über die Prüfung der Einlagensicherheit des Prüfungsverbandes deutscher Banken e. V. umfassend besprochen. Dazu hat der vom Prüfungsverband beauftragte Prüfungsleiter, Herr Wirtschaftsprüfer Christian Mertsching, ebenfalls anhand einer Präsentation ergänzend vorgetragen. Das exzellente Prüfungsergebnis, das bereits zum 6. Oktober 2015 zu einer Erhöhung des ohnehin schon guten Ratings der Bank von A- mit dem Ausblick positiv auf A mit dem Ausblick stabil geführt hat, wurde mit Anerkennung gegenüber dem Vorstand zur Kenntnis genommen. Weitere Punkte der Tagesordnung betrafen die regelmäßige Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und Risikolage sowie der turnusgemäßen Beratung und Beschlussfassung über die Geschäfts- und Risikostrategie. Auch den Krediten an Organmitglieder wurde zugestimmt bzw. der entsprechende Vorratsbeschluss befasst.

SITZUNGEN DES PRÄSIDIALAUSSCHUSSES

Der Präsidialausschuss ist im Berichtszeitraum sechs Mal zusammengekommen. Gegenüber sämtlichen Punkten der Tagesordnungen des Aufsichtsrates wurden, sofern relevant, Beschlussempfehlungen abgegeben und durch den Vorsitzenden mitgeteilt.

Der Präsidialausschuss ist am 13. Februar (als telefonische Sitzung), am 20. März, am 13. Mai (vor und nach der Hauptversammlung zwei Sitzungen), am 19. Juni und am 27. November 2015 zusammengekommen. Wesentliche Tagesordnungspunkte umfassten die Regelung dienstvertraglicher Angelegenheiten der Vorstandsmitglieder, ihre Fortbildung sowie die Abrechnung der Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2014 bzw. den Abschluss einer neuen Zielvereinbarung für das Geschäftsjahr 2015. Vorstand und Aufsichtsrat wurden bewertet und Personalangelegenheiten des Präsidialausschusses in Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Vorgaben erörtert. Dasselbe gilt für die Aussprache zum Vergütungsmodell des Aufsichtsrates sowie zur Zielsetzung und zur Förderung der Vertretung eines unterrepräsentierten Geschlechts.

PERSONALANGELEGENHEITEN DES AUFSICHTSRATES

Satzungsgemäß besteht der Aufsichtsrat aus neun Mitgliedern. Alljährlich scheidet ein Drittel der Mitglieder nach der Reihenfolge ihrer Amtsdauer aus. Die Ausscheidenden können wiedergewählt werden. Turnusmäßig endete mit Ablauf der Hauptversammlung am 13. Mai 2015 die Amtszeit der Herren Dr. Engel, Dr. Janssen und Dr. Keitel. Überdies wurde Herr Kieser, ab 1. Januar 2015 durch amtsgerichtlichen Beschluss zum Ergänzungsmitglied des Aufsichtsrates bestellt, bis zum Ablauf der Hauptversammlung, die über den Jahresabschluss 2015 entscheidet, zum Mitglied des Aufsichtsrates gewählt. Für die (Wieder-)Wahl und das darin zum Ausdruck kommende Vertrauen danke ich den Aktionären herzlich.

Im Anschluss an die Hauptversammlung hat der Aufsichtsrat unter Vorsitz von Herrn Dr. Keitel, des an Lebensjahren ältesten Mitglieds, mich erneut zum Vorsitzenden gewählt. Unter meinem Vorsitz wurde Herr Dr. Keitel zum stellvertretenden Vorsitzenden wiedergewählt.

Herr Dr. Janssen hat mit Ablauf des 13. Februar 2015 sein Mandat als Mitglied des Präsidialausschusses niedergelegt. Ursache war die neue aufsichtsrechtliche Vorgabe, dass ein Vertreter der Arbeitnehmer in dem Ausschuss des Aufsichtsrates vertreten ist, der die Aufgaben des Vergütungskontrollausschusses wahrnimmt. Das ist in unserer NATIONAL-BANK der Präsidialausschuss. Herr Dr. Janssen, dem der Aufsichtsrat für sein großartiges Engagement auch im Präsidialausschuss zu großem Dank verpflichtet ist, bleibt dem Risiko- und Prüfungsausschuss als Vorsitzender weiter erhalten. Seine Aufgaben übernahm Frau Römer.

JAHRESABSCHLUSS 2015

Die Buchführung und der Jahresabschluss mit Lagebericht für das Jahr 2015 sind von der durch die ordentliche Hauptversammlung als Abschlussprüferin gewählten KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft worden. Die Prüfung hat zu einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk geführt.

Wir haben den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes für die Verwendung des Bilanzgewinns im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen geprüft und keine Einwendungen erhoben. Ferner ließen wir uns den Jahresabschluss durch die Abschlussprüferin erläutern und nahmen nach eigener Prüfung das Ergebnis des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer zur Kenntnis.

Den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss haben wir heute gebilligt. Der Jahresabschluss ist damit festgestellt. Dem Vorschlag des Vorstandes für die Gewinnverwendung und zur Zahlung einer Dividende von 0,80 € je Aktie schließen wir uns an. Das entspricht einer Dividendensumme von 10,65 Mio. €. Die Einstellung eines Betrages von rund 3,4 Mio. €

in die Gewinnrücklagen mit dem Ziel der weiteren Stärkung der Kapitalposition unserer Bank halten wir vor dem Hintergrund des historisch extrem niedrigen Zinsniveaus, die darauf beruhenden extrem volatilen Rahmenbedingungen sowohl an den Aktien- als auch den Devisenmärkten sowie angesichts deutlich zunehmender aufsichtsrechtlich induzierter Aufwendungen aus Gründen kaufmännischer Vorsicht für richtig. Nach wie vor muss es zukünftig darum gehen, das attraktive Geschäftsmodell unserer Bank abzusichern.

INTERESSENKONFLIKTE UND DEREN BEHANDLUNG

Für den Aufsichtsrat kommt der strikten Vermeidung von Interessenkonflikten höchste Priorität zu. Interessenkonflikte können sich sowohl aus der Beteiligung der SIGNAL IDUNA Gruppe an der NATIONAL-BANK als auch aus Organkrediten ergeben. Dazu im Einzelnen:

Die SIGNAL IDUNA Gruppe hält an der NATIONAL-BANK eine Beteiligung von zusammengerechnet 32,94 %. Davon entfallen auf die SIGNAL Krankenversicherung a. G. 26,38 %. Weitere 6,56 % werden indirekt über Fonds gehalten. Die Beteiligung der SIGNAL IDUNA Gruppe an der NATIONAL-BANK ist ein ausschließlich finanzielles Engagement.

Die Zusammenarbeit mit der SIGNAL IDUNA Gruppe bezieht sich auf die Bereiche

- Vermittlung von Versicherungen,
- Vermittlung von Bausparverträgen,
- Vermittlung von Baufinanzierungsdarlehen und
- Vertrieb von Investmentzertifikaten der HANSAINVEST (Hanseatische Investment-GmbH).

Aus dieser Zusammenarbeit haben sich für mich in meiner Funktion als Vorsitzender des Aufsichtsrates der NATIONAL-BANK keine Interessenkonflikte ergeben, denn der Abschluss oder die Fortschreibung der Vertriebsvereinbarung war weder direkt noch indirekt Gegenstand der Erörterungen im Aufsichtsrat. Zwar wurde, wie erläutert, ausführlich die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung der Bank erörtert, die Vertriebsvereinbarung bzw. die Vertriebsvereinbarungen waren jedoch zu keinem Zeitpunkt besprochen worden. Darüber hinaus habe ich auch zu keinem Zeitpunkt – direkt oder indirekt – Einfluss auf das Zustandekommen bzw. die Ausgestaltung der Vertriebsvereinbarung genommen. Auch innerhalb der SIGNAL IDUNA Gruppe ist der Vorsitzende des Aufsichtsrates der NATIONAL-BANK für diesen Bereich nicht zuständig.

Herr Dr. Lange ist Mitglied des Aufsichtsrates der HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH. Die Gesellschaft gehört zum Konzern der SIGNAL IDUNA Gruppe. Herr Dr. Lange nimmt im Rahmen seiner Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrates der HANSAINVEST nicht an Abstimmungen teil, die die NATIONAL-BANK betreffen. Zudem erhält er – wie alle Mitglieder des Aufsichtsrates der HANSAINVEST – eine erfolgsunabhängige Vergütung.

Herr Dr. Lange ist außerdem stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrates und Vorsitzender des Prüfungsausschusses der OVB Holding AG, Köln. An der OVB Holding AG sind Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe mit insgesamt 52,9% beteiligt. Zwischen der NATIONAL-BANK und der OVB Holding AG einschließlich ihrer Tochtergesellschaften besteht keine Zusammenarbeit bei der Vermittlung von Produkten. Ebenso wie bei der HANSAINVEST wurde Herr Dr. Lange aufgrund seiner großen fachlichen Kompetenzen gewählt. Auch die Gesamtschau der Mandate führt zu keinem Interessenkonflikt.

Im Hinblick auf die nach § 15 des Gesetzes über das Kreditwesen erforderlichen Kreditgenehmigungen nehmen diejenigen Aufsichtsrats- bzw. Ausschussmitglieder an der Erörterung und Abstimmung nicht teil, die zum Zeitpunkt der Beschlüsse Kreditnehmer oder Mitglieder der Organe des betreffenden Kreditnehmers sind.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates haben mit Ausnahme ihrer Tätigkeit in den Gremien der Bank – wie stets schon in der Vergangenheit – keine weiteren Beratungsleistungen der Bank gegenüber erbracht. Interessenkonflikte traten bei den Mitgliedern des Aufsichtsrates im Berichtsjahr – wie schon in den Vorjahren – nicht auf.

AUSBLICK

Auch im Jahr 2016 werden wir unverändert extrem schwierigen Rahmenbedingungen mit einer Fortsetzung der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank ausgesetzt sein. Sie wird ihre ultralockere Geldpolitik weiter fortführen, denn das Ziel einer Inflation von 2 % ist schon allein aufgrund der substanzial gefallenen Rohstoffpreise in weite Ferne gerückt. Die Absenkung des Leitzinssatzes auf 0 % und die Erhöhung des negativen Einlagezinssatzes auf -0,4 % stellen dies unter Beweis. Auch die europäische Staatsschuldenkrise ist nicht gelöst. Zudem bestehen zahlreiche geostrategische und militärpolitische Unsicherheiten mit möglichen Auswirkungen auf die Kapitalmärkte unverändert fort. Trotzdem sind wir angesichts des gerade seit der Finanzkrise und zuletzt im schwierigen Jahr 2015 Erreichten zuversichtlich, unsere NATIONAL-BANK auch 2016 auf gutem Kurs zu halten und erneut ein ansprechendes Ergebnis vorlegen zu können.

Essen, den 17. März 2016

Für den Aufsichtsrat

Reinhold Schulte
Vorsitzender

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz

JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2015 DER NATIONAL-BANK AKTIENGESELLSCHAFT
IN TSD. €

Aktiva	31.12.2015	31.12.2014
Barreserve	110.776	38.695
a) Kassenbestand	15.154	15.346
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken	95.622	23.349
darunter:		
bei der Deutschen Bundesbank	95.622	23.349
Forderungen an Kreditinstitute	82.361	96.892
a) täglich fällig	61.722	73.644
b) andere Forderungen	20.639	23.248
Forderungen an Kunden	3.138.627	3.165.234
darunter:		
durch Grundpfandrechte gesichert	1.487.804	1.448.569
Kommunalkredite	42.958	48.201
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	619.727	612.328
a) Anleihen und Schuldverschreibungen	619.727	612.328
aa) von öffentlichen Emittenten	323.504	291.801
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	323.504	291.801
ab) von anderen Emittenten	296.223	320.527
darunter:		
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	298.820	319.879
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	89.890	91.309
Beteiligungen	866	1.667
darunter:		
an Kreditinstituten	12	12
an Finanzdienstleistungsinstituten	(-)	(-)
Anteile an verbundenen Unternehmen	414	414
darunter:		
an Kreditinstituten	(-)	(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	252	252
Treuhandvermögen	12	15
darunter:		
Treuhandkredite	12	15
Immaterielle Anlagewerte	3.873	4.556
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte, sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	3.873	4.556
Sachanlagen	57.790	58.413
Sonstige Vermögensgegenstände	10.895	11.342
Rechnungsabgrenzungsposten	5.267	7.134
Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung	1.119	2.277
Summe der Aktiva	4.121.617	4.090.276

IN TSD. €

Passiva	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	502.260	488.433
a) täglich fällig	2.006	2.537
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	500.254	485.896
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.182.503	3.165.927
a) Spareinlagen	309.632	356.217
<i>aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten</i>	305.226	350.396
<i>ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten</i>	4.406	5.821
b) andere Verbindlichkeiten	2.872.871	2.809.710
<i>ba) täglich fällig</i>	2.517.022	2.358.167
<i>bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist</i>	355.849	451.543
Verbriefte Verbindlichkeiten	5	5
a) begebene Schuldverschreibungen	5	5
Treuhandverbindlichkeiten	12	15
darunter:		
Treuhandkredite	12	15
Sonstige Verbindlichkeiten	3.303	12.000
Rechnungsabgrenzungsposten	5.319	5.539
Rückstellungen	80.701	70.981
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	53.955	51.019
b) Steuerrückstellungen	5.788	4.584
c) andere Rückstellungen	20.958	15.378
Nachrangige Verbindlichkeiten	20.964	26.186
Fonds für allgemeine Bankrisiken	8.000	6.000
darunter: Sonderposten gemäß § 340e HGB	2	2
Eigenkapital	318.550	315.190
a) Eingefordertes Kapital		
Gezeichnetes Kapital	39.936	39.936
b) Kapitalrücklage	162.827	162.827
c) Gewinnrücklagen	105.137	101.777
<i>ca) gesetzliche Rücklage</i>	991	991
<i>cb) andere Gewinnrücklagen</i>	104.146	100.786
d) Bilanzgewinn	10.650	10.650
Summe der Passiva	4.121.617	4.090.276
	31.12.2015	31.12.2014
Eventualverbindlichkeiten	85.875	104.431
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	85.875	104.431
Andere Verpflichtungen	387.584	412.213
Unwiderrufliche Kreditzusagen	387.584	412.213

Gewinn- und Verlustrechnung

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015 DER NATIONAL-BANK AKTIENGESELLSCHAFT
IN TSD. €

Aufwendungen	2015	2014
Zinsaufwendungen	34.111	39.630
darunter:		
positive Zinsen auf Forderungen	96	0
Provisionsaufwendungen	3.211	3.561
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	97.747	91.371
a) Personalaufwand	60.950	55.110
aa) Löhne und Gehälter	51.776	46.357
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	9.174	8.753
darunter:		
für Altersversorgung	1.760	1.418
b) andere Verwaltungsaufwendungen	36.797	36.261
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	4.791	4.320
Sonstige betriebliche Aufwendungen	789	1.823
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	9.764	14.044
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	562	0
Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken	2.000	0
Außerordentliche Aufwendungen	1.054	1.641
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	12.251	12.623
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen	579	2.284
Jahresüberschuss	14.010	16.962
Summe der Aufwendungen	180.869	188.259
	2015	2014
Jahresüberschuss	14.010	16.962
Einstellungen in Gewinnrücklagen	3.360	6.312
in andere Gewinnrücklagen	3.360	6.312
Bilanzgewinn	10.650	10.650

IN TSD. €

Erträge	2015	2014
Zinserträge aus	120.153	134.843
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	118.790	132.112
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	1.363	2.731
darunter:		
negative Zinsen aus Verbindlichkeiten	6	0
Laufende Erträge aus	1.547	2.230
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	387	936
b) Beteiligungen	785	17
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	375	1.277
Provisionserträge	48.119	45.516
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	0	71
Sonstige betriebliche Erträge	7.736	4.370
Außerordentliche Erträge	3.314	1.229
Summe der Erträge	180.869	188.259

ANHANG

Angaben zur Bilanzierung und Bewertung

AUFSTELLUNG DES JAHRESABSCHLUSSES DER NATIONAL-BANK AG

Der Jahresabschluss der NATIONAL-BANK AG wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kredit- und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) aufgestellt. Angaben, die wahlweise in der Bilanz oder im Anhang gemacht werden können, erfolgen im Anhang.

Da die Einbeziehung der Tochtergesellschaften gemäß § 296 Abs. 2 HGB für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung ist, ist die Aufstellung eines Konzernabschlusses zum 31. Dezember 2015 nicht erforderlich.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

FORDERUNGEN AN KUNDEN UND KREDITINSTITUTE

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute wurden mit dem Nennbetrag bilanziert. Soweit die Kreditauszahlungen von den Nennbeträgen abweichen, wurden die Unterschiedsbeträge in Form von Disagien unter den passiven Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Die erfolgswirksame Auflösung der Rechnungsabgrenzungsposten wurde planmäßig und periodengerecht nach der Effektivzinsmethode vorgenommen. Erforderliche Einzelwertberichtigungen kürzten den Bilanzausweis der Forderungen. Das latente Kreditrisiko wurde in Anlehnung an die steuerliche Berechnungssystematik durch die Bildung einer Pauschalwertberichtigung berücksichtigt. Die Pauschalwertberichtigung sowie Teile der versteuerten Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB wurden von den Forderungen an Kunden abgesetzt.

Angekaufte Wechsel wurden mit den Nominalbeträgen abzüglich der abgegrenzten Zinsen angesetzt.

WERTPAPIERE

Sämtliche Wertpapierbestände wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet. Es wurden grundsätzlich die Anschaffungskosten beziehungsweise die niedrigeren Börsenkurse oder beizulegenden Werte zugrunde gelegt. Teile der versteuerten Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB wurden von den festverzinslichen Wertpapieren abgesetzt. Entsprechend den Vorschriften des Handelsgesetzbuches wurden bei den Wertpapieren Wertaufholungen im Umfang von 152,1 Tsd. € (Vj. 306,2 Tsd. €) vorgenommen.

Die Bank hat unterjährig Wertpapierleihegeschäfte abgeschlossen. Hieraus erhaltene Dividenden in Höhe von 13,8 Mio. € wurden durch korrespondierende Ausgleichszahlungen an den jeweiligen Kontrahenten kompensiert. Wertpapierleihegeschäfte bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Das Alternative Kreditportfolio wurde mittels einer Expertenschätzung bewertet, deren Grundlage die noch erwarteten Zahlungseingänge sind. Es wurde zum Bilanzstichtag vollständig wertberichtigt.

Nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 22 ist eine Trennung in eine Derivatekomponente und ein Basisinstrument für strukturierte Papiere des eigenen Wertpapierbestandes nicht erforderlich.

HANDELSBESTAND

Die Bank hielt während des Geschäftsjahres keine Handelsbestände in Form von Wertpapieren und Derivaten mit der Absicht der Ausnutzung kurzfristiger Marktschwankungen. Folglich wurden auch keine Handelsergebnisse erzielt.

BETEILIGUNGEN

Die Beteiligungen sowie die Anteile an verbundenen Unternehmen wurden gemäß dem gemilderten Niederstwertprinzip zu den Anschaffungskosten abzüglich der im Jahr 2015 und in den Vorjahren bereits durchgeführten Wertberichtigungen ausgewiesen.

SACHANLAGEVERMÖGEN UND IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände wurden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten angesetzt. Die Abschreibungen auf die im Bestand befindlichen Gebäude wurden unter Berücksichtigung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern ermittelt. Für die Vermögensgegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor dem Wirtschaftsjahr 2005 angeschafft wurden, erfolgte der Ansatz gemäß Art. 67 Abs. 4 Satz 1 EGHGB unter Fortführung der steuerlich maximal zulässigen Abschreibungen. Die Anschaffungskosten der ab 2005 angeschafften Vermögensgegenstände sind um planmäßige Abschreibungen vermindert worden. Die planmäßigen Abschreibungen wurden nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände linear vorgenommen.

Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung wurde gemäß gemildertem Niederstwertprinzip für die Vermögensgegenstände der am Bilanzstichtag vorliegende niedrigere Wert angesetzt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden in Anlehnung an die steuerlichen Regeln abgeschrieben. Wirtschaftsgüter mit einem Anschaffungswert bis 410 € wurden im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben. Kunstobjekte wurden zu Anschaffungskosten angesetzt.

Von dem Wahlrecht zur Aktivierung selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens wurde kein Gebrauch gemacht.

Angeschaffte Software wurde nach den Grundsätzen des Rechnungslegungsstandards IDW RS HFA 11 bilanziert.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die Körperschaftsteuererstattungsansprüche gemäß § 37 Abs. 5 KStG wurden mit ihrem Barwert in den Bilanzposten „Sonstige Vermögensgegenstände“ eingestellt.

LATENTE STEUERN

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgt auf Basis eines Ertragssteuersatzes von 32,80%, der die Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und den Solidaritätszuschlag umfasst. Von dem Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB wurde für die potenziellen latenten Steueransprüche kein Gebrauch gemacht.

AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG

Vermögensgegenstände, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Altersversorgungsverpflichtungen oder vergleichbaren langfristigen Verpflichtungen dienen, wurden mit den passivierten Verpflichtungsbeträgen verrechnet. Sofern der Wert den Verpflichtungsbetrag überschreitet, wird der Überhang als aktiver Unterschiedsbetrag ausgewiesen. Zum Jahresende enthielt der Posten zurückzuübertragende Wertpapiere, die wertmäßig über die entsprechenden Verpflichtungen aus Altersteilzeitverträgen hinausgingen.

Aufgrund der rechtlichen Ausgestaltung wurden nicht verrechenbare Teile aus Rückdeckungsversicherungen für Pensionsansprüche in den sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen.

VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER KUNDEN UND KREDITINSTITUTEN

Verbindlichkeiten wurden zum Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Soweit die Erfüllungsbeträge von den Ausgabebeträgen abwichen, wurden die Unterschiedsbeträge in die Rechnungsabgrenzung aufgenommen und zeitanteilig erfolgswirksam aufgelöst.

Die Disagien zu Verbindlichkeiten wurden in den Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Unterschiedsbeträge zwischen Ausgabebetrag und Erfüllungsbetrag bei Verbindlichkeiten werden auf deren Laufzeit nach der Effektivzinsmethode verteilt.

RÜCKSTELLUNGEN

Rückstellungen bestehen für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen stützen sich auf jährlich aktualisierte versicherungsmathematische Berechnungen der Barwerte der verdienten Pensionsansprüche durch unabhängige qualifizierte Versicherungsmathematiker. Die Pensionsverpflichtungen werden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren auf Basis der 2006 veröffentlichten „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck unter Berücksichtigung von Gehalts- sowie Rententrends ermittelt.

Die zur Ermittlung der Rückstellungen für Pensionsansprüche und vergleichbare langfristig fällige Verpflichtungen verwendeten Parameter sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

ALTERSVERSORGUNGSVERPFLICHTUNGEN ODER VERGLEICHBARE LANGFRISTIG FÄLLIGE VERPFLICHTUNGEN: PARAMETER ZU DEREN BERECHNUNG

Verpflichtungsart	Diskontierungszinssatz *		Gehaltstrend		Rententrend	
	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015
Pensionen	4,53 %	3,89 %	2,25 %	-	1,75 %	1,75 %
Altersteilzeit	2,85 %	2,02 %	2,25 %	2,25 %	-	-
Jubiläen	4,58 %	3,89 %	2,25 %	2,25 %	-	-
Vorruhestand	-	-	-	-	-	-
Übergangsgeld	4,58 %	3,89 %	2,25 %	2,25 %	-	-

* Gemäß Rückstellungsabzinsungsverordnung vom 18. November 2009 in Verbindung mit § 253 Abs. 2 HGB
Die Mitarbeiterfluktuation wurde in allen Verpflichtungsarten sowohl zum Beginn als auch zum Ende des Jahres mit 4 % angesetzt.

Der in 2010 ermittelte Unterschiedsbetrag für Pensionsrückstellungen aus der BilMoG-Umstellung wird gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB bis zum 31. Dezember 2024 in gleichbleibenden Beträgen von 1.027 Tsd. € den Pensionsrückstellungen zugeführt und im Rahmen der Gewinn- und Verlustrechnung als außerordentlicher Aufwand gezeigt. Der in den nächsten neun Jahren noch nachzubildende Betrag beläuft sich damit aus aktueller Sicht auf 9.242 Tsd. €.

Den Pensionsrückstellungen steht teilweise ein Deckungsvermögen gemäß § 246 Abs. 2 HGB in Form von Rückdeckungsversicherungen, die an die anspruchsberechtigten Personen abgetreten wurden, gegenüber. Sofern das Deckungsvermögen einen höheren beizulegenden Zeitwert hat als die Verpflichtungswerte aus den Rückstellungen, ergibt sich ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung. Zum 31. Dezember 2015 bestanden Rückdeckungsversicherungen über 6,7 Mio. €, die vollständig mit den Pensionsrückstellungen verrechnet wurden.

Für Altersteilzeitverpflichtungen wurden zugunsten der Anspruchsberechtigten festverzinsliche Wertpapiere verpfändet. Die Rückübertragungsansprüche bezogen auf diese Wertpapiere wurden mit bestehenden Altersteilzeitrückstellungen in Höhe von 0,5 Mio. € aufgerechnet. Der nicht verrechenbare Teil in Höhe von 1,1 Mio. € wurde in den Bilanzposten „Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung“ eingestellt.

Der Zinsaufwand aus sämtlichen Altersversorgungsverpflichtungen und vergleichbaren langfristig fälligen Verpflichtungen liegt bei 8,6 Mio. €. Dieser Aufwand wurde verrechnet mit Erträgen aus dem Deckungsvermögen in Höhe von 0,3 Mio. €. Damit ergibt sich ein saldierter Aufwand von 8,3 Mio. €.

Die weitere Entwicklung der Rückstellungen ist unter Berücksichtigung der Veränderungen des verrechneten Deckungsvermögens der nachstehenden Tabelle zu entnehmen.

ALTERSVERSORGUNGSVERPFLICHTUNGEN ODER VERGLEICHBARE LANGFRISTIG FÄLLIGE VERPFLICHTUNGEN

IN TSD. €

Verpflichtungsart	Bestand zum 31.12.2014	Verbrauch 2015	Aufgelöst 2015	Aufzinsung 2015	Zuführung 2015	Veränderung des verrechneten Deckungs- vermögens	Bestand zum 31.12.2015	Verrechnetes Deckungsver- mögen zum 31.12.2015
Pensionen	50.949	3.480	2.896	8.544	1.027	373	53.771	6.741
Altersteilzeit	0	836	0	20	337	-593	114	533
Übergangsgeld	70	0	3	3	0	0	70	-
Zwischensumme	51.019	4.316	2.899	8.567	1.364	-220	53.955	7.274
Jubiläen	1.305	64	0	58	171	0	1.470	-
Gesamtsumme	52.324	4.380	2.899	8.625	1.535	-220	55.425	7.274

Die sonstigen Rückstellungen wurden gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von bis zu 2% berücksichtigt. Dabei wurden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr mit fristadäquaten Zinssätzen der Deutschen Bundesbank abgezinst. Die Zinssätze für die Abzinsung der Rückstellungen betragen in Abhängigkeit von der Restlaufzeit 2,08% (für ein Jahr) bis zu 2,98% (für sechs Jahre).

Ein gesonderter Ausweis der Erträge und Aufwendungen aus der Abzinsung von sonstigen Rückstellungen (Zinsaufwand in Höhe von 142,6 Tsd. €, Vj. 165,4 Tsd. €) erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit nicht in der Gewinn- und Verlustrechnung. Sie sind in den Zinserträgen bzw. Zinsaufwendungen enthalten.

FINANZDERIVATE

Geschäfte in Zinsderivaten und Devisenoptionen unterliegen der Einzelbewertung, soweit sie nicht zusammen mit Gegengeschäften eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB bilden. Davon abweichend blieb für Geschäfte, die der Zinsbuchsteuerung dienen, das Bewertungsergebnis dieser Geschäfte bei der Ergebnisermittlung unberücksichtigt. Devisentermin- und Devisenkassageschäfte wurden vollständig in die Währungsumrechnung und Währungsbewertung einbezogen.

BEWERTUNGSEINHEITEN

Bewertungseinheiten gemäß § 254 HGB bildet die Bank für sämtliche kundenbezogenen Zinsderivate, Zins- und Währungsswaps und Devisenoptionsgeschäfte zusammen mit den dazugehörigen Eindeckungsgeschäften, die mit Kre-

ditinstituten kontrahiert werden, unter Anwendung der Einfrierungsmethode. Kundengeschäft und Eindeckungsgeschäft sind – mit wenigen Ausnahmen – hinsichtlich aller Kontraktbedingungen kongruent, sodass keine Marktpreisrisikoposition bezüglich dieser Geschäfte besteht. Bei den vereinzelt Ausnahmen beruht die Abweichung lediglich darauf, dass die Ergebnisbeiträge der Deckungsgeschäfte über die Laufzeit periodisiert werden. Die Überwachung der Deckungskongruenz der Positionen erfolgt sowohl bei Abschluss der Geschäfte als auch zum Bilanzstichtag auf Basis der Critical-Term-Match-Methode. Das Ergebnis aus diesen Geschäften wird im Zinsertrag der Bank gezeigt. Für zukünftige Verwaltungsaufwendungen und Adressenausfallrisiken, die täglich mit den beordneten Kreditlinien abgeglichen werden, werden angemessene Beträge im Rahmen des passiven Rechnungsabgrenzungspostens laufzeitgerecht abgegrenzt. Schließungen von Kundenpositionen oder Kündigungen von Kundenpositionen seitens der Bank führen unmittelbar zur Glatstellung der Eindeckungsgeschäfte mit den Bankkontrahenten. Die Zinsderivate weisen Laufzeiten von maximal 17 Jahren auf.

Die Bank hat auch für die Absicherung des Zinsrisikos aus einem Kreditgeschäft einen Zinsswap und für die Absicherung des Zinsrisikos des Bankbuches (Macro-Hedges) mehrere Zinsswaps als Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Auch für diese Geschäfte wurde die Einfrierungsmethode angewendet.

Da die Bank nicht den Status eines General Clearer an der EUREX, wohl aber einen direkten Zugang zur EUREX über einen Kooperationspartner hat, werden diese Geschäfte als Kundengeschäfte und als Bankgeschäfte eingestuft und ebenfalls als Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB geführt. Wie bei den Zinsderivaten kommt aufgrund der kongruenten Geschäfte ebenfalls die Critical-Term-Match-Methode zur Anwendung. Das Ergebnis aus diesen Geschäften wird im Provisionsertrag der Bank gezeigt. Marktpreisrisiken können auch hier nicht entstehen.

BEWERTUNGSEINHEITEN GEMÄSS § 254 HGB

IN TSD. €

	Nominal- volumen bis 1 Jahr Rest- laufzeit	Markt- werte bis 1 Jahr Rest- laufzeit	Nominal- volumen über 1 Jahr bis 5 Jahre Rest- laufzeit	Markt- werte über 1 Jahr bis 5 Jahre Rest- laufzeit	Nominal- volumen über 5 Jahre Rest- laufzeit	Markt- werte über 5 Jahre Rest- laufzeit	Siche- rungsart	Risikoart
Zinsderivate mit Kunden (Grundgeschäfte)	29.937	190	165.380	8.382	231.014	24.247	Micro- Hedges	Zins
Zinsderivate mit Kreditinstituten (Sicherungsgeschäfte)	29.937	-190	165.380	-8.382	231.014	-23.980 *	Micro- Hedges	Zins
Zinsderivate mit Kreditinstituten (Sicherungsgeschäft für Kredit)	0	0	40.000	268	0	0	Micro- Hedge	Zins
Zinsderivate mit Kreditinstituten (Sicherungsgeschäfte)	0	0	4.702	-457	125.000	190	Macro- Hedges	Zins
Devisenoptionen mit Kunden (Grundgeschäfte)	22.462	-279	5.445	-73	0	0	Micro- Hedges	Währung
Devisenoptionen mit Kreditinstituten (Sicherungsgeschäfte)	22.462	279	5.445	73	0	0	Micro- Hedges	Währung
Zins- und Währungsswapgeschäfte mit Kunden (Grundgeschäfte)	0	0	5.924	816	1.501	187	Micro- Hedges	Zins/ Währung
Zins- und Währungsswapgeschäfte mit Kreditinstituten (Sicherungsgeschäfte)	0	0	5.924	-816	1.501	-187	Micro- Hedges	Zins/ Währung
EUREX-Geschäfte Kunden (Grundgeschäfte)	4.465	-114	229	-49	0	0	Micro- Hedges	Aktien/ Zins
EUREX-Geschäfte General Clearer (Sicherungsgeschäfte)	4.465	114	229	49	0	0	Micro- Hedges	Aktien/ Zins

* Die Differenz in den Marktwerten zwischen Grundgeschäften und Sicherungsgeschäften bei Zinsderivaten mit einer Restlaufzeit über 5 Jahre resultiert aus zwei Geschäften, die im Jahr 2006 abgeschlossen wurden und bei denen im Rahmen der Vertragsvereinbarung lediglich leicht abweichende Zinssätze vereinbart wurden.

WÄHRUNGSUMRECHNUNG

Auf fremde Währungen lautende Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sowie Verbindlichkeiten und Eventualverbindlichkeiten wurden mit den zum Jahresultimo festgestellten Referenzkursen der Europäischen Zentralbank umgerechnet. Grundsätzlich schließt die Bank arbeitstäglich ihre Währungspositionen bis auf am Markt nicht eindeckbare Betragsspitzen, sodass für die Aktiva und Passiva (Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Lieferverpflichtungen und Lieferansprüche aus Devisenkassa- und Devisentermingeschäften) eine nahezu vollständige besondere Deckung

in der jeweiligen Währung gegeben ist. Überhänge weisen stets eine Restlaufzeit von unter einem Jahr aus. Die aus der Umrechnung der Fremdwährungsaktiva und Fremdwährungspassiva resultierenden Gewinne und Verluste wurden daher vollständig in die Gewinn- und Verlustrechnung einbezogen.

Terminaufschläge beziehungsweise -abschläge von devisenterminbezogenen Absicherungsgeschäften für bilanzielle Positionen erhöhen beziehungsweise vermindern das Zinsergebnis zeitanteilig. Die Veränderungen zwischen den ursprünglichen Kassakursen der Absicherungsgeschäfte und den aktuellen Kassakursen werden durchgebucht und unter den sonstigen Verbindlichkeiten beziehungsweise sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen. Devisentermingeschäfte, die nicht der Absicherung von Bilanzgeschäften dienen, werden mit ihren Terminkursen bewertet. Die Ergebnisse aus der Bewertung der Devisentermingeschäfte werden in der Gewinn- und Verlustrechnung berücksichtigt. Die Ergebnisse aus der Währungsumrechnung und -bewertung sind in den sonstigen betrieblichen Erträgen mit einem ausgeglichenen Betrag von 0,0 Mio. € enthalten. Dabei standen den Erträgen in Höhe von 63,9 Mio. € Aufwendungen in fast gleicher Höhe von 63,9 Mio. € gegenüber.

Auf fremde Währungen lautende Forderungen und Vermögensgegenstände bestanden zum Bilanzstichtag in Höhe von 15,0 Mio. € (Vj. 30,0 Mio. €). Die Fremdwährungsverbindlichkeiten betragen insgesamt 101,8 Mio. € (Vj. 90,0 Mio. €). Die Eventualverbindlichkeiten in fremder Währung beliefen sich auf 4,2 Mio. € (Vj. 12,9 Mio. €).

VERLUSTFREIE BEWERTUNG DES ZINSBUCHES

Das Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e. V. (IDW) hat am 6. September 2012 die IDW-Stellungnahme zur Rechnungslegung „Einzelfragen der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (Zinsbuchs)“ (IDW RS BFA 3) veröffentlicht. Die Stellungnahme sieht für Kreditinstitute vor, dass derivative und nicht derivative zinsbezogene Finanzinstrumente, die in einem Refinanzierungsverbund stehen und entsprechend gesteuert werden, als Gesamtheit zu betrachten sind. Unter Beachtung des Vorsichtsprinzips und des Imparitätsprinzips ist für diesen Refinanzierungsverbund bei drohenden Verlusten aufgrund eines Verpflichtungsüberschusses eine Drohverlustrückstellung nach § 340 a i. V. m. § 249 Abs. 1 S. 1 Alt. 2 HGB zu bilden.

Die NATIONAL-BANK AG wendet zur Bewertung die barwertige Methode an. In Anwendung der genannten Vorschriften bestand keine Notwendigkeit, für einen barwertigen Überschuss vertraglicher Zinsaufwendungen über die Zinserträge (einschließlich damit zusammenhängender Verwaltungs- und Risikokosten) am Abschlussstichtag eine Drohverlustrückstellung zu bilden.

Erläuterungen zur Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN

Die für bestimmte Aktiv- und Passivposten der Bilanz erstellte Gliederung nach Restlaufzeiten basiert auf den Endfälligkeiten, den Kündigungsfristen und den Kündigungssperrfristen. Bei Forderungen oder Verbindlichkeiten, die in regelmäßigen Raten zurückgeführt werden, basiert die Gliederung auf den Restlaufzeiten der jeweils einzelnen Raten. Unter den unbestimmten Laufzeiten wurden insbesondere Kredite in laufender Rechnung ohne konkrete zeitliche Befristungen (sogenannte b.a.w.-Kredite) ausgewiesen. Die Restlaufzeitgliederung erlaubt eine erste Beurteilung der Liquiditätslage des Kreditinstitutes. In dem Bilanzposten „Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere“ waren Papiere mit einem Nennbetrag von 167,4 Mio. € und einem Buchwert einschließlich bestehender Zinsabgrenzungen von 167,5 Mio. € enthalten, die in 2016 fällig werden.

AKTIEN UND SONSTIGE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Die Bank hielt 100% der Anteile an dem Sondervermögen HANSASpezial25, der ausschließlich in festverzinsliche Wertpapiere investiert ist. Zum 31. Dezember 2015 wurde der Fonds mit dem aktuellen Inventarwert von 89,6 Mio. € ausgewiesen. Aus dem Fonds erzielte die Bank eine Ausschüttung von 0,4 Mio. €.

Börsenfähige Wertpapierbestände sind in den folgenden Bilanzpositionen enthalten:

FRISTENGLIEDERUNG NACH RESTLAUFZEITEN IN TSD. €

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre	unbe- stimmte Laufzeit	anteilige Zinsen	Gesamt- betrag
Aktiva							
Forderungen an Kreditinstitute (ohne täglich fällige)	339	0	20.239	6	0	55	20.639
Forderungen an Kunden	303.763	272.411	777.647	1.416.181	368.090	535	3.138.627
Passiva							
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	99.305	27.140	131.669	242.127	0	13	500.254
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten	256	172	3.824	154	0	0	4.406
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	141.424	174.922	28.454	10.000	0	1.049	355.849

BÖRSENFÄHIGE WERTPAPIERBESTÄNDE
 IN TSD. €

	börsenfähig	davon börsennotiert	davon nicht börsennotiert
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	622.323	602.244	20.079
Aktien und andere nicht festverzinslichen Wertpapiere	260	0	260

NACHRANGIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Unter dem Bilanzposten „Forderungen an Kreditinstitute“ besteht ein Nachrangdarlehen an die Bürgschaftsbank NRW GmbH in Höhe von 5,8 Tsd. € (Vj. 5,8 Tsd. €). Nachrangige Kredite an unsere Kunden wurden nicht herausgelegt (Vj. 500,0 Tsd. €).

BETEILIGUNGEN

Auf die bestehenden Beteiligungen wurden Wertanpassungen im Umfang von 801,6 Tsd. € vorgenommen.

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen sind in folgenden Bilanzpositionen enthalten:

**FORDERUNGEN UND VERBINDLICHKEITEN GEGENÜBER
 BETEILIGUNGSUNTERNEHMEN IN TSD. €**

	2014	2015
Forderungen an Kreditinstitute	6	6
Forderungen an Kunden	0	0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.242	1.240
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	955	1.043
Eventualverbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen	0	0

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

Unter dieser Position werden die 100-prozentigen Beteiligungen an der

- NATIONAL-BANK Versicherungsagentur GmbH, Essen,
- NATIONAL-BANK Immobilien GmbH, Essen,
- NATIONAL-BANK Vermögenstreuhand GmbH, Essen, und
- IMMRUHR Verwaltungs GmbH, Essen,

ausgewiesen. Die Verbindlichkeiten gegenüber diesen Gesellschaften betragen 21.781,9 Tsd. € (Vj. 1.660 Tsd. €). Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Treuhandverbindlichkeiten gegenüber der NATIONAL-BANK Vermögenstreuhand GmbH. Unter der Bilanzposition Forderungen an Kunden bestanden diesbezüglich keine Forderungen (Vj. 0 €). Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wurde die bereits feststehende, aber noch nicht durchgeführte Ausschüttung der NATIONAL-BANK Versicherungsagentur GmbH, Essen, in Höhe von 60,0 Tsd. € (Vj. 70,0 Tsd. €) sowie ein Provisionsanspruch von 238,3 Tsd. € (Vj. 775,0 Tsd. €) ausgewiesen. Für 2015 wurde für die NATIONAL-BANK Immobilien GmbH eine Ausschüttung in Höhe von 315,0 Tsd. € (Vj. 85,0 Tsd. €) beschlossen und ebenfalls unter den sonstigen Vermögensgegenständen aktiviert. Außerdem gab es eine sonstige Forderung gegenüber der NATIONAL-BANK Vermögenstreuhand GmbH in Höhe von 34,6 Tsd. € (Vj. 34,1 Tsd. €).

ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

IN TSD. €

	Eigenkapital	Ergebnis des Geschäftsjahres 2014	Ergebnis des Geschäftsjahres 2015
NATIONAL-BANK Versicherungsagentur GmbH, Essen	50	72	69
NATIONAL-BANK Immobilien GmbH, Essen	125	89	313
NATIONAL-BANK Vermögenstreuhand GmbH, Essen	250	45	83
IMMRUHR Verwaltungs GmbH, Essen	26	8	-5

TREUHANDVERMÖGEN

Das Treuhandvermögen umfasste überwiegend in eigenem Namen, aber für fremde Rechnung gewährte Kredite an Kunden. Die Ursprungslaufzeit dieser Kredite betrug vier Jahre und mehr.

TREUHANDGESCHÄFT

IN TSD. €

	2014	2015
Forderungen an Kunden	15	12
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	15	12

ANLAGEVERMÖGEN

Das Wertpapieranlagevermögen bestand aus unterschiedlichen Verbriefungstransaktionen, denen verbriefte Kredite zugrunde liegen. Die Abgänge resultierten aus Verkäufen, Fälligkeiten, Tilgungen und Wertkorrekturen. Sämtliche Verbriefungstransaktionen wurden vollständig wertberichtigt. Von der gemäß § 34 Abs. 3 der RechKredV möglichen Zusammenfassung für Finanzanlagen wurde kein Gebrauch gemacht.

Die aktivierten Grundstücke und Gebäude werden alle, zumindest in eingeschränktem Umfang, im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzt.

ANLAGESPIEGEL

IN TSD. €

	Anschaf- fungs-/ Herstel- lungs- kosten 1.1.2015	Zugänge 2015	Abgänge 2015	Anschaf- fungs-/ Herstel- lungs- kosten 31.12.2015	Abschrei- bungen 2015	Abschrei- bungen kumuliert	Buch- wert per 31.12.2015	Buch- wert per 31.12.2014
Wertpapiere des Anlagevermögens	9.109	0	6.059	3.050	27	3.050	0	200
Beteiligungen	1.668	0	171	1.497	631	631	866	1.668
Anteile an verbundenen Unternehmen	413	0	0	413	0	0	413	413
Grundstücke und Gebäude	60.312	202	53	60.461	1.179	14.332	46.129	47.159
Betriebs- und Geschäftsausstattung	45.140	2.072	59	47.153	1.705	35.555	11.598	11.254
Anlagen im Bau	0	63	0	63	0	0	63	0
Immaterielles Anlagevermögen	37.950	1.225	0	39.174	1.908	35.301	3.873	4.556

EIGENE AKTIEN

Eigene Aktien hatten die Bank oder mit ihr verbundene Unternehmen am Bilanzstichtag nicht im Bestand. Als Sicherheit für Kredite an Kunden waren am Jahresende 235.732 NATIONAL-BANK AG Stückaktien (Vj. 283.146) verpfändet. Dies entspricht 1,77 % (Vj. 2,13 %) des Grundkapitals.

Im Laufe des Berichtsjahres hat die Bank von der Möglichkeit des Handels in eigenen Aktien gemäß § 71 Abs. 1 Ziff. 7 AktG Gebrauch gemacht. Es wurden insgesamt 471.831 Stückaktien (Vj. 239.106), das sind 3,5 % (Vj. 1,80 %) des Grundkapitals, mit einem durchschnittlichen Kurs von 32,53 € (Vj. 32,29 €) gekauft. Die Verkäufe wurden zum gleichen Durchschnittskurs abgewickelt, sodass insgesamt kein Überschuss (Vj. 486 €) entstand. Der höchste Bestand am Ende eines Tages innerhalb des abgelaufenen Jahres betrug 102.734 Stückaktien (Vj. 59.971) beziehungsweise 0,77 % (Vj. 0,45 %) des Grundkapitals. Die preislichen Auflagen der bestehenden Ermächtigungen der Hauptversammlung wurden jederzeit eingehalten.

Zur Erleichterung des Handels in eigenen Aktien möchte die Bank weiterhin von der Vorschrift des § 71 Abs. 1 Ziff. 7 AktG Gebrauch machen. Die Hauptversammlung hat die Bank ermächtigt, bis zum 6. Mai 2019 eigene Aktien zum Zweck des Wertpapierhandels mit der Maßgabe zu erwerben, dass der Handelsbestand der zu diesem Zweck erworbenen Aktien am Ende eines jeden Tages 5,0 % des Grundkapitals der NATIONAL-BANK AG nicht übersteigt. Außerdem dürfen aufgrund des Beschlusses Aktien nur erworben werden, wenn der Preis je Aktie um nicht mehr als 10,0 % über oder unter dem Kurs liegt, der bei den über die NATIONAL-BANK AG getätigten Umsätzen an den drei vorausgegangenen Tagen, an denen Umsätze in NATIONAL-BANK AG Aktien getätigt wurden, im Durchschnitt bezahlt wurde.

ALS SICHERHEIT ABGETRETENE FORDERUNGEN, WERTPAPIERE UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Kundenforderungen in Höhe von 409,6 Mio. € (Vj. 373,8 Mio. €) wurden an öffentliche Refinanzierungsinstitute abgetreten. Dies ist bei Einsatz öffentlicher Kreditprogramme nach den Kreditbedingungen erforderlich. Daneben erfolgte eine Verpfändung von Wertpapieren im Umfang von 31,0 Mio. € (Vj. 30,5 Mio. €) als Sicherheit für verschiedene Geschäftspartner, zum Beispiel, um die Teilnahme am Derivatehandel an der EUREX als Non-Clearing-Member zu ermöglichen.

Zum Jahresende waren im Pfandpool bei der Deutschen Bundesbank Wertpapiere, Wirtschaftskredite und direkte Geldanlagen mit einem Beleihungswert von 702,4 Mio. € (Vj. 688,0 Mio. €) für Refinanzierungen im Rahmen der Liquiditätssteuerung enthalten.

Zum Jahresultimo bestand ein Hauptrefinanzierungsgeschäft bei der Deutschen Bundesbank über 90,0 Mio. €.

VERRECHNETE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE UND SCHULDEN

Gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB wurden Rückdeckungsversicherungen und Wertpapiere, die dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Schulden aus Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen dienen, mit diesen Verpflichtungen verrechnet.

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens belief sich auf 8,4 Mio. €, der Erfüllungsbetrag der verrechenbaren Verpflichtungen lag bei 13,0 Mio. €. Es verblieb zudem ein aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 1,1 Mio. €. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 8,3 Mio. €.

Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens zum Bilanzstichtag wurde für die Rückdeckungsversicherungen anhand von Mitteilungen durch die Versicherungsgesellschaft und für die Wertpapiere durch Börsenkurse zum Jahresende ermittelt.

Der Zinsaufwand aus den verrechenbaren Pensions- und Altersteilzeitverpflichtungen beträgt als Teil des Zuführungsbetrages zu den Rückstellungen 0,5 Mio. €. Der Ertrag aus den verrechneten Vermögenswerten belief sich auf 0,2 Mio. €. Daraus ergab sich in der Gewinn- und Verlustrechnung ein Zinsaufwand von 0,3 Mio. €. Darüber hinaus wurde der aus dem Dienstleistungsaufwand resultierende Zuführungsbetrag zu den Pensionsrückstellungen im Personalaufwand ausgewiesen.

SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 7,7 Mio. € enthalten im Wesentlichen Mieterträge (1,3 Mio. €) sowie Rückstellungsaufösungen (4,6 Mio. €).

STEUERN VOM EINKOMMEN UND ERTRAG

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag verringerten sich insgesamt um 0,3 Mio. € auf 12,3 Mio. €. Von dem ausgewiesenen Steueraufwand entfallen 0,1 Mio. € auf frühere Geschäftsjahre infolge einer Betriebsprüfung für die Jahre 2009 bis 2012. Aus latenten Steuern ergaben sich keine Effekte auf den ausgewiesenen Steueraufwand.

LATENTE STEUERN

Aktive latente Steuern resultierten im Wesentlichen aus Reserven gemäß § 340 f HGB sowie aus Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen, während passive latente Steuern aus der Behandlung der Immobilientransaktionen mit der IMMRUHR GmbH & Co. KG aus dem Jahre 2014 stammten. Nach Saldierung verblieb ein Anspruchsüberhang, der nicht aktiviert wurde.

SONSTIGE AKTIVWERTE

Unter der aktiven Rechnungsabgrenzung wurden Disagien aus der Aufnahme von langfristigen Refinanzierungsmitteln in Höhe von 0,5 Mio. € (Vj. 0,8 Mio. €) ausgewiesen. Zudem bestand ein Restagio aus einem angekauften Schuldschein-

darlehen in Höhe von 10,0 Tsd. € (Vj. 16,2 Tsd. €). Aus dem Kauf des Immobilienportfolios von der Hypothekenbank Frankfurt AG im Jahr 2013 resultierte ein über das nominale Kreditvolumen hinausgehender Kaufpreisaufschlag, der über den Kapitalbindungsverlauf des Portfolios im Zeitablauf zulasten des Zinsergebnisses aufgelöst wird. Zum Ende des Berichtsjahres betrug der Restbetrag des Kaufpreisaufschlages 4,1 Mio. € (Vj. 5,8 Mio. €). Außerdem werden unter der aktiven Rechnungsabgrenzung noch Abgrenzungsbeträge für gezahlte Cap-Prämien in Höhe von 0,3 Mio. € bzw. für Folgejahre gezahlte Rechnungen über 0,4 Mio. € ausgewiesen.

Die sonstigen Vermögensgegenstände sind in der nachfolgenden Tabelle aufgeführt.

SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE IN MIO. €

	2014	2015
Steuererstattungsansprüche	6,3	4,4
Kapitalgedeckte Rückdeckungsversicherung	0,6	1,1
Provisionsansprüche für Finanzdienstleistungen	2,6	1,9
Ausgleichsposten Devisentermingeschäfte	0,0	0,8
Geldbestände Werttransportunternehmen	0,2	1,0
Ausschüttungsansprüche Tochtergesellschaften	0,2	0,4
Sonstige	1,4	1,3
	11,3	10,9

Der gemäß § 37 Abs. 5 KStG bestehende Anspruch auf Körperschaftssteuerguthaben, der innerhalb der nächsten zwei Jahre zu jeweils gleichen jährlichen Beträgen zur Zahlung durch die Finanzverwaltung fällig wird, wurde mit dem Barwert von 1,1 Mio. € (Vj. 1,5 Mio. €) angesetzt und ist in den Steuererstattungsansprüchen enthalten.

SONSTIGE PASSIVWERTE

Die passive Rechnungsabgrenzung enthielt Disagien aus dem Kundenkreditgeschäft mit einem Volumen von 1,5 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €). Diese werden im Zeitablauf planmäßig aufgelöst. Daneben bestand eine Rechnungsabgrenzung für bereits vereinnahmte Erträge aus dem Zins- und Währungsmanagement zur Abdeckung zukünftiger Verwaltungsaufwendungen und potenzieller Adressenausfallrisiken in Höhe von 3,8 Mio. € (Vj. 3,3 Mio. €). In dem Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind 2,6 Mio. € (Vj. 11,6 Mio. €) noch abzuführende Steuern sowie 0,3 Mio. € (Vj. 0,2 Mio. €) offene Rechnungen enthalten.

NACHRANGIGE VERBINDLICHKEITEN

Die nachrangigen Verbindlichkeiten per 31. Dezember 2015 betragen 20,0 Mio. € und setzten sich aus zwei Tranchen zusammen:

NACHRANGDARLEHEN NOMINALBETRAG

	Zinssatz	Fälligkeit
10,0 Mio. €	5,16 %	16.01.2017
10,0 Mio. €	6,25 %	31.03.2020

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen, da die Gläubiger nicht berechtigt sind, die Darlehen vorzeitig zu kündigen. Eine Aufrechnung des Rückzahlungsanspruchs der Gläubiger gegen Forderungen der Bank ist ausgeschlossen. Im Fall der Insolvenz oder der Liquidation der Bank ist der Anspruch der Gläubiger auf Rückzahlung des Darlehenskapitals erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zu erfüllen. Für die nachrangigen Verbindlichkeiten war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Zinsaufwand von 1,1 Mio. € (Vj. 1,4 Mio. €) angefallen. Der ausgewiesene Betrag enthält die anteiligen Zinsen per 31. Dezember 2015.

AUSSCHÜTTUNGSSPERRE

Teile des grundsätzlich frei verfügbaren Eigenkapitals können unter der Ausschüttungssperre des § 268 Abs. 8 HGB stehen. Zum Jahresende bestand in Höhe von 45 Tsd. € (Vj. 119 Tsd. €) eine Ausschüttungssperre aufgrund von Zuschreibungen bei Vermögensgegenständen, die mit Altersvorsorgeverpflichtungen verrechnet wurden.

EIGENKAPITAL

Das Eigenkapital (ohne Bilanzgewinn) entwickelte sich unter Berücksichtigung der Effekte aus dem Ankauf und Verkauf von eigenen Aktien sowie der Rücklagendotierung im Rahmen des Jahresabschlusses für 2015 wie folgt:

EIGENKAPITAL IN TSD. €	
Eigenkapital zum 31.12.2014	304.540
Veränderung der Gewinnrücklagen aufgrund des Handels in eigenen Aktien	0
Einstellung in die anderen Gewinnrücklagen aus dem Jahresüberschuss 2015	3.361
Eigenkapital zum 31.12.2015	307.901

Käufe und Verkäufe von eigenen Aktien reduzierten beziehungsweise erhöhten das Eigenkapital (Gewinnrücklagen). Gewinne und Verluste aus den Transaktionen mit eigenen Aktien verblieben in den Gewinnrücklagen.

Das gezeichnete Kapital (Grundkapital) beträgt unverändert 39,936 Mio. €. Bei unverändert 13,312 Mio. Stückaktien ergibt sich je Aktie ein rechnerischer Anteil am Grundkapital von 3 €. Die Aktien lauten auf den Inhaber. Der Anspruch des Aktionärs auf Verbriefung seines Anteils ist ausgeschlossen.

GENEHMIGTES KAPITAL

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 07. Mai 2014 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates bis zum 06. Mai 2019 das Grundkapital um bis zu 15,0 Mio. € durch einmalige oder mehrmalige Ausgabe von

auf den Inhaber lautenden Stückaktien gegen Bareinlage zu erhöhen und über die Bedingungen der Aktienausgabe zu entscheiden. Dabei ist den Aktionären – abgesehen von einem möglichen Bezugsrechtsausschluss für Spitzenbeträge – ein Bezugsrecht einzuräumen. Von dieser Ermächtigung ist bisher noch kein Gebrauch gemacht worden, sodass das genehmigte Kapital weiterhin 15,0 Mio. € beträgt.

NEGATIVE ZINSEN

Die Bank hatte im Berichtsjahr erstmals sowohl Forderungen als auch Einlagen mit negativen Zinsen im Bestand. Negative Zinsen aus Forderungen wurden unter den Zinsaufwendungen verbucht. Unter den Zinserträgen wurden auch negative Zinsen aus Verbindlichkeiten gebucht. Beide Größen sind jedoch für die Bewertung des Ergebnisses der Bank von untergeordneter Bedeutung.

SONSTIGE HAFTUNGSVERHÄLTNISSE, EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Als Mitglied der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken (EdB) sind wir zur Zahlung von jährlichen Beiträgen bis zum Jahr 2024 verpflichtet. Reichen im Falle eines Entschädigungsfalles die verfügbaren Mittel der Sicherungseinrichtung nicht aus, ist diese außerdem berechtigt, Sonderbeiträge (§ 27 Abs. 1 EinSiG) oder Sonderzahlungen (§ 27 Abs. 1 Nr. 2 und § 30 Abs. 2 EinSiG) einzufordern. Auch im Rahmen der europäischen Bankenabgabe sind wir bis zum Jahre 2024 verpflichtet, jährliche Beiträge zu leisten. Nach Art. 104 Richtlinie 2014/59/EU können auch hier außerordentliche nachträgliche Beiträge erhoben werden. Die Beitragsverpflichtungen bis zum Jahr 2024 und etwaige Nachschusspflichten stellen ein Risiko im Hinblick auf die Finanzlage der Bank im Sinne von § 285 Nr. 3 HGB dar.

Aus langfristigen Mietverhältnissen für die von der Bank genutzten Immobilien ergeben sich nunmehr jährliche Mietverpflichtungen in Höhe von 2,7 Mio. € (Vj. 2,2 Mio. €). Die Mietverpflichtungen sind vertraglich mit Laufzeiten von einem Jahr bis zu knapp 13 Jahren gebunden. Der Betrag ist gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen durch die Anmietung der neuen Räumlichkeiten für die Niederlassung Münster gestiegen.

Neben den Mietverhältnissen für Immobilien bestanden Leasing- und Nutzungsverträge für EDV-Hardware und Software, insbesondere für die Großrechner. Im Rahmen dieser Verträge ergaben sich in 2015 Zahlungen von rund 3,5 Mio. € (Vj. 3,8 Mio. €). Diese waren in den anderen Verwaltungsaufwendungen enthalten. Die Verträge haben Laufzeiten bis maximal Ende 2017 und sind überwiegend innerhalb eines Jahres beziehungsweise in einem Jahr zum Jahresende kündbar. Mit diesen Regelungen sichert sich die Bank die Möglichkeit, nach Ablauf der Vertragslaufzeit auf die dann neueste Technologie zu wechseln, ohne dabei ein Verwertungsrisiko berücksichtigen zu müssen. Gleichzeitig besteht das Risiko, dass bei Auslauf der Verträge die Kosten für Vertragsprolongationen deutlich steigen können beziehungsweise für Investitionen hohe Kapitalbeträge gebunden werden, auch wenn das bislang genutzte System technologisch noch nicht veraltet ist. Die Gestaltung der Verträge berücksichtigt darüber hinaus eine eventuelle Auslagerung des Rechenzentrums.

Des Weiteren hat die Bank in unterschiedlichen Bereichen Leistungspakete ausgelagert, die nicht zwingend zur Kernfunktionalität der Bank gehören. Hierzu zählen unter anderem

- der Betrieb des Electronic Banking und der elektronischen Zahlungssysteme,
- der Betrieb und die Weiterentwicklung des internen Ratingverfahrens,
- die Erstellung von Drucksendungen und Kontoauszügen,
- die Wahrnehmung der Aufgaben der IT-Revision und des externen Datenschutzbeauftragten,
- die Umwandlung und Bearbeitung von beleghaften Zahlungsaufträgen.

Die Auslagerungen werden jeweils einer Wirtschaftlichkeitsanalyse unterzogen und werden fortlaufend im Hinblick auf die Einhaltung von Qualitätsstandards überwacht. Die Auslagerungen beeinträchtigen nicht die Steuerungs- und Kontrollmöglichkeiten der Bank. Für die Bank bietet sich der Vorteil, an Weiterentwicklungen teilzuhaben, die von dem jeweiligen Leistungsanbieter betrieben werden. Sie muss dafür keine eigenen Ressourcen vorhalten, die keinen unmittelbaren Bezug zum originären Bankgeschäft haben. Andererseits ergeben sich Risiken aus dem Ausfall der Leistungsanbieter und deren Ersatz. 2015 waren für die als

wesentlich klassifizierten Auslagerungen Aufwendungen in Höhe von 3,0 Mio. € (Vj. 2,7 Mio. €) entstanden, die vollständig unter den anderen Verwaltungsaufwendungen in der Gewinn- und Verlustrechnung gezeigt werden. Die Steigerung resultiert aus einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit der GDB Gesellschaft für Datensicherheit und IT-Beratung mbH sowie der Einbeziehung der Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH für die Bearbeitung der beleghaften Zahlungsaufträge in die Kategorie der wesentlichen Auslagerungen.

VERGÜTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Die Hauptversammlung der Bank hat am 13. Mai 2015 beschlossen, die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2015 zu bestellen. Die Gesellschaft erhielt für die Abschlussprüferleistungen vor Umsatzsteuer 302 Tsd. €, wovon 32 Tsd. € auf das Vorjahr entfallen (Vj. 270 Tsd. €). Für andere Bestätigungsleistungen, wie zum Beispiel für die Prüfung des Wertpapierdienstleistungsgeschäfts und der Verwahrstellenfunktion, betrug der Aufwand 123,4 Tsd. € (Vj. 50 Tsd. €) vor Umsatzsteuer. Für sonstige Leistungen wurden 49,6 Tsd. € (Vj. 5 Tsd. €) vor Umsatzsteuer in Rechnung gestellt.

NAHESTEHENDE PERSONEN

Geschäfte zu marktabweichenden Konditionen mit nahestehenden Personen, wie zum Beispiel Mitgliedern des Vorstandes und des Aufsichtsrates, aber auch Direktoren der Bank und Unternehmen (verbundene und assoziierte Unternehmen beziehungsweise Unternehmen der SIGNAL IDUNA Gruppe), die für die Beurteilung der Finanzlage von wesentlicher Bedeutung wären, wurden nicht getätigt.

AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Die Ergebniskomponenten aus dem Alternativen Kreditportfolio wurden im außerordentlichen Ergebnis ausgewiesen. In 2015 resultierten hieraus außerordentliche Aufwendungen in Höhe von 27,4 Tsd. € (Vj. 614,0 Tsd. €) und außerordentliche Erträge in Form von Margenbeiträgen aus dem Portfolio von 35,3 Tsd. € (Vj. 121,3 Tsd. €) sowie Buchgewinne aus Fälligkeiten in Höhe von 3,3 Mio. € (Vj. 1,1 Mio. €). Das Portfolio enthält Verbriefungstranchen, die vollständig wertberichtigt wurden.

Mit der Umsetzung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) in 2010 wurde der noch nachzubildende Rückstellungsbetrag für Pensionsrückstellungen errechnet. Die Nachbildung kann gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB über insgesamt 15 Jahre erfolgen. Der Aufwand aus der Nachbildung ist im außerordentlichen Ergebnis zu zeigen. Die rätierliche Zuführung in Höhe von 1.026,9 Tsd. € wurde gemäß Art. 67 Abs. 8 EGHGB im außerordentlichen Aufwand erfasst.

ORGANBEZÜGE

Die Bezüge des Vorstandes betragen für das Berichtsjahr insgesamt 2.075 Tsd. € (Vj. 2.058 Tsd. €). Davon entfielen 1.062 Tsd. € (Vj. 1.055 Tsd. €) auf das Grundgehalt, 858 Tsd. € (Vj. 840 Tsd. €) auf die variable Vergütung sowie weitere 155 Tsd. € (Vj. 163 Tsd. €) auf sonstige Organbezüge, beispielsweise die Dienstwagennutzung.

Aufgrund des Ausscheidens eines Vorstandsmitglieds im Berichtsjahr beruft sich die Bank hinsichtlich der Angaben zu Organbezügen von ehemaligen Mitgliedern des Vorstandes auf die Öffnungsklausel des § 286 Abs. 4 HGB.

Gegenüber den Mitgliedern des Vorstandes bestanden zum Jahresende Kreditforderungen in Höhe von 6 Tsd. € (Vj. 254 Tsd. €).

Der Aufsichtsrat erhält für das Berichtsjahr eine Vergütung von insgesamt 474 Tsd. € (Vj. 464 Tsd. €), davon entfallen 304 Tsd. € (Vj. 294 Tsd. €) auf feste und 170 Tsd. € (Vj. 170 Tsd. €) auf variable Bezüge. Zahlungen an vorherige Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht geleistet.

Zum Jahresende bestanden gegenüber den Mitgliedern des Aufsichtsrates Kreditforderungen in einer Höhe von 3 Tsd. € (Vj. 34 Tsd. €).

BETEILIGUNGSANZEIGE

Nach der uns gemäß § 20 AktG zugegangenen Mitteilung besitzt die SIGNAL Krankenversicherung a. G., Dortmund, mehr als ein Viertel des Grundkapitals der Bank.

Außerbilanzielles Geschäft

DERIVATE

Die Bank hat im abgelaufenen Jahr Termingeschäfte und Geschäfte in Finanzderivaten getätigt. Sie erstreckten sich auf Kundenkontrakte, auf deren Eindeckungsgeschäfte und auf

Kontrakte zur Bilanzstruktursteuerung. Zum Jahresultimo bestanden keine Eigenhandelspositionen in Derivaten und Termingeschäften. Die nachstehende Übersicht zeigt das Nominalvolumen und das Adressenausfallrisiko der Termingeschäfte zum Jahresultimo.

AUSSERBILANZIELLES GESCHÄFT NACH GESCHÄFTSART IN TSD. €

	Nominalbetrag nach Restlaufzeiten				Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Adressenaus- fallrisiko
	bis 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	> 5 Jahre	insgesamt			
Zinsbezogene Geschäfte (OTC)	59.874	375.462	587.028	1.022.364	35.046	34.778	35.046
davon							
Zinsswapgeschäfte	26.174	262.958	544.202	833.334	34.127	33.859	34.127
Zinsoptionsgeschäfte	33.700	112.504	42.826	189.030	919	919	919
Währungsbezogene Geschäfte (OTC)	474.436	14.668	0	489.104	5.538	6.861	5.538
davon							
Devisentermingeschäfte	429.512	3.778	0	433.290	4.918	6.241	4.918
Devisenoptionsgeschäfte	44.924	10.890	0	55.814	620	620	620
Zins- und Währungsswapgeschäfte	0	11.848	3.002	14.850	1.003	1.003	1.003
Aktien-/indexbezogene Geschäfte	8.930	458	0	9.388	163	163	163
davon							
Eurex-Optionen	4.434	458	0	4.892	163	163	163
Eurex-Futures	4.496	0	0	4.496	0	0	0
Summe	543.240	402.436	590.030	1.535.706	41.750	42.805	41.750

Nach Kontrahenten unterteilt, zeigt das gesamte außerbilanzielle Geschäft folgende Struktur:

AUSSERBILANZIELLES GESCHÄFT NACH KONTRAHENTEN IN TSD. €

Kontrahenten	Nominalbetrag	Positiver Marktwert	Negativer Marktwert	Adressen- ausfallrisiko
Kreditinstitute innerhalb der OECD	927.761	5.519	38.672	5.519
Kunden	607.945	36.231	4.133	36.231

Für offene Devisengeschäftspositionen wurden Rückstellungen für drohende Verluste in Höhe von 82,0 Tsd. € (Vj. 76,0 Tsd. €) gebildet. Weitere Sachverhalte aus dem Derivategeschäft, für die eine Rückstellung erforderlich gewesen wäre oder die zum beizulegenden Zeitwert (Marktwert) hätten ausgewiesen werden müssen, lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

Das Adressenausfallrisiko errechnete sich aus den aktuellen Wiedereindeckungskosten an den Finanzmärkten, die sich ergeben, wenn unterstellt wird, dass die Kontrahenten ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Dabei wurden nur die Geschäfte berücksichtigt, die zum Bilanzstichtag einen positiven Marktwert aufwiesen. Saldierungen mit Geschäften, die einen negativen Marktwert haben, wurden nicht vorgenommen. Der positive beziehungsweise negative Marktwert der bestehenden Positionen gab den Gewinn beziehungsweise den Verlust der Positionen bei einer vollständigen Schließung aller Geschäfte zum Bilanzstichtag wieder. Sämtliche OTC-Optionen wurden mithilfe des Optionspreismodells von Black & Scholes bewertet.

Die Devisentermingeschäfte resultierten zum überwiegenden Teil aus Kundenaufträgen, die zeitgleich wieder eingedeckt wurden. Das Deckungsvolumen war in dem genannten Betrag enthalten. Daneben bestanden Geschäfte zur Absicherung von Bilanzpositionen gegen Währungsschwankungen. Offene Devisenterminpositionen bestanden während des Jahres und zum Jahresultimo nur in begrenztem Umfang. Der Marktwert der Devisengeschäfte errechnete sich aus dem Barwert der Cashflow-Differenz, die sich ergeben würde, wenn die bestehenden Kontrakte einerseits mit dem vereinbarten Kundenkurs und andererseits mit dem aktuellen Marktkurs abgewickelt werden würden. Die mit unseren Kunden abgeschlossenen Devisenoptionsgeschäfte wurden vollständig betrag- und laufzeitkongruent bei Kre-

ditinstituten eingedeckt. Sie bilden insgesamt eine Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB. Die Marktwerte der Optionen errechneten sich über die Black & Scholes-Formel. Die dafür benötigten historischen, von den relevanten Märkten abgeleiteten Volatilitäten und Korrelationen werden täglich aktualisiert. Die verwendeten Zinskurven referenzieren auf die Euribor-Geldmarktsätze und im Laufzeitbereich oberhalb von einem Jahr auf die Zinskurve für Zinsswaps beziehungsweise bei Fremdwährungen auf entsprechende fremdwährungsbezogene Kapitalmarktzinskurven.

Zinsswap- und Zinsoptionsgeschäfte wurden zur Absicherung bestimmter Bilanzpositionen, zur Steuerung des Zinsänderungsrisikos der Bank und im Rahmen des Kundengeschäfts abgeschlossen. Die Marktwerte wurden über die Barwerte der feststehenden Zinszahlungen unter Berücksichtigung von Volumenänderungen und Fälligkeiten errechnet. Zur Ermittlung der Barwerte wurde auf die Zinskurve für Zinsswaps abgestellt.

Die börsengehandelten Aktien- und Aktienindexoptionen im Umfang von 9,4 Mio. € (Vj. 18,9 Mio. €) wurden als Kundengeschäfte über eine mit uns kooperierende Bank an die deutsche Terminbörse EUREX weitergeleitet. Eigene Handelspositionen bestanden darüber hinaus zum Jahresultimo nicht. Die Marktwerte ergaben sich aus den Kursen der EUREX zum Jahresultimo.

Im Wertpapieranlagebestand ist eine vollständig wertberichtigte Credit Linked Note enthalten (Vorjahresbuchwert 0,2 Mio. €).

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN UND ANDERE VERPFLICHTUNGEN

Die Eventualverbindlichkeiten und anderen Verpflichtungen enthalten potenzielle zukünftige Verbindlichkeiten der Bank, die ihr aus den Kunden eingeräumt, aber noch nicht in Anspruch genommen und terminlich begrenzten Kreditlinien erwachsen. Die Bank ermöglicht ihren Kunden durch Einräumung verschiedener Kreditfazilitäten schnellen Zugriff auf Gelder, die von den Kunden zur Erfüllung ihrer kurz-, mittel- oder langfristigen Verbindlichkeiten benötigt werden. Die für Kreditzusagen in Rechnung gestellten Bereitstellungsprovisionen werden im Zinsergebnis ausgewiesen. Ferner werden Verbindlichkeiten aus übernommenen Bürgschaften und Gewährleistungen sowie Akkreditiven aufgeführt. Im Rahmen dieser Verträge leistet die Bank Zahlungen an den jeweiligen Begünstigten, wenn ein Dritter seinen Verpflichtungen nicht nachkommt oder vertraglich vereinbarte Leistungen nicht erfüllt und der Begünstigte die Bürgschaft in Anspruch nimmt. Es handelt sich hierbei grundsätzlich um im Kundenauftrag abgegebene Bürgschaften, die der Bank im Fall einer Inanspruchnahme ein Rückgriffsrecht auf den Kunden (Auftraggeber) gewähren. Die Erträge aus den auf den Nominalbetrag der Bürgschaften in Rechnung gestellten Sätzen finden Niederschlag im Provisionsergebnis.

EVENTUALVERBINDLICHKEITEN IN MIO. €

Kreditbürgschaften	11,9
sonstige Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	61,9
Akkreditive	12,0

KREDITZUSAGEN IN MIO. €

kurzfristige Kredite	299,5
mittel- und langfristige Kredite	87,4
Bürgschaften	0,7

Die in den Tabellen dargestellten Zahlen reflektieren die nominellen Beträge, die im Falle der vollständigen Ausnutzung aller Fazilitäten durch die Kunden und darauf folgende Zahlungsverzögerungen aller dieser Kunden potenziell abgeschrieben werden müssten. Diese Werte spiegeln jedoch weder das tatsächlich erwartete künftige Kreditengagement noch die aus diesen Verpflichtungen erwarteten Liquiditätserfordernisse wider, da viele dieser Vereinbarungen und Bürgschaften regelmäßig ohne Inanspruchnahme auslaufen. Gegebenenfalls mindern auch die für das Gesamtbligo eines Kunden gestellten Sicherheiten diese Verpflichtungen.

Bei der Beurteilung und Überwachung der Adressenausfallrisiken werden diese Positionen in voller Höhe berücksichtigt und das Ausfallrisiko des Kreditnehmers bzw. das Risiko der Inanspruchnahme der Bank analog der Parameter aus dem etablierten Kreditprozess eingeschätzt. Wird eine Inanspruchnahme mit überwiegender Wahrscheinlichkeit ganz oder teilweise erwartet, werden angemessene Rückstellungen gebildet. Die Liquiditätssteuerungssysteme berücksichtigen die noch offenen Zusagen sowohl für die kurzfristigen als auch für die mittel- und langfristigen Kredite.

KOOPERATIONSGESCHÄFT

Im Rahmen unseres Kooperationsgeschäftes wurden Langfristfinanzierungen sowie Versicherungen, Bausparverträge, Forfaitierungen, Factoring, Leasing und Unternehmensberatungsdienstleistungen vermittelt.

Mandate

Bei der nachstehenden Aufstellung der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes führen wir für das Berichtsjahr jeweils unter

- a) · die Mitgliedschaft in anderen gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten und
- b) · die Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen an.

AUFSICHTSRAT

Reinhold Schulte

Vorsitzender

Vorsitzender der Aufsichtsräte der SIGNAL IDUNA Gruppe

- a) · Deutscher Ring Krankenversicherungsverein a.G.
 - Handwerksbau Niederrhein AG
 - IDUNA Vereinigte Lebensversicherung aG für Handwerk, Handel und Gewerbe
 - PVAG Polizeiversicherungs-AG
 - SIGNAL IDUNA Allgemeine Versicherung AG
 - SIGNAL IDUNA Holding AG
 - SIGNAL Krankenversicherung a. G.
 - SIGNAL Unfallversicherung a. G.
- b) · Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (RWI)
 - Technische Universität Dortmund

Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Hans-Peter Keitel

Stellvertretender Vorsitzender

Vizepräsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e. V.

- a) · Airbus Defence & Space GmbH
 - RWE AG
 - ThyssenKrupp AG
 - Voith GmbH
- b) · Airbus Group NV

Birgit Elsner*

NATIONAL-BANK AG

Dr. Klaus Engel

Vorsitzender des Vorstandes der Evonik Industries AG

- a) · Borussia Dortmund Geschäftsführungs-GmbH

Dr. Friedrich Janssen

Ehem. Mitglied des Vorstandes der E.ON Ruhrgas AG

- a) · Avacon AG (bis 31. Dezember 2015)
 - HanseWerk AG (bis 31. Dezember 2015)
 - LANXESS AG
 - LANXESS Deutschland GmbH
- b) · Hoberg & Driesch GmbH
 - Thüga Assekuranz Services München
 - Versicherungsmakler GmbH (bis 23. April 2015)

Eberhard Kieser

Ehem. Mitglied des Vorstandes des Prüfungsverbands deutscher Banken e.V.

Daniela Römer*

NATIONAL-BANK AG

Prof. Dr. Franca Ruhwedel

Professorin für Finance and Controlling,
Hochschule Rhein-Waal

Claudia Schütter*

NATIONAL-BANK AG

VORSTAND

Dr. Thomas A. Lange

Vorsitzender des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

- a) · CredaRate Solutions GmbH (bis 3. Juli 2015)
- Düsseldorfer Hypothekenbank AG (seit 25. März 2015)
- HANSAINVEST Hanseatische Investment-GmbH
- OVB Holding AG
- VALOVIS BANK AG

Klaus Frick (bis 15. Dezember 2015)

Mitglied des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

- a) · Bürgschaftsbank NRW GmbH

Uwe Lindner

Mitglied des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

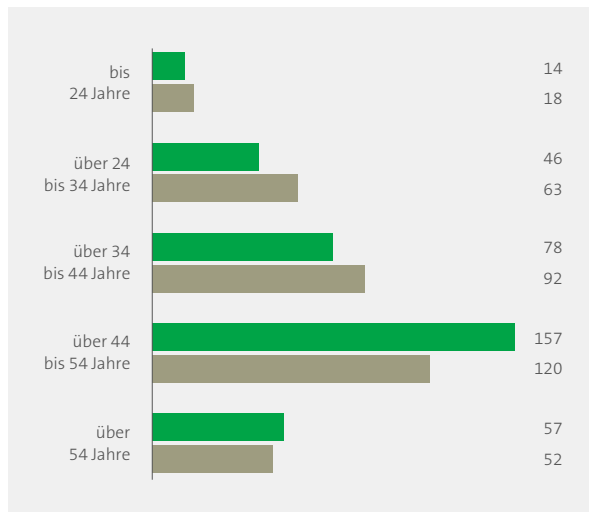
Georg Schachner (seit 9. Februar 2016)

Mitglied des Vorstandes der NATIONAL-BANK AG

Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

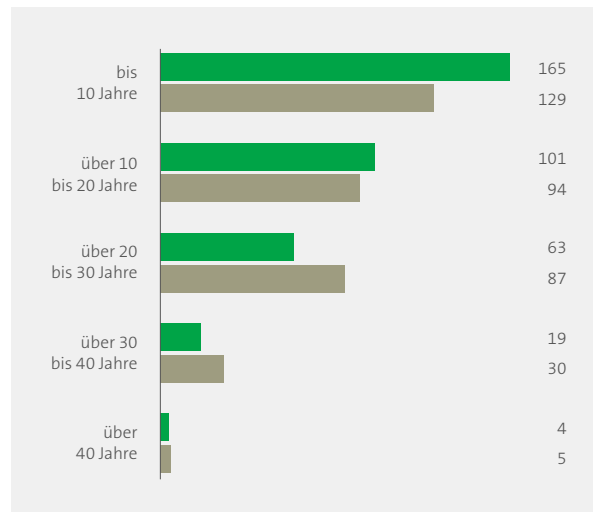
Auf Vollarbeitszeit umgerechnet (Mitarbeiterkapazitäten) belief sich die durchschnittliche Zahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf 657 (Vj. 651).

VERTEILUNG NACH ALTERSGRUPPE UND GESCHLECHT (NACH KÖPFEN)
PER 31.12.2015



■ männlich ■ weiblich
352 Mitarbeiter 345 Mitarbeiter

VERTEILUNG NACH BETRIEBSZUGEHÖRIGKEIT
UND GESCHLECHT (NACH KÖPFEN) PER 31.12.2015



■ männlich ■ weiblich
352 Mitarbeiter 345 Mitarbeiter

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn von 10,65 Mio. € zur Ausschüttung einer Dividende von 0,80 € je Stückaktie zu verwenden.

Essen, den 23. Februar 2016



Dr. Thomas A. Lange



Uwe Lindner



Georg Schachner

LAGEBERICHT

Grundlagen des Unternehmens

Die NATIONAL-BANK ist eine der führenden privaten unabhängigen Regionalbanken der Bundesrepublik Deutschland für anspruchsvolle Privat- und Firmenkunden sowie für institutionelle Anleger mittelständischer Prägung. Neben dem Angebot wettbewerbsfähiger und kundengruppenspezifischer Finanzlösungen sind die individuelle Beratung und der persönliche Service ein besonderes Wettbewerbsmerkmal der Bank. Dasselbe gilt für die Langjährigkeit der Kundenbeziehungen sowie ein Höchstmaß an Kundenzufriedenheit. Unser Marktgebiet ist vom regionalen Schwerpunkt her Nordrhein-Westfalen. Wir wollen es in den von uns definierten Zielgruppen weiter erschließen. Der Schwerpunkt liegt auf organischem Wachstum. Akquisitionen sowie das Eingehen von Mehrheits- und Minderheitsbeteiligungen an Finanzinstituten und sonstigen Unternehmen, auch außerhalb Nordrhein-Westfalens, sind möglich, sofern das Primärziel der Bank, ein organisches Wachstum sicherzustellen, betriebswirtschaftlich sinnvoll gefördert wird. Die Unabhängigkeit unserer Bank ist eine wesentliche Grundlage ihres Erfolgs. Sie soll durch aktive Investor-Relations-Maßnahmen gestützt und abgesichert werden. Ziel ist die Schaffung einer auf Langfristigkeit angelegten Aktionärsstruktur. Wir wollen langfristig einen nachhaltigen Mehrwert für unsere Kunden, Aktionäre und Mitarbeiter erwirtschaften. Ziel ist eine Eigenkapitalverzinsung vor Steuern in einem Korridor von 10 bis 15 %, eine Eigenmittelquote von 12 bis 15 % und eine Cost-Income-Ratio von 60 bis 65 %. Der Vorstand ist sich bewusst, dass die genannten Bandbreiten unter anderem vor dem Hintergrund

- des extrem niedrigen Zinsniveaus,
- der insgesamt rückläufigen Kreditnachfrage,
- des deutlich verschärften Wettbewerbs um unsere Zielkunden sowie
- des signifikant gestiegenen Umsetzungsaufwands aufgrund regulatorischer Anforderungen

in den kommenden Jahren nicht vollständig zu erreichen sind. Gleichwohl sollen die Korridore als Orientierungsgrößen beibehalten werden.

Unser Geschäft ist kundengetragen. Zielgruppen der Bank sind anspruchsvolle Privat- und Firmenkunden. Ihnen gegenüber verfolgen wir einen ganzheitlichen Beratungsansatz. Anspruchsvoll sind Privat- und Firmenkunden dann, sofern ihnen eine individuelle Beratung sowie der individuelle und persönliche Service von Bedeutung sind. Dasselbe gilt für die Bereitschaft, mehrere Finanzlösungen in Anspruch zu nehmen. Privat- und Firmenkunden, die nicht als anspruchsvoll einzuordnen sind, werden gleichwohl von uns bedarfsgerecht beraten. In diesen Fällen werden wir versuchen, unseren Kunden weitere Finanzlösungen mit dem Ziel anzubieten, die Geschäftsverbindung auszubauen. Wir werden die Zusammenarbeit mit institutionellen Investoren mittelständischer Prägung erweitern. Mittelständisch geprägte Investoren umfassen u. a. Stiftungen, regionale Versorgungswerke und Pensionskassen sowie kleinere Kapitalsammelstellen. Zur optimierten Ausschöpfung der Geschäftspotenziale unserer Zielgruppen hatten wir die Bereiche Private & Institutionelle Kunden, Private Banking & Wealth Management sowie Firmenkunden installiert. Innerhalb dieser Bereiche wurden weitergehende Segmentierungen vorgenommen, um die Entwicklung wettbewerbsfähiger und auf unsere Kundengruppen zugeschnittene Finanzlösungen ebenso zu gewährleisten wie die individuelle Beratung und den persönlichen Service unserer Bank. Zudem wurden die Aktivitäten des damaligen Family Office in die NATIONAL-BANK Vermögensstreuhand GmbH überführt, um die Ausschöpfung der Geschäftspotenziale in diesem Bereich weiter zu verbessern. Die Zusammenarbeit mit Finanzinstituten, Finanzdienstleistern, Unternehmensberatern und Versicherungen dient im Wesentlichen der Bereitstellung ergänzender Finanzlösungen für unsere Kunden. Die Zusammenarbeit mit Finanzinstituten dient darüber hinaus dem Abschluss von Geld- und Kapitalmarktgeschäften.

Die Geschäfte mit den oben beschriebenen Zielkunden bilden im Rahmen des bestehenden Geschäftsmodells die strategischen Geschäftsfelder unserer Bank. Die Organisation des Vertriebs und die vertriebsbezogene bzw. rentabilitätsseitige Steuerung der Bank sind auf diese drei Geschäftsbereiche ausgerichtet. Für Zwecke der Segmentrechnung werden zusätzliche Segmente ergänzt. So sind im Segment Treasury die Aktivitäten der Zinsbuchsteuerung und der Verwaltung des Wertpapierliquiditätsbestands abgebildet. Das Segment „Sonstiges“ umfasst die Teile der Bank, die dem originären Kundengeschäft und dem Treasury nicht zuzurechnen sind.

Es ist unser Ziel, Finanzlösungen konsequent an den Bedürfnissen unserer Zielkunden auszurichten. Unsere Finanzlösungen entwickeln wir selbst oder beziehen sie von unabhängigen Dritten (Open Architecture). Unsere Kooperationspartner wählen wir sorgfältig aus und überprüfen sie in regelmäßigen Abständen. Integrale Bestandteile unseres Geschäftsmodells sind das Kredit- und das Einlagengeschäft. Unter Einhaltung der Risiko- bzw. Kreditrisikostategie sollen Kredite mit dem Ziel bereitgestellt werden, dass unsere Kunden auch andere Finanzlösungen der Bank in Anspruch nehmen (Strategisches Kreditgeschäft). In jedem Fall soll der Preis des Kredites den Eigenkapitalverzinsungsanspruch der Bank für das Kreditgeschäft abdecken. Wir wollen den Vertrieb unserer Finanzlösungen optimal koordinieren. Das bezieht sich zum einen auf einen bedarfsgerecht optimierten Vertrieb innerhalb der einzelnen Bereiche (Cross Selling), zum anderen auf eine nachhaltig optimierte Verzahnung der Betreuungseinheiten der einzelnen Kundensegmente (Connectivity).

Der Zins- und der Provisionsüberschuss sind die wesentlichen Ertragskomponenten unserer Gewinn- und Verlustrechnung. Ausgehend von der gegenwärtigen Verteilung der wesentlichen Ertragskomponenten soll das nicht Eigenkapital bindende provisionstragende Geschäft einen größeren Anteil am Gesamtertrag erreichen.

Als relevante Mitbewerber sehen wir insbesondere die Sparkassen und Volksbanken in der Rhein/Ruhr-Region sowie wieder verstärkt die Großbanken und im Asset Management die Privatbanken. In unserem Marktgebiet erwarten wir eine anhaltende Intensivierung des Wettbewerbs durch das verstärkte Auftreten der Großbanken im mittelständischen Firmenkundengeschäft und im Privatkundengeschäft. Zudem ist zu beobachten, dass sich auch im Privatkundengeschäft die Tendenz zu Mehrfachbankverbindungen verstärkt.

Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

In Deutschland ist die gesamtwirtschaftliche Produktion im Verlauf des Jahres 2015 ohne größere Schwankungen kontinuierlich gestiegen. Das Gesamtjahreswachstum erreichte 1,7%. Mit einem Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,9% wird die wirtschaftliche Entwicklung in Nordrhein-Westfalen hingegen das sechste Jahr in Folge hinter dem Bundesgebiet zurückbleiben. Über fast alle Branchen und Sektoren ist der Verlauf der realwirtschaftlichen Indikatoren schwächer. Eine Ausnahme bildet die Beschäftigungsentwicklung, die dem robusten Trend in Gesamtdeutschland folgt. Getragen wurde der Konjunkturaufschwung dementsprechend auch in Nordrhein-Westfalen einmal mehr von der Binnennachfrage. Treiber blieb hier der Anstieg des Realeinkommens im Rahmen der anhaltenden Ausweitung der Beschäftigung. Zuletzt kamen Impulse von den Zuwächsen der verfügbaren Einkommen aufgrund der abermals gesunkenen Energiepreise. Auch von der Flüchtlingsmigration gingen konsumtive Impulse aus.

Die schwache wirtschaftliche Dynamik in Nordrhein-Westfalen hat offenkundig strukturelle Gründe. In vielen Dimensionen, die für das Wachstum von Volkswirtschaften ursächlich sind, schneidet das Land im Vergleich zum Bund schwächer ab. Vor allem die Industrie verliert hierzulande weiter an Boden. Während das Niveau der Bruttowertschöpfung in Gesamtdeutschland den Vorkrisenstand aus dem Frühjahr 2008 übertroffen hat, liegt das Niveau der Produktion bzw. die Bruttowertschöpfung in Nordrhein-Westfalen immer noch deutlich unter dem damaligen Niveau. Ein Grund für die Schwäche der Industrieproduktion sind die Belastungen durch die Energiewende. Die EEG-Umlage hat hier zu einer spürbaren Umverteilung zwischen den Bundesländern geführt, welche der Region an Rhein und Ruhr erhebliche Mittel entzieht. Darüber hinaus hat das chronisch geringe Wachstum eine ungünstige Lage der Haushalte der Kommunen bewirkt, was sich in relativ hohen Steuerbelastungen und zu niedrigen öffentlichen Investitionen niederschlägt. Nach wie vor entwickelte sich die Investitionskonjunktur im gesamten Bundesgebiet schwächer als erwartet. Dies geht zu einem Gutteil auf die schwächere Gangart der Weltwirtschaft zurück, die sich bis zuletzt in einer insgesamt

schwachen Entwicklung der Auftragseingänge niederschlug. Die tragenden Elemente der konjunkturellen Expansion bleiben damit bis auf Weiteres der Dienstleistungssektor und der Handel.

Für Nordrhein-Westfalen bleiben die strukturellen Faktoren auch in 2016 prägend. Eine insbesondere mit Blick auf die Migration expansivere Finanzpolitik dürfte bewirken, dass sich die Unterschiede in den Expansionsraten zwischen den Bundesländern nivellieren. Das BIP in Nordrhein-Westfalen dürfte um 1,4% zunehmen und damit etwas aufschließen können. Im gesamten Bundesgebiet wird sich der Aufschwung kontinuierlich fortsetzen. Maßgeblich hierfür sind die weiterhin günstigen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft in Form außergewöhnlich expansiv monetärer Vorgaben in Verbindung mit der robusten Konstitution des Arbeitsmarktes. Auch die Finanzierungsbedingungen für neue Unternehmens- und Bauinvestitionen bleiben sehr vorteilhaft. Bei einem geschätzten Potenzialwachstum von rund 1,5% wird die deutsche Volkswirtschaft in diesem Jahr in die Hochkonjunktur eintreten. Dabei dürften die Wachstumsraten im laufenden Jahr um 1,8% liegen und dieses Niveau auch in 2017 etwa halten können.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr war gekennzeichnet durch ein unverändert extrem niedriges und ökonomisch nicht zu rechtfertigendes Zinsniveau mit unabsehbaren Folgen für die gesamte Altersvorsorge, einen negativen Einlagenzins für die seitens der Kreditwirtschaft bei der Europäischen Zentralbank zu unterhaltenden Guthaben, negative Renditen auf nahezu alle Bundes- und Länderanleihen, rekordhohe Kosten für die Einlagensicherung sowie eine ebenfalls rekordhohe Bankenabgabe. Auch die europäische Staatsschuldenkrise, insbesondere in Griechenland, harrt unverändert einer Lösung.

Zu den Stärken unseres Geschäftes zählte ein nach wie vor lebhaftes Kreditgeschäft. Es war erneut durch eine hohe Nachfrage gekennzeichnet. In einem Jahr, in dem sich aufgrund unsicherer Rahmenbedingungen Investitionen rückläufig entwickelt haben, ist es uns gelungen, das Geschäft gezielt und mit Augenmaß weiter auszubauen. Trotz hoher Tilgungen konnte das Kreditvolumen mit 3,2 Mrd. € stabil gehalten werden. Gleichwohl ist die Entwicklung des Zinsüberschusses die größte Herausforderung der Bank. Er ist ausschließlich durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank unter Druck.

Kompensierend wirkte die erfreuliche Entwicklung des Provisionsüberschusses. Er ist im Wesentlichen das Ergebnis des lebhaften Wertpapiergeschäfts, unserer Konten- und Kartenservices sowie der Absicherung von Zins- und Währungsrisiken unserer Kunden, insbesondere der international agierenden mittelständischen Unternehmen. Herausragend hat sich unser Asset Management mit einem Anstieg seines Provisionsergebnisses von 19,2 Mio. € auf 22,4 Mio. € entwickelt. Hierzu hat der Erfolg des zu Jahresbeginn aufgelegten Publikumsfonds „Multi Asset Global Opportunity“ entscheidend beigetragen.

Dank der robusten konjunkturellen Entwicklung in unserem Marktgebiet und unserer unverändert konservativen Risikopolitik hat sich die Kreditrisikovorsorge von 15,0 Mio. € auf 8,6 Mio. € erkennbar reduziert.

Ertragslage

JAHRESÜBERSCHUSS

Die NATIONAL-BANK hat das Geschäftsjahr 2015 trotz des extrem niedrigen Zinsniveaus, nennenswerter Restrukturierungsaufwendungen sowie eines weiter verschärften Wettbewerbs um den Mittelstand erfolgreich abgeschlossen. Ausdruck findet dies in einem ordentlichen Jahresüberschuss von 14,0 Mio. € (Vj. 17,0 Mio. €), aber auch in stabilen Kredit- und Einlagenbeständen und einer robusten Eigenkapitalausstattung. Ursächlich für den Rückgang des Jahresüberschusses sind im Wesentlichen ein deutlich vermindertes Zinsergebnis und höhere Verwaltungsaufwendungen, die durch ein gesteigertes Provisionsergebnis sowie eine geringere Risikovorsorge nur teilweise kompensiert wurden.

AUSSERORDENTLICHES ERGEBNIS

Das außerordentliche Ergebnis stieg deutlich um 2,7 Mio. € auf 2,3 Mio. € (Vj. -0,4 Mio. €). Das Ergebnis setzt sich zusammen aus dem außerordentlichen Ergebnis des Alternativen Kreditportfolios in Höhe von 3,3 Mio. € (Vj. 0,6 Mio. €) und den anteilig gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch zu dotierenden Pensionsrückstellungen in Höhe von 1,0 Mio. € für das Geschäftsjahr 2015. In den folgenden neun Jahren sind noch 9,2 Mio. € zurückzustellen. Der nach erfolgten Rückzahlungen im Berichtsjahr bestehende Restbuchwert des Alternativen Kreditportfolios wurde vollständig wertberichtigt.

BETRIEBSERGEBNIS

Das Betriebsergebnis lag mit 26,6 Mio. € um 18,0% unter dem Niveau des Vorjahres. Ursächlich hierfür waren gesunkene Roherträge (-1,8%) und gestiegene Verwaltungsaufwendungen inkl. AfA (+7,2%), die durch deutlich geringere Aufwendungen für die Risikovorsorge (-26,1%) zum Teil kompensiert wurden. Das Zinsergebnis ging unter anderem aufgrund der extrem niedrigen Geld- und Kapitalmarktzinsen um 10,1% zurück, während das Provisionsergebnis um 7,0% gesteigert werden konnte. Besondere risikobehaftete Entwicklungen sind im Kreditportfolio der Bank weiterhin nicht zu beobachten.

ZINSERGEBNIS

Das Zinsergebnis verminderte sich auf 87,6 Mio. € (Vj. 97,4 Mio. €). Es ist durch die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank unter Druck. Der auf den ersten Blick deutliche Rückgang ist drei unterschiedlichen Einflussfaktoren geschuldet. Zum einen war in der Vorjahresgröße ein Sonderertrag aus der Zinsbuchsteuerung von 3,1 Mio. € enthalten. Zum anderen war die betriebliche Altersversorgung aufgrund des gesunkenen Diskontierungszinses anzupassen. Bezogen auf das operative Geschäft betrug der Rückgang ca. 5,0 Mio. €.

Der weit überwiegende Teil des Zinsergebnisses resultierte aus dem kundenbezogenen Kredit- und Einlagengeschäft. Betrachtet man die durchschnittlichen Aktivbestände, so konnten diese um knapp 2 % gesteigert werden. Auf der Einlagenseite sind die Durchschnittsbestände ebenfalls leicht gestiegen. Die Zinsspanne der Bank verringerte sich um 0,32%-Punkte auf 2,12% (Vj. 2,44%).

Die laufenden Erträge als Teil des Zinsergebnisses sanken von 2,2 Mio. € auf 1,5 Mio. €. Die verbundenen Unternehmen NATIONAL-BANK Versicherungsagentur GmbH, Essen, und NATIONAL-BANK Immobilien GmbH, Essen, steuerten zu diesem Ergebnis einen Betrag von knapp 0,4 Mio. € (Vj. 1,3 Mio. €) bei. Der Vorjahreswert beinhaltete einen Sonderertrag aus dem Erwerb der Immobilien von der IMMRUHR GmbH & Co. KG.

PROVISIONSERGEBNIS

Das Provisionsergebnis stieg gegenüber dem Vorjahr um 3,0 Mio. € (+7,0%) auf 44,9 Mio. €. Hierzu haben die Provisionserträge aus dem Asset Management in Höhe von 22,4 Mio. € (+16,9%) sowie ein insgesamt sehr lebhaftes Wertpapiergeschäft besonders beigetragen. Positiv entwickelten sich auch die Erträge aus Konten- und Kartenservices, die mit 10,2 Mio. € um 9,0% über dem Vorjahr lagen. Rückläufig waren dagegen die Provisionserträge aus dem Kreditgeschäft (-22,8%) und der Vermittlung von Versicherungen (-32,2%).

SONSTIGER BETRIEBLICHER ERTRAG UND AUFWAND

Der Saldo aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen stieg von 2,5 Mio. € auf 6,9 Mio. €. Im laufenden Jahr konnten bestehende Rückstellungen vollständig oder teilweise aufgelöst werden, für die der Rückstellungsgrund entfallen war. Ein Betrag von 2,9 Mio. € entfiel auf die Teilauflösung der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Anpassung der Versorgungsordnungen der Bank.

ALLGEMEINE VERWALTUNGSAUFWENDUNGEN

Aufgrund von einmaligen Restrukturierungsrückstellungen aus dem Projekt FOKUS 2018 zur nachhaltigen Anpassung der Kostenstrukturen der Bank erhöhte sich der Personalaufwand deutlich um 5,8 Mio. € (10,6%) auf 60,9 Mio. €. Der Sachaufwand erhöhte sich dagegen, insbesondere bedingt durch die Umsetzung neuer aufsichtsrechtlicher Anforderungen, nur leicht um 0,5 Mio. € auf 36,8 Mio. €. Im Ergebnis stiegen die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen auf 97,7 Mio. € nach 91,4 Mio. € im Vorjahr.

ABSCHREIBUNGEN AUF SACHANLAGEN

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte lagen mit 4,8 Mio. € um 11,0% über Vorjahresniveau, vor allem aufgrund von Abschreibungen auf Gebäude. Ursächlich hierfür war der Rückwerb der Immobilien von der IMMRUHR GmbH & Co. KG in 2014 sowie die Erhöhung des Abschreibungssatzes für diese Immobilien, die in 2014 nur zeitanteilig zu berücksichtigen waren.

RISIKOVORSORGE

Die Aufwendungen für die Risikovorsorge in Höhe von 10,3 Mio. € (Vj. 14,0 Mio. €) verminderten sich gegenüber dem Vorjahr deutlich. Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft fiel um 6,3 Mio. € auf 8,6 Mio. €. Das Risikoergebnis aus dem Wertpapierbestand (Liquiditätsbestand) und das sonstige Risikoergebnis (im Wesentlichen Ergebnis aus Finanzanlagevermögen) betrugen 1,2 Mio. € bzw. 0,5 Mio. €. Im Kreditgeschäft wurde allen erkennbaren Risiken durch Bildung von Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen Rechnung getragen. Die Pauschalwertberichtigungen, die in ihrer Berechnung den steuerlichen Vorgaben folgen und in der Risikovorsorge im Kreditgeschäft enthalten sind, wurden in Höhe von 2,8 Mio. € aufgelöst.

FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN

Gemäß vernünftiger kaufmännischer Beurteilung wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB in Höhe von 2,0 Mio. € dotiert.

STRATEGISCHE KENNZAHLEN

Die Eigenkapitalrendite vor Steuern, die auch das außerordentliche Ergebnis umfasst und sich auf das Eigenkapital (ohne den Fonds für allgemeine Bankrisiken) zum Vorjahresende bezieht, spiegelt unter anderem das deutlich gesunkene außerordentliche Ergebnis wider und verminderte sich leicht von 9,9% auf 9,4%. Damit liegt sie knapp unterhalb des Zielkorridors von 10 bis 15%. In 2014 wurde für das Berichtsjahr eine Eigenkapitalrentabilität prognostiziert, die ausgehend von dem Wert 9,9% erkennbar sinkt.

Die Kosten-Ertrags-Relation (Verhältnis von Verwaltungsaufwand zum Rohertrag) hat sich aufgrund der geringfügig gesunkenen Roherträge und der einmaligen Restrukturierungsrückstellungen von 67,4% auf 73,5% erhöht und liegt oberhalb des Zielkorridors von 60 bis 65%. Im Vorjahr wurde die Erwartung geäußert, dass sich die Relation voraussichtlich auf über 70% erhöht.

SEGMENTE DER BANK

Das Zinsergebnis war gegenüber dem Vorjahr über alle Kundengruppen hinweg rückläufig. Den größten Rückgang verzeichnete das Segment „Treasury & Sonstiges“, das sich im Wesentlichen aufgrund eines im Vorjahr enthaltenen positiven Effekts aus der Zinsbuchsteuerung, der infolge der Absenkung des Diskontierungssatzes erhöhten Pensionsrückstellungen sowie des weiter rückläufigen Zinsniveaus von -1,7 Mio. € auf -6,7 Mio. € reduzierte. Das Provisionsergebnis hat sich dagegen in allen Segmenten verbessert. Hierzu haben im Wesentlichen das Ergebnis unseres Asset Management sowie des Konten- und Kartenservices beigetragen.

Die Verwaltungsaufwendungen inkl. AfA lagen mit 102,5 Mio. € spürbar über dem Vorjahreswert. Dies resultierte im Wesentlichen aus Restrukturierungsrückstellungen aus dem Programm FOKUS 2018. Positiv entwickelte sich die Risikovorsorge, die von 14,0 Mio. € auf 10,3 Mio. € sank. Der größte Anteil an dem Rückgang war dem Segment „Firmenkunden“ zuzurechnen. Während die Eigenkapitalrentabilität in diesem Segment von 17,5% auf 18,3% gesteigert werden konnte, haben sich die entsprechenden Quoten in den Segmenten „Wirtschaftlich Selbstständige“ und „Privatkunden“ erkennbar reduziert. Die Cost-Income-Ratio stieg mit Ausnahme des Segments „Treasury & Sonstiges“ in allen Segmenten.

Vermögens- und Finanzlage

BILANZ- UND GESCHÄFTSVOLUMEN

Die Bilanzsumme lag mit 4,1 Mrd. € (+0,8%) ebenso wie das Geschäftsvolumen mit knapp 4,2 Mrd. € auf Vorjahresniveau. Hierin spiegelt sich insbesondere die erfreuliche Entwicklung des Neugeschäfts im Kreditbereich wider, das die hohen Tilgungen im Berichtsjahr nahezu vollständig kompensieren konnte. So nahmen die Forderungen an Kunden um lediglich 0,7% auf 3,1 Mrd. € ab. Auf der Refinanzierungsseite erhöhten sich die Kundenverbindlichkeiten leicht um 0,6% auf 3,2 Mrd. €, während die nachrangigen Verbindlichkeiten weiterhin rückläufig waren.

REFINANZIERUNGSSTRUKTUR UND LIQUIDITÄT

Die NATIONAL-BANK refinanziert sich ganz überwiegend durch Kundeneinlagen und über öffentliche Kreditprogramme. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betragen zum Bilanzstichtag 3,2 Mrd. € (Vj. 3,2 Mrd. €). In Verbindung mit der strategischen Ausrichtung, das Verhältnis von Ausleihungen zu Einlagen kleiner 1,0 zu halten, führt das zu einer weitgehenden Unabhängigkeit von Refinanzierungen am Kapitalmarkt. Zum Jahresende lag dieses Verhältnis von Ausleihungen zu Einlagen bei 0,86 und damit geringfügig unter dem Vorjahreswert von 0,88.

Angesichts der anhaltenden Niedrigzinsphase waren erneut Zuflüsse in hochliquide Geldanlagen in Form von Sichteinlagen und Tagesgeldern zu verzeichnen. Der Anteil an Kundeneinlagen mit einer sehr kurzen Kündigungsfrist hat sich damit weiter erhöht, sodass die juristische Kapitalbindung auf der Passivseite deutlich kürzer ist als auf der Aktivseite. Hierdurch ergibt sich ein theoretisches Refinanzierungsrisiko. Die Praxis zeigt jedoch, dass der Bank auch die kurzfristigen Einlagen größtenteils dauerhaft zur Verfügung stehen. Im Rahmen des Liquiditätsmanagements wird daher mithilfe des Konzeptes der dynamischen Replikation auf Basis von Bodensätzen eine längere Verfügbarkeit dieser Einlagen modelliert. Die zugrunde liegenden Modellannahmen sind jährlich im Rahmen von statistischen Analysen zu validieren. Die Analyse im laufenden Jahr erfolgte mit externer Unterstüt-

zung und schloss eine generelle Überprüfung des Produktzuschnitts ein. Die Bank verfügt dementsprechend weiterhin trotz des Anstiegs kurzfristiger Sichteinlagen über eine auskömmliche und ausgewogene Finanzierungsstruktur.

Die Liquidität der Bank war während des gesamten Jahres komfortabel. Die Liquiditätskennzahl lag mit einem durchschnittlichen Wert von 2,24 (Vj. 2,33) stets oberhalb der aufsichtsrechtlich geforderten Kennziffer von 1,00. Zum Jahresultimo erreichte sie einen Wert von 2,33. Die Bank richtet ihre Liquiditätsrisikomessung und -steuerung so aus, dass jederzeit eine angemessene Liquiditätsausstattung besteht. So lag zum Jahresende das kurzfristige Liquiditätspotenzial aus Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank sowie aus kurzfristig veräußerbaren Wertpapieren, Tagesgeldanlagen bei Banken und Bundesbankguthaben bei 834 Mio. € (Vj. 756 Mio. €). Die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der Deutschen Bundesbank basieren auf einem Pfandpool, bestehend aus Wertpapieren und Kundenkrediten.

KREDITGESCHÄFT

Trotz der allgemein verhaltenen Kreditnachfrage war die Nachfrage nach Investitionsfinanzierungen und Immobilienfinanzierungen weiterhin hoch und hat zu einem anhaltend hohen Neugeschäftsvolumen von 549 Mio. € (Vj. 561 Mio. €) geführt. Andererseits haben hohe Darlehenstilgungen zum Beispiel im Zusammenhang mit Zinsprolongationsterminen den Bestandszuwachs beeinträchtigt. Die hohe Tilgungsbereitschaft der Kreditnehmer ist im Wesentlichen auf das niedrige Zinsniveau zurückzuführen.

Die Forderungen an Kunden (Durchschnittsbestände) stiegen um 3,1% auf 3,2 Mrd. €. Die mittel- und langfristigen Kredite stiegen um 3,4% auf 2,5 Mrd. €, die kurzfristigen Kredite um 5,3% auf knapp 0,7 Mrd. €. Das Bürgschafts-, Gewährleistungs- und Akkreditivgeschäft, das in erster Linie mit Firmenkunden getätigt wird, nahm demgegenüber um 11,7% auf 121 Mio. € ab. Im Rahmen der Kreditportfoliosteuerung wurde auch mit Blick auf die Risikotragfähigkeit unverändert auf eine breite Diversifizierung geachtet. Die Bonitäts- und Besicherungsanforderungen im Neugeschäft unterlagen weiterhin selbst gesetzten strengen Maßstäben. Im Immobilienfinanzierungsgeschäft arbeitet die Bank eng und erfolgreich mit den Kooperationspartnern SIGNAL IDUNA

Gruppe, Nordrheinische Ärzteversorgung, WL Bank und DSL Bank zusammen. Das gesamte bearbeitete Immobilienfinanzierungsvolumen aus dem Neugeschäft nahm nach dem Rekordjahr 2014 nochmals um 5,9% auf 322 Mio. € zu. Die darin enthaltenen eigenen Zusagen erhöhten sich um 8,0% auf 194 Mio. €. Das Volumen des vermittelten Neugeschäfts erhöhte sich ebenfalls leicht auf 128 Mio. € (Vj. 125 Mio. €).

EINLAGENGESCHÄFT

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Durchschnittsbestände) erhöhten sich trotz des anhaltend niedrigen Zinsniveaus auf 3,2 Mrd. € (+3,3%). Diese Entwicklung bestätigt das hohe Vertrauen, das die Kunden der NATIONAL-BANK entgegenbringen, obwohl die Verzinsung unserer Produkte zeitnah an das Niveau der Geld- und Kapitalmarktsituation angepasst wurde. Das deutliche Wachstum bei den Sichteinlagen, die um 11,3% auf 2,5 Mrd. € stiegen, wurde durch ein Absinken der befristeten Einlagen, die sich um 28,7% auf knapp 0,5 Mrd. € verminderten, teilweise kompensiert. Kundeneinlagen in Höhe von 0,2 Mrd. € entfielen auf Sparprodukte.

INTERBANKENGESCHÄFT

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten lag der Schwerpunkt weiterhin bei den langfristigen Mittelaufnahmen im Rahmen öffentlicher Kreditprogramme. Die Bestände nahmen aufgrund des akquirierten Neugeschäfts unter Berücksichtigung von planmäßigen Fälligkeiten und außerplanmäßiger Tilgungen der dazu korrespondierenden Kredite seitens der Kunden (+2,8%) auf 502,3 Mio. € zu. Auf der anderen Seite betrugen die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt 82,4 Mio. €. Die bei der Deutschen Bundesbank unterhaltene Liquidität und die sonstigen Barreserven lagen zum Jahresultimo mit 110,8 Mio. € deutlich über dem Vorjahreswert. Zur Liquiditätssteuerung nutzte die Bank auch in 2015 den Geldmarkt und schloss Tages- und Termingeldgeschäfte mit anderen Geschäftsbanken ab. Darüber hinaus nahm die Bank im Bedarfsfall auch an den geldpolitischen Instrumenten der Europäischen Zentralbank wie z.B. an den Hauptrefinanzierungsgeschäften teil. So betrug das zugeleitete Volumen im Haupttender über dem Jahresultimo 90,0 Mio. €, was den deutlichen Anstieg der Barreserve erklärt. Im gesamten Verlauf des Jahres unterhielt die Bank als Liquiditätsreserve bei der Deutschen Bundesbank einen großzügig dimensionierten Sicherheitenpool aus notenbankfähigen Wertpapieren und eingereichten Kreditforderungen. Innerhalb des Wertpapierliquiditätsbestandes betrugen die Forderungen an Kreditinstitute insgesamt 124,5 Mio. €.

Die bestehenden Investitionen in Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 619,7 Mio. € (Vj. 612,3 Mio. €) erstrecken sich auf Anlagen mit hoher Bonität, insbesondere Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte, die nahezu ausnahmslos bei der Deutschen Bundesbank beliehbar sind. Die Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, zu denen insbesondere Anteile an Spezial- und Publikumsfonds gehören, verminderte sich von 91,3 Mio. € auf 89,9 Mio. €. Das korrespondierende Risikoergebnis aus dem Wertpapierliquiditätsbestand betrug -1,2 Mio. €.

WERTPAPIERBESTAND

Die bestehenden Investitionen in Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere in Höhe von 619,7 Mio. € (Vj. 612,3 Mio. €) erstrecken sich auf Anlagen mit hoher Bonität, insbesondere Schuldverschreibungen inländischer öffentlicher Haushalte, die nahezu ausnahmslos bei der Deutschen Bundesbank beliehbar sind. Die Bilanzposition „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“, zu denen insbesondere Anteile an Spezial- und Publikumsfonds gehören, verminderte sich von 91,3 Mio. € auf 89,9 Mio. €. Das korrespondierende Risikoergebnis aus dem Wertpapierliquiditätsbestand betrug -1,2 Mio. €.

FINANZDERIVATE

Die Bank betreibt kein Handelsgeschäft mit dem Ziel, damit wesentliche Beiträge ihres Ergebnisses zu erwirtschaften, indem sie systematisch Positionen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung eingeht und dabei auf Marktpreisänderungen setzt. Geschäfte in Finanzderivaten werden fast ausschließlich zur Eindeckung von Kundenpositionen abgeschlossen.

Das Nominalvolumen der Derivate von insgesamt 1,5 Mrd. € (Vj. 1,5 Mrd. €) entfiel mit 99,4% auf OTC-Produkte. Daneben waren 9,4 Mio. € börsengehandelte Produkte im Bestand. Nach Geschäftsarten gegliedert entfielen 0,5 Mrd. € Nominalvolumen auf währungs- und 1,0 Mrd. € auf zinsbezogene Geschäfte einschließlich der Positionen zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos der Bank. Da die Kundengeschäfte unmittelbar bei Banken oder an der Börse mittels perfekter „Micro-Hedges“ abgesichert werden und die Positionen der Bank der Begrenzung der Zins- und Währungsrisiken des Bankbuchs dienen, bestanden keine marktpreisabhängigen Positionsrisiken aus Finanzderivaten, sondern lediglich marktpreisabhängige Adressenausfallrisiken.

FONDS FÜR ALLGEMEINE BANKKRISIKEN

Im Berichtsjahr wurde der Fonds für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340g HGB gemäß vernünftiger kaufmännischer Beurteilung von 6,0 Mio. € auf 8,0 Mio. € erhöht.

EIGENKAPITAL

Aus dem Jahresergebnis 2015 konnten die Gewinnrücklagen um 3,4 Mio. € (Vj. 6,3 Mio. €) gestärkt werden. Die regulatorischen Eigenmittel, deren Bestandteile im Offenlegungsbericht detailliert dargestellt werden, betragen unter Einbeziehung der Nachrangdarlehen und des Fonds für allgemeine Bankrisiken 339 Mio. € (Vj. 336 Mio. €). Die Eigenmittelausstattung – gemessen am Verhältnis des aufsichtsrechtlich relevanten Eigenkapitals gemäß CRR zu den risikogewichteten Aktiva – erreichte nach Feststellung des Jahresabschlusses 12,7% (Vj. 12,4%). Die Kernkapitalquote von 11,7% (Vj. 11,2%) ist im Verhältnis zur gesetzlichen Mindestanforderung, die ab 1. Januar 2016 6,0% statt bisher 5,5% beträgt, als komfortabel anzusehen.

STRATEGISCHE KENNZAHLEN

Die aufsichtsrechtliche Eigenmittelquote liegt mit 12,7% nach Gewinnthesaurierung innerhalb unseres Zielkorridors von 12 bis 15%. Im Prognosebericht 2014 wurde eine leichte Unterschreitung des Zielkorridors für das Jahr 2015 erwartet.

Das Verhältnis von Ausleihungen zu Einlagen entspricht dem Verhältnis von Kundenforderungen (ohne öffentliche Programmkredite) zu Kundeneinlagen. Es beträgt zum Stichtag 0,86. Es liegt stabil schon seit Jahren unterhalb der Obergrenze von 1 und war für 2015 auch so erwartet worden.

WERTAUFHELLUNGEN NACH DEM BILANZSTICHTAG

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach Beendigung des Geschäftsjahrs eingetreten sind, liegen nicht vor.

TEILHABE VON FRAUEN UND MÄNNERN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Aufgrund des Gesetzes für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern in Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst vom 24. April 2015 war die Bank als drittelmitbestimmtes Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern verpflichtet, bis zum 30. September 2015 Zielgrößen zur Erhöhung des Frauenanteils im Aufsichtsrat, Vorstand und den ersten beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstandes festzulegen und Fristen zu deren Erreichung zu beschließen.

Für den Aufsichtsrat hat das Plenum bis zum 30. Juni 2017 eine Zielgröße von Eins festgelegt, wobei von einer Getrennterfüllung der Zielgröße nach Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbank aufgrund der Gefahr des „leeren Stuhls“ abgesehen wurde. Damit ist keine zielgerichtete Reduktion der aktuellen Anzahl weiblicher Aufsichtsratsmitglieder (vier von neun Aufsichtsratsmitgliedern) verbunden.

Die Zielgröße für den Anteil von Frauen im Vorstand wurde vom Aufsichtsrat bis zum 30. Juni 2017 mit Null festgelegt. Maßgeblich hierfür waren zunächst die Befristungen der Dienstverträge der Vorstandsmitglieder. Zudem war sich der Aufsichtsrat darüber einig, eine Erweiterung des Vorstandes von drei auf vier Mitglieder nicht vornehmen zu wollen. Dies vor allem auch deshalb, weil die Größe sowie die Ertrags- und Risikolage der Bank eine Führung durch drei Vorstandsmitglieder als angemessen erscheinen lässt.

Für die erste und zweite Führungsebene unterhalb des Vorstandes hat der Vorstand beschlossen, jeweils bis zum 30. Juni 2017 auf der ersten Ebene (Bereichs-, Niederlassungs- und Regionalleiter) die Zielquote mit 10%, auf der zweiten Ebene (Abteilungsleiter) mit 18% festzusetzen. Während die Zielquote für die erste Ebene erfüllt ist, liegt sie auf der zweiten Ebene aufgrund der Reduktion von Arbeitsplätzen mit weiblichen Abteilungsleitern im Zuge der Umsetzung des Programms FOKUS 2018 mit 16% unter der Zielgröße. Der Vorstand ist jedoch zuversichtlich, bis Mitte 2017 den festgelegten Zielwert von 18% durch geeignete Maßnahmen wieder zu erreichen.

Risiko- und Chancenbericht

RISIKOSTRATEGIE / RISIKOINVENTUR

In der integrierten Geschäfts- und Risikostrategie der NATIONAL-BANK sind grundsätzlich nur solche Geschäftsaktivitäten vorgesehen, für die zuvor ein angemessenes Risikomanagement geregelt und in der Aufbau- und Ablauforganisation der Bank implementiert wurde.

Die Leitlinien für das Risikomanagement sind in Form der Risikostrategie festgelegt und bankweit bekannt gemacht worden. Die Risikostrategie ist aus den in der Geschäftsstrategie der Bank festgelegten Geschäftsaktivitäten und den damit einhergehenden Risiken abgeleitet. Sie bildet den Rahmen für die risikoartenspezifischen Teilstrategien, welche wiederum die Vorgaben für den Umgang mit Risiken innerhalb der Aufbau- und Ablauforganisation konkretisieren.

Aus den Geschäftsaktivitäten resultieren folgende Risiken, die die Bank gemäß ihrem konservativen Ansatz im Risikomanagement und -controlling sämtlich als wesentlich einstuft:

- Adressenausfallrisiken,
- Marktpreisrisiken einschließlich Fremdwährungsrisiken,
- Zinsänderungsrisiken,
- Operationelle Risiken einschließlich Compliance-, Rechts- und Personalrisiken,
- Liquiditätsrisiken,
- Geschäftsrisiken und
- Reputationsrisiken.

Hinsichtlich der quantitativen Analyse bzw. des Eingangs in die Analyse der Risikotragfähigkeit stellt die nachfolgende Tabelle den aktuellen Stand zum Berichtsstichtag als Ergebnis der Risikoinventur detailliert dar:

RISIKOKATEGORIE		
	quantitative Analyse	Eingang in die Analyse der Risikotragfähigkeit
Adressenausfallrisiken	x	x
Marktpreisrisiken	x	x
Kursrisiken Wertpapiere und Swaps	x	x
Aktien, Fonds	x	x
Zinspapiere	x	x
einschließlich Credit-Spread-Risiko	x	x
Geldhandel	x	x
Zinsswaps	x	
Fremdwährungsrisiken	x	x
Zinsänderungsrisiken	x	x
Operationelle Risiken	x	x
Liquiditätsrisiken	x	x
eigene Zahlungsunfähigkeit	x	
erhöhte Refinanzierungskosten (Liquiditätskostenrisiko)	x	x
Marktilliquidität		über Risikopuffer
Geschäftsrisiken	x	x
Provisionsgeschäft	x	x
Zinsgeschäft	x	x
Reputationsrisiken		über Risikopuffer
pauschaler Risikopuffer	x	x

Die Risikosteuerung ist darauf ausgerichtet, alle wesentlichen Risiken in den vorgesehenen Limiten zu halten bzw. diese dorthin zurückzuführen sowie absehbaren ungünstigen Entwicklungen der Risikotragfähigkeit, der Liquidität sowie der Reputation der Bank frühzeitig entgegenzuwirken. Die marktseitige Durchsetzung risikoadjustierter Konditionen für alle Geschäftsaktivitäten, aus denen quantitativ erfassbare Risiken für die Risikotragfähigkeit resultieren, ist ein wesentlicher Grundsatz der Risikosteuerung. Die Risikolage in einem Markt, in einem Geschäftsfeld oder bei einem Geschäftspartner kann sich allerdings nachträglich nachteilig für die Bank entwickeln, ohne dass eine entsprechende Anpassung der Konditionen möglich wäre. Daher ist neben der

Durchsetzung angemessener Konditionen bei Geschäftsabschluss auch eine aktive Risikosteuerung in den Prozessen der Bank notwendig.

Die in den Prozessen der Bank implementierte Risikosteuerung umfasst dabei vier Basisstrategien:

Risikoübernahme

Die Übernahme von Risiken ist eine Voraussetzung für die Erwirtschaftung von Erträgen. Die Bank geht Geschäfte ein, die der Geschäftsstrategie sowie den internen Ertrags-Risiko-Anforderungen entsprechen. Die mit diesen Geschäften einhergehenden Risiken übernimmt die Bank grundsätzlich selbst. Geschäfte, die bereits zum Abschlusszeitpunkt ein unzureichendes Chancen-Risiko-Profil aufweisen, werden nicht durchgeführt. Ein unzureichendes Chancen-Risiko-Profil liegt beispielsweise vor, wenn die Margenanforderungen im Kreditgeschäft nicht erfüllt und auch nicht durch andere Erträge mit dem zugehörigen Kundenverbund ausgeglichen werden.

Risikominderung

Bei Zunahme der übernommenen Risiken auf Einzelgeschäfts- oder auf Portfolioebene kann die Bank die Risiken durch Herinnahme zusätzlicher Sicherheiten bzw. Sicherungsgeschäfte oder durch Reduzierung der Geschäfte mindern.

Risikotransfer an Dritte

Bei Geschäften, deren Risikoprofil nicht den Anforderungen der Bank entspricht und bei denen eine Risikominderung nicht möglich ist, kann die Bank das Risiko in Teilen oder vollständig an andere Marktteilnehmer übertragen (z. B. durch Versicherungen).

Risikovermeidung

Geschäfte, deren Risikogehalt in einem gefährdenden Verhältnis zur Risikotragfähigkeit der Bank steht, dürfen nicht eingegangen werden. Dies gilt insbesondere für Geschäfte, bei denen im Fall des Risikoeintritts die Schadenshöhe große Teile des Ergebnisses vor Risikovorsorge abzüglich der erwarteten Verluste übersteigen könnte. Ebenso sind Geschäftsaktivitäten, welche die Reputation der Bank erkennbar schädigen können, grundsätzlich zu vermeiden bzw. einzustellen.

GESAMTBILD DER RISIKOLAGE / RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

Die Analyse der einzelnen Risikoarten erfolgt zunächst getrennt voneinander. In der übergreifenden Risikotragfähigkeitsrechnung werden dann die quantitativen Ergebnisse bezogen auf das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Zinsänderungsrisiko sowie das operationelle Risiko in einem Standardmodell sowie unter Stressbedingungen zusammengeführt. Zudem werden das Risiko erhöhter Liquiditätskosten und das Geschäftsrisiko berücksichtigt. Um der Gefahr einer Unterschätzung der Risikopotenziale entgegenzuwirken, wird ferner ein zusätzlicher Risikopuffer innerhalb der Risikotragfähigkeitsrechnung angesetzt, der neben dem Reputationsrisiko u. a. auch Methodenrisiken, Risiken einer marktseitigen Illiquidität sowie nicht erkannte Risiken abdecken soll. Das Reputationsrisiko wird ansonsten auf qualitativer Basis überwacht und gesteuert. Zudem werden Risikokonzentrationen sowie Wechselwirkungen mit den übrigen wesentlichen Risikoarten analysiert und hinsichtlich ihres Steuerungsbedarfs beurteilt.

Das Konzept der Risikotragfähigkeit ist ein wesentliches Element der Banksteuerung. Zielsetzung ist es, die Geschäftsaktivitäten so zu steuern, dass die Summe der Risiken jederzeit durch Risikodeckungspotenziale abgedeckt werden kann. Den Risikopotenzialen werden dabei in begrenztem Umfang und unter Beibehaltung des Prinzips der Unternehmensfortführung (Going-Concern-Ansatz) auch Eigenkapitalbestandteile zur Abdeckung gegenübergestellt.

Die Risikotragfähigkeit im Going-Concern-Ansatz war im Berichtsjahr laufend gegeben. Das freie Risikokapital betrug zum Berichtsstichtag 52,4% (Vj. 50,6%) der gesamten Risikodeckungspotenziale. Aus Risikodeckungspotenzialen in Höhe von 97,3 Mio. € (Vj. 87,8 Mio. €) und Risikopotenzialen in Höhe von 46,4 Mio. € (Vj. 43,3 Mio. €) ergibt sich ein freies Risikokapital von 51,0 Mio. € (Vj. 44,5 Mio. €). Die Risikopotenziale berücksichtigen dabei einen Risikopuffer im Umfang von 2,2 Mio. € (Vj. 2,1 Mio. €).

RISIKOTRAGFÄHIGKEIT IM ÜBERBLICK
 IN MIO. €

	31.12.2014	31.12.2015
Risikodeckungspotenziale	87,8	97,3
VaR Adressenausfallrisiko	23,1	27,4
VaR Marktpreisrisiken Wertpapierliquiditätsbestand zzgl. Spreadrisiken	1,8	2,3
VaR Marktpreisrisiken Trading zzgl. Spreadrisiken	0,0	0,0
VaR Marktpreisrisiken Geldhandel zzgl. Spreadrisiken	0,0	0,0
VaR Marktpreisrisiken Fremdwährungsrisiken	0,0	0,0
Zinsänderungsrisiko	5,4	3,5
Operationelle Risiken	6,4	6,4
Liquiditätskostenrisiko	0,5	0,5
Geschäftsrisiko im Bereich Provisionsüberschuss	4,0	4,0
Risikopotenziale gesamt	41,3	44,2
Risikopuffer	2,1	2,2
Gesamtrisikoposition	43,3	46,4
freies Risikokapital	44,5	51,0

Im Rahmen der Analyse der Risikotragfähigkeit wird auch ein übergreifendes Stressszenario betrachtet, das einen schweren konjunkturellen Abschwung abbildet. Hierzu werden gleichzeitig negative Veränderungen der Parameter zur Ermittlung des Adressenausfallrisikos (erhöhte Ausfallwahrscheinlichkeiten und verringerte Besicherungen), des Marktpreisrisikos (Kursverluste und erhöhte Credit-Spreads), des Zinsänderungsrisikos (ungünstige Entwicklungen der Zinsstruktur und des Zinsniveaus) und des operationellen Risikos (erhöhte Eintrittswahrscheinlichkeiten auf verschiedenen Betrachtungsebenen) vorgenommen.

Ergänzend werden Stresstests in den wesentlichen Risikoarten sowie ein inverser Stresstest durchgeführt.

**STRUKTUR DER RISIKOÜBERWACHUNG
UND -STEUERUNG**

Die Risikosteuerung auf Gesamtbankebene im Hinblick auf die Risikotragfähigkeit einschließlich der gesetzten Limite, die Liquidität sowie die Reputation der Bank obliegt dem Vorstand. Hierbei wird er durch bereichsübergreifende Gremien unterstützt.

Bezogen auf die mit den einzelnen Geschäftsaktivitäten einhergehenden Risiken erfolgt die Risikosteuerung durch die nachfolgenden Organisationseinheiten:

- Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt durch das Kreditrisikomanagement – Qualitätsmanagement.
- Die Steuerung des Zinsänderungsrisikos sowie des Liquiditätsrisikos erfolgt durch das Treasury.
- Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt durch das Kreditrisikomanagement – Qualitätsmanagement.
- Die Steuerung der operationellen Risiken wird dezentral durch alle Organisationseinheiten sichergestellt.
- Die Steuerung des Geschäftsrisikos erfolgt durch die Bereiche Firmenkunden und Internationale Märkte, Private und Institutionelle Kunden sowie Asset Management.
- Der Vorstand ist für die kontinuierliche Überwachung, Dokumentation und Steuerung des Reputationsrisikos verantwortlich. Er wird hierbei vom Vorstandsstab unterstützt.

Der Bereich Risikosteuerung / Abteilung Risikocontrolling ist verantwortlich für die Identifizierung, Messung und Analyse der Risikopotenziale sowie die Ermittlung und Analyse der Risikotragfähigkeit und hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Beratung der Geschäftsleitung in risikopolitischen Fragen, insbesondere bei der Entwicklung und Umsetzung der Risikostrategie sowie bei der Ausgestaltung eines Systems zur Begrenzung der Risiken,
- Unterstützung der Geschäftsleitung bei der Risikoinventur und der Erstellung des Gesamtrisikoprofils,
- Einrichtung und Weiterentwicklung der Risikosteuerungs- und -controllingprozesse,
- Überwachung der Risikotragfähigkeit und der Einhaltung der Risikolimits,
- Erstellung der Risikoberichte an die Geschäftsleitung,
- Unverzögliche Weitergabe von unter Risikogesichtspunkten wesentlichen Informationen an die Geschäftsleitung, die jeweiligen Verantwortlichen und gegebenenfalls die Interne Revision.

Die Leitung des Bereiches Risikosteuerung übernimmt dabei die Risikocontrolling-Funktion nach AT 4.4.1 der MaRisk.

RISIKOKATEGORIEN

Zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation aller Einzelrisiken sowie der Risikotragfähigkeit besteht ein umfassendes Risikomanagementsystem und Berichtswesen, das jeweils kontinuierlich weiterentwickelt wird. Hinsichtlich der Risikoberichterstattung wird auf die Übersicht am Ende dieses Abschnitts verwiesen. Die Adressierung der einzelnen als wesentlich definierten Risikokategorien wird nachfolgend dargestellt.

Adressenausfallrisiko

Das Adressenausfallrisiko besteht in der Gefahr, dass für die Bank durch den Ausfall einer Gegenpartei, mit der sie eine wirtschaftliche Beziehung unterhält, ein Verlust entsteht.

In Bezug auf das originäre Kreditgeschäft besteht das Adressenausfallrisiko darin, dass ein Kreditnehmer den vertraglichen Verpflichtungen zur Zins- und Tilgungszahlung in Bezug auf Betrag oder Termin nicht oder nur teilweise nachkommt. In Bezug auf das Geschäft mit Emittenten und Kontrahenten besteht das Adressenausfallrisiko darin, dass der Bank aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten eines Eigenkapital- oder Fremdkapitalinstrumentes oder Derivates Verluste entstehen. Ein Ausfall einer Beteiligung zählt ebenso zum Adressenausfallrisiko. Das Adressenausfallrisiko berücksichtigt daneben die negative Veränderung des Wertes einer Kreditsicherheit.

Bezogen auf die Risikotragfähigkeit stellt das Adressenausfallrisiko dem Geschäftsmodell entsprechend den größten quantitativen Anteil unter den einzelnen Risikoarten dar. Dies ergibt sich aus der strategischen Schwerpunktsetzung der Bank im Kundenkreditgeschäft.

Die Verantwortung für die ordnungsgemäße Organisation des Kreditgeschäfts und deren Weiterentwicklung sowie die ordnungsgemäße Steuerung und Überwachung der Risiken aus dem Kreditgeschäft obliegt allen Vorstandsmitgliedern unabhängig von der internen Zuständigkeitsregelung.

Eingebunden in den Kreditprozess sind die Vertriebseinheiten und die Marktfolge. Vertriebseinheiten und Marktfolge sind – auch im Vertretungsfall – bis einschließlich der Ebene der Geschäftsleitung ablauf- und aufbauorganisatorisch funktional getrennt.

Die Quantifizierung, Analyse und Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene und umfasst die Teilportfolios Privatkunden, Freie Berufe, Firmenkunden, Treasury (Emittenten und Kontrahenten) und Beteiligungen. Die wöchentliche Risikoquantifizierung basiert auf den Konzepten des erwarteten Verlustes (Expected Loss) und des unerwarteten Verlustes (Value-at-Risk). Zur Abbildung von Risikokonzentrationen werden die Kreditengagements nach internen Kriterien, die auf den Regelungen zur Bildung von Gruppen verbundener Kunden sowie zur Bildung von Kreditnehmereinheiten basieren, aggregiert („Verbundsystematik“).

Zentrale Parameter der Ermittlung des erwarteten und des unerwarteten Verlustes sind die Ausfallwahrscheinlichkeiten der Kreditnehmer und der unbesicherte Gesamtkredit. Der unbesicherte Gesamtkredit ergibt sich, indem vom Gesamtkredit die bewertbaren Kreditsicherheiten abgezogen werden. In Bezug auf das originäre Kundenkreditgeschäft in den Teilportfolios Privatkunden, Freie Berufe und Firmenkunden erfolgt die Ermittlung der Ausfallwahrscheinlichkeiten auf Basis des jährlich validierten Ratingsystems CredaRate. Die Ermittlung der Risikomaße in den Teilportfolios Treasury und Beteiligungen erfolgt entweder auf Basis des jährlich validierten Ratingsystems CredaRate oder abgeleitet von externen Ratingeinstufungen.

Per Jahresultimo verzeichnet die Bank im Standardszenario einen erwarteten Verlust in Höhe von 21,6 Mio. € (Vj. 21,8 Mio. €). Hiervon entfällt der deutliche Schwerpunkt von 19,6 Mio. € auf das originäre Kundenkreditgeschäft in den Teilportfolios Privatkunden, Freie Berufe und Firmenkunden (Summenbildung auf Basis nicht gerundeter Zwischenwerte):

TEILPORTFOLIOS INNERHALB DES KREDITPORTFOLIOS
 IN MIO. €

	31.12.2014	31.12. 2015
Privatkunden	1,1	1,0
Freie Berufe	2,2	2,4
Firmenkunden	16,4	16,2
Treasury	0,8	1,4
Beteiligungen	0,1	0,0
AKP	0,9	0,0
Zwischensumme	21,6	20,9
Risikobeitrag für unbesicherte und nicht vollständig wertberechtigte Engagementteile ausgefallener Kreditnehmer	0,2	0,7
Summe	21,8	21,6

In Bezug auf die Einzelkreditnehmer aus dem originären Kundenkreditgeschäft verteilen sich der Gesamtkredit, der unbesicherte Gesamtkredit und der erwartete Verlust von 19,6 Mio. € auf die Ratingstufen und die entsprechenden mittleren Ausfallwahrscheinlichkeiten der Ratingstufen wie folgt:

KREDITPORTFOLIO NACH RATINGKLASSEN
 IN %

Ratingstufe	mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit der Ratingklasse	Anteil am Gesamtkredit	Anteil am unbesicherten Gesamtkredit	Anteil am erwarteten Verlust
ungeratet	2,500	1,0	1,4	2,6
1	0,030	4,5	5,9	0,1
2	0,058	3,0	2,5	0,1
3	0,108	6,9	3,9	0,3
4	0,190	7,3	4,7	0,7
5	0,340	10,5	10,1	2,6
6	0,553	11,9	10,7	4,5
7	0,808	9,6	11,9	7,3
8	1,188	14,4	15,3	13,8
9	1,788	16,0	18,9	25,7
10	2,725	9,5	10,4	21,6
11	4,150	2,8	2,6	8,1
12	6,250	1,5	0,9	4,4
13	9,375	0,4	0,4	2,8
14	14,000	0,2	0,1	1,4
15	20,000	0,4	0,3	3,9
-	-	100,0	100,0	100,0

Der Value-at-Risk ist ein Risikomaß, das angibt, welchen Verlustwert eine Risikoposition (hier das Kreditportfolio) mit einer vorgegebenen Wahrscheinlichkeit (dem Konfidenzniveau) innerhalb eines vorgegebenen Zeitraumes (in der Regel ein Jahr) nicht überschreitet. Der Grundgedanke der Ermittlung des Value-at-Risk besteht darin, dass über die wiederholte Simulation von Ausfällen der Kreditnehmer Wahrscheinlichkeitsaussagen über potenzielle Verluste aus dem Kreditgeschäft getroffen werden können. Für die Value-at-Risk-Ermittlung greift das eingesetzte Risikokalkulationssystem auf das statistische Portfoliomodell „CreditRisk+“ zurück und ergänzt dieses um ein auf Daten des Statistischen Bundesamtes basierendes Korrelationsmodell für Branchenausfallraten.

Der auf Basis der internen Verbundsystematik ermittelte unerwartete Verlust von 26,0 Mio. € (Vj. 23,1 Mio. €) wird mit einem Konfidenzniveau von 98,0% und einem Beobachtungszeitraum von einem Jahr quantifiziert. Zudem wird der Value-at-Risk auch auf Basis höherer Konfidenzniveaus von bis zu 99,99% ermittelt, um den Einfluss von Risiken am äußeren Rand der Verlustverteilung zu beurteilen.

Neben den im Value-at-Risk-Modell immanent zur Ermittlung des unerwarteten Verlustes berücksichtigten Größenkonzentrationen sind Analysen zu Risikokonzentrationen in Regionen, Branchen und Bonitätsklassen Bestandteil der Risikoberichterstattung. Im Kundenkreditgeschäft liegt der regionale Schwerpunkt auf Nordrhein-Westfalen (94,9% der zugesagten Kreditlinien). In Bezug auf das Geschäft mit Emittenten und Kontrahenten entfallen 82,1% der eingerichteten Linien auf inländische Emittenten und Kontrahenten.

Zur Bewertung von erwarteten Sicherheitenerlösen werden grundsätzlich vor jeder Kreditentscheidung Sicherheitenwerte ermittelt. Hierzu werden in Abhängigkeit von der gestellten Sicherheitenart Mindest-Bewertungsabschläge zur Ermittlung von Sicherheitenwerten bzw. Beleihungswerten bei dinglichen Sicherheiten definiert. Sofern keine Anhaltspunkte für eine Änderung der Werte vorliegen, kann im Rahmen der Risikomessung auf diese bereits ermittelten Sicherheitenwerte zurückgegriffen werden.

Um akuten Ausfallrisiken Rechnung zu tragen, werden Einzelwertberichtigungen gebildet. Dabei wird ein akutes Ausfallrisiko dahin gehend definiert, dass infolge der schwachen wirtschaftlichen Verhältnisse eines Kreditnehmers ein vollständiger oder teilweiser Ausfall der Kapital- oder Zinsforderung droht. Wesentliches Kriterium zur Identifizierung des akuten Risikos ist die Beurteilung der nachhaltigen Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers, also inwieweit dieser voraussichtlich in der Lage sein wird, das Engagement aus erwarteten zukünftigen Zuflüssen (Gehalt, sonstige Einnahmen etc.) zu bedienen. Dabei werden diejenigen Zahlungseingänge berücksichtigt, die in den nächsten fünf Jahren zur Rückführung der Forderung eingesetzt werden können.

Zur beabsichtigten Verbesserung der Struktur des regional konzentrierten Kreditportfolios wurde in den Jahren 2001 bis Anfang 2007 das „Alternative Kreditportfolio“ aufgebaut, welches aus Asset Backed Securities in Form von Verbriefungstranchen unterschiedlicher Herkunft bestand. Mit dem Beginn der Verwerfungen an den Finanzmärkten 2007 wirkten sich die in ihrer Bonität zunehmend verschlechterten Verbriefungstranchen des Alternativen Kreditportfolios belastend auf die Ertrags- und Risikolage der Bank aus. Vor diesem Hintergrund wurde 2008 die gezielte Desinvestition unter ökonomisch sinnvollen Bedingungen beschlossen. Das Alternative Kreditportfolio ist per Jahresultimo 2015 durch Tilgungen und Wertkorrekturen vollständig abgebaut.

Marktpreisrisiko

Unter dem Marktpreisrisiko versteht man die Gefahr, dass sich Marktparameter und damit der Wert von marktpreisrisikobehafteten Positionen aufgrund von allgemeinen Marktbewegungen zuungunsten der Bank verändern. Entsprechend den verschiedenen Parametern von Marktgeschäften unterscheidet man beim Marktpreisrisiko Kurs-, Zins- sowie Währungsrisiken. Daneben werden auch potenzielle Kursrückgänge zinstragender Papiere aufgrund negativer Bonitätsveränderungen (Änderungen der Credit-Spreads) dem Marktpreisrisiko zugeordnet.

Die Bank investiert innerhalb des Anlagebuches in Wertpapiere, tätigt Geldmarktgeschäfte und betreibt in begrenztem Umfang einen Eigenhandel sowie einen Kunden-Rentenhandel. Das Anlagebuch der Bank beinhaltet darüber hinaus Makro- und Mikro-Zinsswaps zur Absicherung des periodischen Zinsüberschusses. Sie sind Bestandteil der Steuerung des Zinsänderungsrisikos im Zinsbuch der Bank. Im Rahmen des Eigenhandels (Trading) behält sich der Vorstand die Möglichkeit vor, an kurzfristigen Marktpreisänderungen zu partizipieren. Im Jahr 2015 wurden keine Geschäfte in dieser Kategorie getätigt. Offene Fremdwährungspositionen aus Zins- und Devisengeschäften mit Kunden im Rahmen des Zins- und Währungsmanagements sind in engen Grenzen zu halten (Währungsspitzen). Ein Eigenhandel auf dieser Basis ist nicht vorgesehen. Entsprechende Prozesse zur täglichen Überwachung und sofortigen Schließung etwaiger offener Positionen sind implementiert. Optionsrisiken resultieren ausschließlich aus Zins- und Devisengeschäften mit Kunden und werden durch deckungsgleiche Geschäfte im Interbankenmarkt abgesichert.

Die täglichen Berichte über das Marktpreisrisiko werden durch den Bereich Risikosteuerung / Abteilung Risikocontrolling erstellt. Für die gesamten Eigenanlagen sowie für die Zins- und Devisengeschäfte im Rahmen des Zins- und Währungsmanagements für Kunden wird täglich ein Risikobeitrag ermittelt und berichtet. Sämtliche Berichte werden dem Vorstand, den zuständigen Bereichs- und Abteilungsleitern sowie dem Kreditrisikomanagement – Qualitätsmanagement und den fachlich zuständigen Mitarbeitern der betroffenen Bereiche zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus werden alle Marktpreisrisiken im Rahmen der vierteljährlichen Berichterstattung dargestellt.

Die Risikosteuerung der Marktpreisrisiken erfolgt durch das Qualitätsmanagement im Bereich Kreditrisikomanagement auf Basis der täglichen Berichte zum Marktpreisrisiko der Abteilung Risikocontrolling. Das wesentliche Element der Risikosteuerung ist das Limitsystem einschließlich der Verlustgrenzen. Im Falle des Erreichens der Warnstufen, bei Überschreiten der Risikolimits sowie bei Überschreiten der Verlustgrenzen beruft das Kreditrisikomanagement – Qualitätsmanagement unverzüglich ein Marktpreisrisikokomitee ein. Das Marktpreisrisikokomitee erarbeitet zeitnah eine Basisstrategie gemäß Geschäfts- und Risikostrategie für das weitere Vorgehen und hierauf bezogene Steuerungsmaßnahmen.

Die zu Beginn eines Geschäftsjahres festgelegten Risikolimits und Warnstufen für die Eigenanlagen reduzieren sich durch im Jahresverlauf realisierte Verluste automatisch (Konzept der sich selbstverzehrenden Limite). Zudem wird für Zins- und Devisengeschäfte zu Beginn eines Geschäftsjahres ein Risikolimit mit einer Warnstufe implementiert. Daneben werden für Aktien und Fonds sowie für zinstragende Wertpapiere auch Verlustgrenzen definiert. Diese begrenzen die in den Portfolios zulässigen schwebenden Verluste. Im Jahresverlauf realisierte Verluste reduzieren ebenfalls die eingerechneten Verlustgrenzen.

Für die Value-at-Risk-Ermittlung greift das eingesetzte Risikokalkulationssystem auf den Varianz-Kovarianz-Ansatz zurück. Die Ermittlung des Value-at-Risk mithilfe des Varianz-Kovarianz-Ansatzes beruht auf der Annahme, dass die für verschiedene Vermögenswerte gemessenen Schwankungsbreiten der Vergangenheit (Volatilitäten) ein guter Indikator für die Schwankungsbreite der Marktpreise dieser Vermögensgegenstände in der Zukunft sind. Gemäß der Portfoliotheorie kann aus den Schwankungsbreiten der Marktpreise der einzelnen Vermögensgegenstände eines Portfolios die Schwankungsbreite der Marktpreise des gesamten Portfolios berechnet werden, wenn die Gewichte der einzelnen Titel in dem Portfolio und ihre Korrelationen untereinander bekannt sind. Dabei wird nicht auf die Volatilitäten und Korrelationen der Marktpreise der einzelnen Anlageobjekte abgestellt, sondern auf Standard-Marktobjekte.

Zur täglichen Quantifizierung und Steuerung des Marktpreisrisikos der Eigenanlagen der Bank sowie der Geschäfte im Zins- und Währungsmanagement wird ein Value-at-Risk-Modell verwendet, welches mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % und einer Haltedauer von zehn Handelstagen den Value-at-Risk ermittelt. Für die monatliche Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird ein einheitliches Konfidenzniveau von 98,0 % für das Marktpreisrisiko und das Adressenausfallrisiko verwendet. Darüber hinaus wird das Value-at-Risk-Konzept durch hypothetische und historische Szenariorechnungen sowie durch einen übergreifenden Stresstest ergänzt.

Die Prognosegüte des dem Marktpreisrisikoreport zugrunde liegenden Risikomodells wird täglich im Rahmen eines Backtestings überprüft. Dies geschieht durch den Vergleich des zum Vor-Stichtag berechneten Value-at-Risk mit den tatsächlich innerhalb eines Tages erfolgten Marktwertentwicklungen. Die Abteilung Risikocontrolling beruft ein Marktpreisrisikokomitee ein, sobald eine relevante Abweichung des berechneten Value-at-Risk von den erfolgten Marktwertentwicklungen auftritt.

Der Risikobeitrag (Value-at-Risk und Credit-Spreads) für das Marktpreisrisiko aus Eigenanlagen der Bank lag am Berichtsstichtag bei 2,3 Mio. € (Vj. 1,8 Mio. €). Der Value-at-Risk für das Marktpreisrisiko aus Zins- und Devisengeschäften lag am Berichtsstichtag bei unterhalb von 0,1 Mio. € (Vj. ebenfalls unterhalb von 0,1 Mio. €).

Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist eine Unterkategorie des Marktpreisrisikos und bezeichnet die Gefahr eines Absinkens der Zinsspanne der Gesamtbank. Das Zinsänderungsrisiko ist definiert als die Summe der Rückgänge des Zinsüberschusses der nächsten zwölf Monate.

Die Steuerung des gesamten Zinsbuches der Bank obliegt dem Vorstand auf Grundlage von Vorschlägen des Treasury und des Zinsänderungsrisikokomitees. Die Berichte über das Zinsänderungsrisiko werden durch den Bereich Risikosteuerung / Abteilung Risikocontrolling erstellt. Die Berichterstattung gegenüber dem Vorstand und dem Aufsichtsrat erfolgt mindestens vierteljährlich.

Die Quantifizierung des Zinsänderungsrisikos basiert sowohl auf einer periodischen Zinsergebnissimulation als auch auf einer barwertigen Betrachtung des Zinsbuchs.

Im Rahmen der periodischen Zinsergebnissimulation wird unter Annahme einer konstanten Bilanzstruktur der Zinsüberschuss für die kommenden zwölf Monate unter Zugrundelegung von verschiedenen Zinsszenarien ermittelt. Als Zinsszenarien werden ein konstantes Zinsniveau, Parallelverschiebungen und Drehungen der Zinsstrukturkurve nach oben und unten sowie die Zinsprognose der Bank verwendet.

Darüber hinaus werden sowohl historisch abgeleitete als auch hypothetische Stressszenarien simuliert. Um Risikokonzentrationen in den Analysen zu berücksichtigen, werden neben Veränderungen der Zinsstruktur auch Bestandsveränderungen simuliert. Außerdem wird der Betrachtungshorizont in Abhängigkeit des Szenarios ausgedehnt.

Bestandteile des Zinsänderungsrisikos sind ein Geschäftsrisiko aus dem Zinsgeschäft und ein Zinsstrukturrisiko aus Entwicklungen des Zinsniveaus und der Zinsstruktur.

Per Jahresultimo 2015 lag das Zinsänderungsrisiko bei 3,5 Mio. € (Vj. 5,4 Mio. €).

Neben der periodischen Zinsergebnissimulation wird der Zinsrisikokoeffizient gemäß § 25a Abs. 2 KWG ermittelt. Dieser gibt die barwertige Veränderung des wirtschaftlichen Wertes des Zinsbuches im Verhältnis zu den regulatorischen Eigenmitteln bei einer parallelen Verschiebung der Zinsstrukturkurve um 2,0%-Punkte („Zinsschock“) nach oben bzw. unten an. Beträgt dieser Koeffizient mehr als 20,0%, so gilt das Institut als „Kreditinstitut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko“. Die Berichterstattung erfolgt gemäß den regulatorischen Anforderungen quartalsweise. Die ermittelte Barwertveränderung lag an allen Stichtagen deutlich unterhalb dieses Wertes. Zum Jahresultimo betrug die negative Barwertveränderung 12,3% (Vj. 13,6%).

Liquiditätsrisiko

Unter dem Begriff des Liquiditätsrisikos werden mehrere Risikofaktoren zusammengefasst. Neben dem Risiko der eigenen Zahlungsunfähigkeit werden das Liquiditätskostenrisiko und das Risiko der marktseitigen Illiquidität dazu gezählt. Liquiditätskosten können entstehen, wenn Liquidität nur zu erhöhten Konditionen generiert werden kann. Das Risiko der marktseitigen Illiquidität umfasst das Risiko, dass Liquidität aus grundsätzlich liquidierbaren Assets gar nicht oder nur unter Abschlägen zu erzielen ist.

Das Liquiditätsrisikomanagement der Bank soll gewährleisten, dass gegenwärtigen und zukünftigen Zahlungsverpflichtungen jederzeit zeitgerecht und vollständig entsprochen werden kann. Dabei sind sowohl die kurzfristige (dispositive) Liquidität als auch die längerfristige (strukturelle) Liquidität sicherzustellen.

Das Liquiditätsrisikomanagement ist in den Linienprozessen der Bank unter Berücksichtigung notwendiger organisatorischer Trennungen verankert. Die tägliche dispositive Liquiditätsrisikomessung erfolgt durch den Bereich Risikosteuerung/Abteilung Rechnungslegung & Controlling. Für die strukturelle Liquiditätsrisikomessung ist der Bereich Risikosteuerung/Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die Steuerung des Liquiditätsrisikos obliegt dem Bereich Asset Management/Abteilung Treasury. Die Ermittlung des Liquiditätskostenrisikos erfolgt im Rahmen der monatlichen Risikotragfähigkeitsanalyse ebenfalls durch den Bereich Risikosteuerung/Abteilung Risikocontrolling.

Die Steuerung der Liquidität erfolgt auf Basis der täglichen Liquiditätsmessgrößen bzw. der strategischen Liquiditätspositionen. Im Rahmen der dispositiven Liquiditätssteuerung werden die von der Europäischen Zentralbank angebotenen Anlage- und Refinanzierungsmöglichkeiten wahrgenommen. Außerdem werden Geldgeschäfte mit anderen Banken und einem ausgewählten Kreis von Nichtbanken getätigt.

Die enge Überwachung durch das Treasury und das Risikocontrolling dient dazu, frühzeitig Maßnahmen zur Optimierung der Liquiditätsstruktur einzuleiten, um damit potenzielle Liquiditätsunterdeckungen zu vermeiden. Die Arbeitsgruppe „Zins und Liquidität“ soll die Konsistenz der Aktivitäten und Maßnahmen gewährleisten.

Bei der Überwachung des dispositiven Liquiditätsrisikos steht die Sicherstellung der täglichen Zahlungsfähigkeit sowie die der nächsten Wochen im Vordergrund. Im Mittelpunkt der Analyse stehen die Kundeneinlagen als primäre Refinanzierungsquelle der Bank. Es werden täglich verschiedene Kennzahlen zur Überwachung der dispositiven Liquiditätssituation ermittelt. Die Bank hat das Ziel definiert, einen Rückgang der Kundeneinlagen in einer festgelegten Höhe durch liquide Mittel („Liquiditätsreserve“) kompensieren zu können. Darüber hinaus werden täglich selbst definierte Warnstufen sowie die Entwicklung der Kundeneinlagen über einen längeren Zeitraum überwacht. Ein täglich aktualisierter Liquiditätsplan für die jeweils nächsten 30 Kalendertage zeigt die potenziellen Liquiditätsbelastungen auf und stellt diese den Liquiditätsreserven gegenüber. Ferner werden Einlagenkonzentrationen bei Kunden und das hiermit verbundene Abrufisiko in den Analysen berücksichtigt. Im Jahr 2015 waren keine Anzeichen für einen Liquiditätsengpass erkennbar.

Zur Beurteilung der strukturellen Liquiditätssituation wird eine Liquiditätsübersicht mit den erwarteten Mittelzuflüssen und -abflüssen erstellt. Zur Ermittlung dieser Liquiditäts-Cashflows werden insbesondere Annahmen über den Abzug von Kundeneinlagen auch unter Berücksichtigung von Einlagenkonzentrationen, die Ausnutzung von Kreditlinien sowie die Verwertung von Wertpapieren getroffen. Diese werden sowohl in Form eines Standardszenarios als auch unter Berücksichtigung von Stressszenarien formuliert. Im Standardszenario zeigt sich, dass der kumulierte Cashflow unter Berücksichtigung der Liquiditätsreserven in den nächsten

24 Monaten positiv und damit aus dieser Sicht kein Liquiditätsengpass erkennbar ist. Um das Risiko der marktseitigen Illiquidität abzubilden, werden im Rahmen der Stressszenarien pauschale Kursabschläge bei den Wertpapieren des Liquiditätsbestandes berücksichtigt. Erst im Stressszenario II ergeben sich negative kumulierte Liquiditäts-Cashflows.

KUMULIERTE LIQUIDITÄTS-CASHFLOWS DER NÄCHSTEN 24 MONATE IN MIO. €

Periode	kumulierte Liquiditäts-Cashflows
bis 31.01.2016	369,5
bis 29.02.2016	367,7
bis 31.03.2016	255,8
bis 30.04.2016	255,0
bis 31.05.2016	243,4
bis 30.06.2016	240,8
bis 31.12.2016	219,3
bis 31.12.2017	245,3

Das Liquiditätskostenrisiko (Refinanzierungsrisiko) wird im Rahmen der monatlichen Risikotragfähigkeitsanalyse im Risikocontrolling berücksichtigt. Aufgrund der hohen Konzentration der Refinanzierung über Kundeneinlagen können Liquiditätskosten c. p. durch eine Erhöhung der an die Kunden zu zahlenden Zinssätze mit dem damit verbundenen liquiditätsbedingten Margenrückgang auf der Passivseite auftreten. Das Liquiditätskostenrisiko betrug zum Berichtsstichtag 0,5 Mio. € (Vj. 0,5 Mio. €).

Operationelles Risiko

Das operationelle Risiko ist das Risiko von Verlusten, die durch die Unangemessenheit oder das Versagen von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder durch externe Ereignisse verursacht werden. Dies umfasst Rechtsrisiken, Personalrisiken, Compliance-Risiken, Fraud-Risiken und Verhaltensrisiken.

Ziel des Managements der operationellen Risiken ist es, diese so weit wie möglich unter Berücksichtigung von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten zu minimieren. Der Umgang mit operationellen Risiken wird in Abhängigkeit von der Ausgestaltung des konkreten Risikos (Eintrittswahrscheinlichkeit, Auswirkungen des Eintritts, insbesondere Höhe potenzieller Verluste) bestimmt.

Die Identifizierung von operationellen Risiken sowie der Schäden aus schlagend gewordenen operationellen Risiken, deren Bewertung sowie die Entwicklung und Umsetzung von Steuerungsmaßnahmen für konkrete operationelle Risiken erfolgt dezentral in den ursächlich betroffenen Organisationseinheiten und den verbundenen Unternehmen. Das Risikocontrolling ist hierbei der zentrale Ansprechpartner für die Gesamtbank.

Identifiziert werden die wesentlichen operationellen Risiken anhand einer Expertenbefragung mittels eines Erfassungsbogens. Die Leitungen der Organisationseinheiten der Bank sind für die Erstellung und Aktualisierung dieses sog. Risikoinventars für ihren Bereich bzw. ihre Abteilung verantwortlich. Zusätzlich zu den dort identifizierten Risiken erfolgt auch eine gesamtbankweite Betrachtung, das heißt, Risiken der Niederlassungen, Zweigstellen sowie der verbundenen Unternehmen sind innerhalb des Risikoinventars ebenfalls abgebildet. Die Beurteilung der operationellen Risiken wird vierteljährlich aktualisiert. Die einzelnen Risikoinventare werden durch das Risikocontrolling inhaltlich plausibilisiert und zu einem Risikoinventar für die Gesamtbank aggregiert.

Der Risikobeitrag aus operationellen Risiken betrug zum Berichtsstichtag in dem vor dem Hintergrund der bankrechtlichen, regulatorischen und technologischen Entwicklungen im Umfeld der Bank weiter detaillierten Risikoinventar 6,4 Mio. € (Vj. 6,4 Mio. €).

Als Schadensfälle eingetretene operationelle Risiken werden ab einer Verlusthöhe von 1,0 Tsd. € in einer Verlustdatenbank zentral erfasst. Der Vorstand erhält aus dem Risikocontrolling ein turnusmäßiges Reporting sowie ein anlassbezogenes Ad-hoc-Reporting über die aktuelle Risikolage sowie gegebenenfalls Handlungsempfehlungen für Steuerungsmaßnahmen.

Geschäftsrisiko

Das Geschäftsrisiko ist definiert als negative Abweichung des realisierten bzw. erwarteten Zins- und Provisionsüberschusses von dem geplanten Zins- und Provisionsüberschuss, sofern die Abweichung nicht ursächlich auf andere Risikofaktoren, insbesondere das Zinsänderungsrisiko, zurückzuführen ist. Das Geschäftsrisiko der Bank setzt sich zusammen aus dem Geschäftsrisiko aus dem Provisionsgeschäft und dem Geschäftsrisiko aus dem Zinsgeschäft.

Das Risiko von Unterschreitungen der vertrieblischen Zielsetzungen wird auf Basis von Szenarioanalysen erfasst. Basierend auf den Szenarien der Wirtschaftsplanung können mögliche negative Ausprägungen der Vertriebsleistungen im Provisionsgeschäft abgeleitet werden. Das Geschäftsrisiko aus dem Zinsgeschäft wird auf Basis eines Latest Estimate als mögliche negative Abweichung des zukünftigen Zinsergebnisses vom aktuellen Zinsergebnis ermittelt und innerhalb des Zinsänderungsrisikos berücksichtigt. Für die quantitative Steuerung der Vertriebsleistung und des Vertriebsrisikos wird das zentrale Management-Informationssystem eingesetzt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko wird definiert als Risiko eines Image- bzw. Vertrauensverlustes bei den für die Bank relevanten Anspruchsgruppen (Stakeholdern). Neben den Kunden sind die Aktionäre, Fremdkapitalgeber, Geschäftspartner innerhalb des Finanzsektors, die Bankenaufsicht und staatliche Institutionen im Geschäftsgebiet wichtige externe Stakeholder. Interne Stakeholder sind die Mitarbeiter und das Management der Bank. Das Reputationsrisiko wird primär durch eine negative externe Berichterstattung oder sonstige öffentliche Meinungsverbreitung beeinflusst.

Das Management der Reputation der Bank sowie potenzieller Reputationsrisiken liegt in der Verantwortung des Gesamtvorstandes. Die operative Durchführung obliegt dem Vorstandsstab. Im Geschäftsjahr 2015 ist die Bank allen erkennbaren Reputationsrisiken in angemessener Weise konsequent begegnet.

METHODEN, PROZESSE UND IT-SYSTEME

Die Angemessenheit der Methoden und Verfahren zur Ermittlung und Analyse der Risikopotenziale und der Risikotragfähigkeit wird regelmäßig überprüft und bei Bedarf den veränderten Gegebenheiten angepasst. Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung wird von der Anrechnung risikoreduzierender Effekte aufgrund von Diversifikationen zwischen den einzelnen Risikoarten abgesehen. Dagegen werden risikoreduzierende Diversifikationsannahmen innerhalb der Value-at-Risk-Kalkulationen für das Adressenausfall- und das Marktpreisrisiko verwendet. Diese basieren auf branchenüblichen Modellen, deren institutsindividuelle Parametrisierungen regelmäßig überprüft und bei Bedarf angepasst werden.

Für die Risikokalkulation, -analyse und -berichterstattung wird eine moderne Risk-IT genutzt, welche ein zentrales Data Warehouse sowie hierauf aufbauend extern entwickelte, branchenübliche Standardsoftware für die Kalkulation des Adressenausfallrisikos, des Zinsänderungsrisikos, des Marktpreisrisikos sowie des Liquiditätsrisikos umfasst. Diese Risk-IT wird technisch von einer vom Bereich Risikosteuerung getrennten IT-Einheit betrieben.

ENTSCHÄDIGUNGS- UND UNTERSTÜTZUNGSMASSNAHMEN

Aufgrund unserer Mitgliedschaft in der Entschädigungseinrichtung deutscher Banken GmbH sowie aufgrund der europäischen Bankenabgabe können im Fall von Entschädigungs- und Unterstützungsmaßnahmen, die zu einer Unterdotierung dieser Einrichtungen führen, von uns Sonderzahlungen eingefordert werden. Ob und in welcher Höhe es zu derartigen Zahlungen kommen wird, ist aufgrund der

Berechnungssystematik, die insbesondere auf eine relative Entwicklung von institutsspezifischen Parametern im Vergleich zur Branche abstellt, derzeit nicht absehbar. Derartige Zahlungen können jedoch grundsätzlich zu einer Belastung unserer Vermögens-, Finanz-, Ertrags- und Liquiditätslage führen.

WEITERENTWICKLUNG 2016

Die kontinuierliche Weiterentwicklung des Risikomanagements gehört zu den Grundsätzen der NATIONAL-BANK. Damit sollen zum einen Marktentwicklungen so umfassend wie möglich berücksichtigt und zum anderen sämtliche regulatorischen Anforderungen erfüllt werden.

Im Rahmen der Weiterentwicklung der Marktpreisrisiko-Berichterstattung wird ab Januar 2016 eine von 10 auf 21 Handelstage erhöhte Haltedauerannahme bei der Value-at-Risk-Berechnung verwendet.

RISIKOBERICHTERSTATTUNG

		Turnus	Erstellung durch	Adressat
	Geschäfts- und Risikostrategie	jährlich	Vorstand	Aufsichtsrat
Alle Risikoarten	(Risiko-)Quartalsbericht (über alle Risikoarten einschließlich Stresstests sowie aufsichtsrechtliche Neuerungen zu risikorelevanten Themen)	vierteljährlich	Risikocontrolling u. a.	Vorstand / Aufsichtsrat
	Analyse Risikotragfähigkeit	monatlich	Risikocontrolling	Vorstand
	Monatsbericht an den Aufsichtsrat (geschäftliche Entwicklung und Risikolage)	monatlich	Vorstand	Aufsichtsrat
	Risikoinventur	jährlich	Risikocontrolling	Vorstand
Adressenausfallrisiko	Kreditrisikobericht	monatlich	Risikocontrolling / Kreditrisikomanagement	Vorstand
	Bemerkenswerte Engagements gemäß Prüfungsbericht zum Jahresabschluss	jährlich	Kreditrisikomanagement	Risiko- und Prüfungsausschuss / Aufsichtsrat
	Kreditengagements mit risikorelevanten Sachverhalten	viermal jährlich	Kreditrisikomanagement	Risiko- und Prüfungsausschuss / Aufsichtsrat
	Organkredite	anlassbezogen bzw. jährlich	Kreditrisikomanagement / Personal	Vorstand / Risiko- und Prüfungsausschuss / Aufsichtsrat
	Kontrahenten- und Emittentenrisiken	jährlich	Kreditrisikomanagement	Vorstand / Risiko- und Prüfungsausschuss / Aufsichtsrat
	Entwicklung Einzelwertberichtigungen	monatlich	Spezialkreditmanagement	Vorstand
Marktpreisrisiko	Marktpreisrisikoreport für Eigenanlagen	täglich	Risikocontrolling	Vorstand
	Marktpreisrisikoreport für Zins- und Devisenpositionen	täglich	Risikocontrolling	Vorstand
	Backtestinganalyse Marktpreisrisiko	anlassbezogen	Risikocontrolling	Vorstand
Zinsänderungs- und Liquiditätsrisiko	Liquiditätsrisikoreport	mindestens vierteljährlich	Risikocontrolling	Vorstand
	Liquiditätsstatus	wöchentlich	Treasury	Vorstand
	Analyse Liquiditätsentwicklung	anlassbezogen	Treasury	Vorstand
	Analyse des Zinsänderungsrisikos	mindestens vierteljährlich	Risikocontrolling	Vorstand
	Treasury-Bericht	mindestens zweimonatlich oder anlassbezogen	Treasury	Vorstand
Operationelles Risiko	OpRisk-Bericht	jährlich	Risikocontrolling	Vorstand
	Meldungen über bedeutende Schadensfälle	anlassbezogen	verantwortlicher Bereich	Vorstand
Reputationsrisiko	Meldungen über Reputationsrisiken	anlassbezogen	Vorstandsstab	Vorstand
Interne Kontrollfunktionen	Quartals-/ Jahresbericht der Internen Revision	vierteljährlich / jährlich	Revision	Vorstand / Aufsichtsrat
	Quartals-/ Jahresbericht des Compliance-Beauftragten	vierteljährlich / jährlich	Compliance-Beauftragter	Vorstand / Aufsichtsrat
	Quartals-/ Jahresbericht des Geldwäsche-Beauftragten	vierteljährlich / jährlich	Geldwäsche-Beauftragter	Vorstand / Aufsichtsrat
	Quartals-/ Jahresbericht des Beauftragten für Informationssicherheit	vierteljährlich / jährlich	Beauftragter für Informationssicherheit	Vorstand / Aufsichtsrat
	Jahresbericht des Datenschutz-Beauftragten	jährlich	Datenschutz-Beauftragter	Vorstand / Aufsichtsrat

Chancen

Die modellgestützte Quantifizierung des erwarteten und unerwarteten Verlustes im Bereich des Adressenausfallrisikos erfolgt anhand statistischer Methoden auf Basis historischer Beobachtungen. Chancen ergeben sich, wenn die tatsächliche Bonitätsentwicklung der kreditrisikotragenden Positionen günstiger verläuft als die in der Vergangenheit beobachtete. In diesem Fall liegt die Kreditrisikovorsorge c. p. unterhalb des kalkulierten Adressenausfallrisikos und es erfolgen weniger Migrationen in schwächere Bonitätseinstufungen. Ebenfalls können in Bezug auf die adressenausfallrisikotragenden Positionen, die die Ausfalldefinition erfüllen, höhere Erlöse als angenommen im Rahmen der Sicherheitenverwertung realisiert werden oder weisen im Zeitverlauf eine positivere Bonitätsentwicklung als angenommen auf.

Aus Entwicklungen des Zinsniveaus und der Zinsstruktur können sich – unter Beachtung der Struktur des Zinsbuches der Bank – Chancen in Bezug auf den Zinsüberschuss ergeben.

Das Marktpreisrisiko wird modellbasiert ermittelt. Hohe Volatilitäten, die c. p. zum Ausweis eines hohen Marktpreisrisikos führen, können jedoch mit einer positiven Gesamtentwicklung der marktpreisrisikotragenden Instrumente verbunden sein.

Die zur Sicherstellung der Liquidität vorgehaltenen Liquiditätspotenziale beinhalten die Chance, flexibel auf Geschäftsmöglichkeiten reagieren zu können.

In Bezug auf die geschäftliche Entwicklung können sich Chancen ergeben, wenn die realisierten Zins- und Provisionsergebnisse oberhalb der geplanten Zins- und Provisionsergebnisse liegen.

In Bezug auf das operationelle Risiko ergeben sich Chancen in der Form, dass die tatsächlich realisierten Schadensfälle unterhalb der kalkulatorischen Risikopotenziale liegen. Eintretene Schadensfälle sind Ansatzpunkte für kontinuierliche Verbesserungen.

Neben Risiken können sich beispielsweise durch eine positive externe Berichterstattung auch Chancen für die Reputation der Bank ergeben.

Insgesamt besteht bezogen auf die Risikotragfähigkeit der Bank die Chance, dass die tatsächlich realisierten Risiken unterhalb der kalkulatorischen Risikobeiträge liegen.

Internes Kontrollsystem bezogen auf den Rechnungslegungsprozess

Das Interne Kontrollsystem (IKS) im Rahmen der Rechnungslegung ist Bestandteil des umfassenden internen Kontrollsystems der NATIONAL-BANK. Es umfasst die Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung einer richtigen, vollständigen und effizienten Bilanzierung sowie zur Sicherung der Einhaltung der rechtlichen Vorgaben. Es stellt sicher, dass die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage im Abschluss zutreffend dargestellt wird.

Die Bank setzt, beispielsweise mit dem Kernbanksystem MBS, durchgängig standardisierte Softwarekomponenten ein, sodass die Geschäftsvorfälle im Wesentlichen systemgestützt gebucht und abgebildet werden. Die hierzu eingesetzten Systeme können nur von Mitarbeitern mit speziellen Zugriffsberechtigungen genutzt werden. Der Umfang manueller Buchungen ist auf Teile des Provisionsgeschäftes begrenzt. Sofern Buchungen im Einzelfall manuell erfolgen, unterliegen sie dem Vieraugenprinzip. Die Parametrisierung der Systeme erfolgt unter strenger Beachtung der Funktionstrennung und ist in zahlreichen Richtlinien explizit geregelt.

Ein umfassend geregelter Neugeschäftsprozess garantiert, dass neue Finanzprodukte auch im Rechnungswesen durch Einbindung der Abteilung Rechnungslegung & Controlling zutreffend erfasst werden. Zahlreiche etablierte Abstimmungsprozesse gewährleisten zudem, dass alle in den Systemen erfassten Geschäfte korrekt und vollständig abgebildet werden.

Durch unabhängig erstellte Auswertungen des Controlling, in denen die einzelnen Ergebniskomponenten der Bank auf einzelne Kostenstellen und Profit Center heruntergebrochen werden, ist eine laufende Überwachung der Rechnungslegung sichergestellt. Eine weitere wesentliche Qualitätssicherung erfolgt durch das monatliche Reporting gegenüber dem Vorstand, den Marktbereichen und den Niederlassungen.

Die Interne Revision als unabhängiger Teil des IKS prüft regelmäßig Systeme und Arbeitsprozesse im Rahmen der Rechnungslegung. Sie wird in sämtliche Projekte, die der Weiterentwicklung des rechnungslegungsbezogenen IKS dienen, einbezogen.

Prognosebericht

Die Bank geht unverändert davon aus, dass die Perspektiven für die Weltwirtschaft weiter aufwärtsgerichtet bleiben. Hintergrund ist der Umstand, dass die verbleibenden Kapazitätsüberhänge in den maßgeblichen Wirtschaftsräumen Asien, USA und Europa in summa eine konjunkturelle Beschleunigung zum Trendpfad erwarten lassen. Die Risiken gehen hierbei von den Unwägbarkeiten der Entwicklung in Asien, insbesondere in China, aus. Das Wachstum der Weltwirtschaft dürfte in 2016 bei 3,4% liegen – getragen von einer trotz Verlangsamung weiterhin robusten Entwicklung in Asien und den etablierten Industrienationen. Aufgrund einer zu erwartenden Stabilisierung der Lage in Russland und in Lateinamerika sind die Perspektiven für die Weltwirtschaft mit einem Wachstum um 3,6% in 2017 per Saldo leicht aufwärtsgerichtet. Der globale Aufschwung bleibt damit abermals unterproportional, hat im Gegenzug aber ggf. auch einen längeren Atem.

Der Ausblick für die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum hat sich weiter verbessert. Der hohe Nachholbedarf vor allem beim privaten Konsum, die weiterhin äußerst expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie erodierende Energie- und Rohstoffpreise haben eine insgesamt robuste konjunkturelle Belebung bewirkt. Gleichwohl zeugt der Umstand, dass der gesamteuropäische Output auch im achten Jahr nach der Krise des Jahres 2008 nach wie vor unterhalb der Vorkrisenniveaus von 2008 liegt, davon, dass gravierende strukturelle Probleme verbleiben. Im Kern krankt die Union weiterhin an einer divergenten Preisentwicklung, die eine effiziente europäische Arbeitsteilung aufgrund der resultierenden Unterschiede der Wettbewerbsfähigkeit unterminiert. Für Europa steht in diesem Umfeld zu erwarten, dass sich die maßvolle Beschleunigung der Wachstumsraten weiter fortsetzt. Nach den jüngsten Projektionen hält die Bank Wachstumsraten um 1,7% für die beiden kommenden

Jahre für realistisch. Grundsätzlich wird sich der Aufschwung auch in Deutschland kontinuierlich fortsetzen. Bei einem geschätzten Potenzialwachstum von rund 1,5% wird die deutsche Volkswirtschaft in diesem Jahr in die Hochkonjunktur eintreten. Dabei dürfte die Wachstumsrate in 2016 um 1,8% liegen und dieses Niveau in 2017 in etwa halten können.

Vor dem Hintergrund der bislang moderaten weltweiten Wachstumsentwicklung wiegt die hohe Arbeitslosigkeit in Europa mit Blick auf die Gefahren der Entkoppelung der Inflationserwartungen besonders schwer. Der Verlauf der Preisniveauindizes für Europa lässt diesbezügliche Risiken mittlerweile klar erkennen. In Relation zu den quantitativen Maßnahmen, die die US-Notenbank zur Stabilisierung der Wirtschaft im Verlauf der letzten Jahre ergriffen hat, bleibt das europäische Quantitative Easing-(QE-)Programm bislang weitaus geringer dimensioniert. Vor diesem Hintergrund dürfte die EZB den Expansionsgrad ihrer Geldpolitik bis auf Weiteres erhöhen. Die US-Notenbank wird im Umfeld einer äußerst robusten Entwicklung der Binnenkonjunktur an ihrem moderaten Zinserhöhungskurs festhalten. Im Ergebnis könnte die Steilheit der europäischen Zinsstrukturkurve noch zunehmen. Die resultierende Ausweitung der Zinsdifferenz dürfte zu einer Fortsetzung der Abwertung des Euro vor allem gegenüber dem US-Dollar führen.

Der Schlüssel für die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft liegt bei robuster US-Konjunktur in Asien. Es ist hier weiterhin davon auszugehen, dass die chinesische Regierung sowohl willens als auch fähig ist, die Konjunktur ggf. zu stabilisieren. Die Bank erwartet, dass sich das Wirtschaftswachstum in Asien im laufenden Jahr weiterhin robust auf hohem Niveau entwickelt, um dann ab dem kommenden Jahr wieder an Dynamik zuzulegen. Damit steht zu erwarten, dass die konjunkturelle Entwicklung im gesamten Bundesgebiet zunächst weiterhin von der Binnenwirtschaft, nämlich vom Dienstleistungssektor und vom Handel, getragen wird.

Für Nordrhein-Westfalen bleiben die strukturellen und sektoralen Schwächen auch im laufenden Jahr prägend. Eine insbesondere auch mit Blick auf die Migration expansivere Finanzpolitik dürfte hierbei bewirken, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Nordrhein-Westfalen im laufenden Jahr mit einem Zuwachs von 1,4% zum Bund aufschließen kann. Im kommenden Jahr dürften hierbei von der Zunahme der Investitionsnachfrage vor allem in Asien spürbarere Impulse ausgehen. Vor dem Hintergrund eines in 2017 wieder deutlicher anziehenden Welthandels kann sich die stark exportorientierte Wirtschaft auch in Nordrhein-Westfalen perspektivisch weiter festigen. Insofern ist für die mittelständischen Unternehmen in unserem Marktgebiet von einer per Saldo grundsätzlich aufwärtsgerichteten Entwicklung auszugehen.

Für die Bankenbranche bleibt das Umfeld demzufolge äußerst herausfordernd. Während die ultraexpansive Geldpolitik seitens der EZB zwar Entlastung schaffen kann, birgt sie längerfristig immer auch die Gefahr der Konservierung nicht wettbewerbsfähiger Strukturen. Die evident zu hohe Staatsverschuldung im Umfeld nachlassender Konsolidierungsbemühungen ist ein potenzieller Krisenherd bzw. eine zumindest perspektivisch handfeste Bedrohung für die Unabhängigkeit der Geldpolitik der EZB. Dies bewirkt, dass das bank- und finanzwirtschaftliche Umfeld weiterhin fragil bleibt. Es bleibt geprägt von einem Anstieg der impliziten Volatilitäten in den Eigenkapital- und Rohstoffmärkten sowie eine fortdauernde Investitionszurückhaltung, vor allem des deutschen Mittelstands. Darüber hinaus ist eine Kurskorrektur der EZB nicht abzusehen, sodass das außerordentlich niedrige Zinsniveau die Zinsergebnisse der Banken weiterhin belastet. Soweit sich der negative Zins für bei der Europäischen Zentralbank bzw. Deutschen Bundesbank unterhaltene Einlagen nachhaltig verstetigt bzw. erhöht, wird sich der Rückgang des Zinsergebnisses der Banken entsprechend fortsetzen. So sind und bleiben die globalökonomischen und politischen Rahmenbedingungen von einer Vielzahl geopolitischer und militärstrategischer Auseinandersetzungen geprägt. Mit der anhaltenden Flüchtlingswelle bekommen die Herausforderungen an die Europäische Union schließ-

lich eine neue, auch sicherheitspolitische Dimension. Bereits die Erfahrungen mit der europäischen Staatsschuldenkrise haben die ordnungspolitischen Schwächen der Union offenbart – die grundlegenden Probleme sind bis heute nicht gelöst. Nunmehr stehen mit dem Fortbestand des Schengen-Raums Grundpfeiler der wirtschaftlichen Integration zur Disposition, ohne dass derzeit ein tragfähiger europäischer Konsens sichtbar wäre. Unverändert hält derweil die Verschärfung der nationalen Rahmenbedingungen an, unter anderem durch Eingriffe in den Arbeitsmarkt und in die Energie- und Rentenpolitik. Die Kreditwirtschaft muss darüber hinaus zusätzliche direkte finanzielle Belastungen schultern. Zu nennen sind insbesondere die substantielle Erhöhung der Bankenabgabe (samt Ausschluss der diesbezüglichen steuerlichen Absetzbarkeit) und der Einlagensicherungskosten, die Erhöhung der Aufsichtskosten durch Aufbau der Aufsichtsfunktionen der Europäischen Zentralbank und schließlich die zunehmenden Kapitalkosten aufgrund des „Phasing-in“ gemäß CRR/CRD IV bis zum Jahr 2019.

Vor diesem Hintergrund werden wir an unserem ausschließlich kundengetragenen Geschäftsmodell, das sich gerade auch unter schwierigen Rahmenbedingungen bewährt hat, festhalten. Zur Absicherung der Ertragskraft wollen wir neue Ertragsquellen erschließen und das organische Wachstum forcieren, beispielsweise durch Aufbau komplementärer Kundengruppen wie etwa kommunalnahe Gesellschaften. Dem Trend zur Digitalisierung verschließen wir uns nicht, wie die NATIONAL-BANK App und die Einführung des Internetbezahlsverfahrens paydirekt zeigen. Unsere Positionierung als attraktiver Arbeitgeber werden wir durch ein systematisches Personalmanagement zur langfristigen Mitarbeiterentwicklung sowie durch Absicherung unserer guten Ausgangsposition im Wettbewerb um den besten Nachwuchs ausbauen.

Anknüpfend an vorgenannte Rahmenbedingungen sind wir in unserer Geschäftsplanung von einem weiterhin extrem niedrigen Zinsniveau mit einer korrespondierenden Belastung des Zinsergebnisses ausgegangen, das voraussichtlich erst am Ende des Planungszeitraumes das Ergebnisniveau von 2015 erreicht. Das Provisionsergebnis soll, ohne dass zusätzliches Eigenkapital gebunden wird, dagegen bereits ab 2016 sukzessive steigen. Größte Treiber sollen hier unser Asset Management, aber auch das Internationale Geschäft, der Konten- und Kartenservice sowie das Kreditgeschäft sein. Ab 2017 werden sich die Roherträge wieder auf einem Wachstumspfad bewegen. Mit Blick auf die Planung der Verwaltungsaufwendungen ist zu konstatieren, dass die Personalaufwendungen seitwärts gerichtet sind, die Sachaufwendungen dagegen steigen werden. Das Ende 2015 initiierte Projekt „30 minus X“, mit dem der Sachaufwand bis Ende 2017 auf unter 30 Mio. € gesenkt werden soll, ist in diesen Planungen noch nicht enthalten. Die Risikovorsorge haben wir angesichts der erwarteten konjunkturellen Entwicklung in allen Planjahren moderat erhöht. Insgesamt erwarten wir für die Jahre 2016 und 2017 Jahresüberschüsse, die leicht oberhalb des Wertes für 2015 liegen.

STRATEGISCHE KENNZAHLEN

Die strategischen Zielkorridore sollen sicherstellen, dass die nachhaltige Entwicklung unserer Bank und nicht die Erreichung eines singulären Renditeziels im Vordergrund steht. Diese strategische Planung, darauf haben Vorstand und Aufsichtsrat stets verwiesen, stand insbesondere unter den Voraussetzungen eines normalisierten Zinsniveaus sowie im Vergleich zur Finanzkrise erhöhter Margen. Beide Voraussetzungen sind aufgrund des vorherrschenden extrem niedrigen Zinsniveaus sowie des deutlich zunehmenden Wettbewerbs um unsere Zielkunden nachhaltig nicht erfüllt. Wir gehen davon aus, dass die geschilderte Situation in den kommenden Jahren anhält. Gleichwohl sollen die Korridore als Orientierungsgrößen beibehalten werden. Um den Druck auf das Zinsergebnis zu kompensieren, wurde in 2015 eine Reihe von Maßnahmen zur Steigerung des Ertrags und Reduktion der Kosten auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen sind nicht vollständig in die Wirtschaftsplanung eingeflossen, die die Basis für die folgenden Angaben bildet.

Die Eigenmittelquote wird in den Jahren 2016 und 2017 am unteren Rand des Korridors von 12 bis 15% liegen. Diese Prognose steht unter dem Vorbehalt des Gewinnverwendungsbeschlusses der Hauptversammlung für die jeweiligen Planjahre.

Die Eigenkapitalrentabilität wird sich bedingt durch das nachhaltig niedrige Zinsniveau und den erhöhten Aufwand aus der Umsetzung aufsichtsrechtlicher Vorgaben in den nächsten beiden Jahren um ein bis zwei Prozentpunkte unterhalb des Zielkorridors von 10 bis 15% bewegen.

Die Kosten-Ertrags-Relation wird aufgrund der vorgenannten Ertrags- und Aufwandseffekte in 2016 und 2017 im Bereich von 68 bis 70% liegen (Zielkorridor 60 bis 65%).

Das Verhältnis von Ausleihungen zu Einlagen wird wie schon seit Jahren stabil unterhalb der Obergrenze von 1 liegen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der NATIONAL-BANK AG, Essen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Düsseldorf, den 23. Februar 2016

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Kügler
Wirtschaftsprüfer

Schulz
Wirtschaftsprüfer

Country by Country Reporting gemäß § 26a KWG

Die NATIONAL-BANK AG mit Sitz in Essen hat keine Zweigstellen oder Niederlassungen außerhalb von Nordrhein-Westfalen. Sämtliche geforderten Angaben gemäß § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG beziehen sich ausschließlich auf die Bundesrepublik Deutschland und den Stichtag 31. Dezember 2015. Im Einzelnen:

Firmenbezeichnungen, Art der Tätigkeiten und geografische Lage

Sämtliche Standorte firmieren als Zweigstellen oder Niederlassungen der NATIONAL-BANK AG und befinden sich in Nordrhein-Westfalen. Sie betreiben Bankgeschäfte im Sinne des § 1 KWG.

Umsatz

Der in der Bundesrepublik Deutschland erzielte Umsatz, definiert als operatives Ergebnis ohne Wertminderungen und Verwaltungsaufwendungen einschl. Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Handelsergebnis und sonstige betriebliche Erträge, beträgt 139,4 Mio. €.

Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten

Die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten beträgt 657.

Gewinn vor Steuern

Die Bank weist einen Gewinn vor Steuern von 26,8 Mio. € aus.

Steuern auf Gewinn

Die Bank weist Steuern vom Einkommen und Ertrag von 12,3 Mio. € aus.

Erhaltene öffentliche Beihilfen

Die Bank hat im Berichtsjahr keine Beihilfen erhalten.



NATIONAL-BANK AG
Theaterplatz 8 · 45127 Essen
Telefon: 0201 8115-0 · Telefax: 0201 8115-500
www.national-bank.de · info@national-bank.de